

Susanne Korfmacher • Gerd Mutz

***Lokale Infrastruktureinrichtungen
Arbeit, Gestaltung, Partizipation***

Lokale Infrastruktureinrichtungen Arbeit, Gestaltung, Partizipation

Susanne Korfmacher / Gerd Mutz

Impressum

Herausgeber:

Hans-Böckler-Stiftung

Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 77 78-194

Fax: (02 11) 77 78-283

E-Mail: Gudrun-Linne@boeckler.de

Redaktion: Dr. Gudrun Linne, Referatsleiterin Forschungsförderung 3

Best.-Nr.: 11073

Gestaltung: Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal

Produktion: Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Düsseldorf, September 2003

€ 10,00

Inhalt

A. ZUR EINFÜHRUNG	7
1. Die von uns untersuchten Einrichtungen initiieren und fördern Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement	7
1.1 Die Diskussionen über die Wirkungsweise der Einrichtungen stehen im Zusammenhang mit dem Diskurs über eine veränderte Arbeitswelt	7
2. Theoretische und empirische Begründung für die Verwendung des Begriffs ‚lokale Infrastruktureinrichtung‘	8
2.1 Was sind lokale Infrastruktureinrichtungen?	10
B. DIE STUDIE	11
1. Die Arbeitswelt im Wandel	11
1.1 Pluralisierungsprozesse verändern die Organisation gesellschaftlicher Arbeit	11
1.2 Wandel der Lebensführung durch Dezentrierung der Erwerbsarbeit	12
2. Erwerbsarbeit und andere Arbeitsformen	13
2.1 Ein erweiterter Arbeitsbegriff ermöglicht neue Perspektiven: Die Triade der Arbeit	14
3. Zielsetzung und Fragestellung des Forschungsprojektes	17
4. Empirisches Design	18
4.1 Erhebung	18
4.2 Auswertung	20
C. ERGEBNISSE	21
1. Nur die gemeinsame Betrachtung der Einrichtungen und der Nutzungsmotive gibt Antwort auf unsere Fragestellung	21
1.1 Nachhaltigkeit und Vernetzung sind entscheidende Faktoren für die Wirkung auf den lokalen Arbeitsmarkt	21
1.2 Neue Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit entstehen auf individueller Ebene	22
2. Lokale Infrastruktureinrichtungen ermöglichen und fördern unterschiedliche Arbeitsformen	23
2.1 Typologie lokaler Infrastruktureinrichtungen	23
2.1.1 Typ 1 ‚Arbeitsvermittlung‘	
Das Angebot dieser Infrastruktureinrichtung ist die Vermittlung in bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit	25

2.1.2 Typ 2 ‚Zunfthaus‘ Infrastruktureinrichtungen dieses Typus werden vorwiegend von einer bestimmten Klientel genutzt	28
2.1.3 Typ 3 ‚Wirtschaftshaus‘ Diese Infrastruktureinrichtungen streben mittelfristig die finanzielle Unabhängigkeit von öffentlichen Geldern an	31
2.1.4 Typ 4 ‚Gemeindehaus‘ Ein breites Angebot und eine soziale Verankerung sind Kennzeichen für den vierten Typus	33
2.2 Zusammenfassung der Ergebnisse der Institutionenanalyse	36
2.2.1 Lokale Infrastruktureinrichtungen fördern das soziale Kapital der Region	36
2.2.2 Nachhaltigkeit und Verankerung sind abhängig von der Struktur der Einrichtungen	37
2.2.3 Qualitative Arbeitsmarkteffekte sind nur möglich, wenn mit arbeitgesellschaftlichen Institutionen kooperiert wird	38
3. Typologie der Nutzungsmotive	39
3.1 Ausschlaggebend für die Motivation ist die Grundeinstellung und Arbeitshaltung der Nutzerinnen und Nutzer	40
3.2 Typen strategisch-instrumenteller Grundeinstellungen	41
3.2.1 Bei der beruflichen Nutzung geht es um den Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit	41
3.2.2 Ein Beweggrund für Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement ist der Wunsch nach individueller Weiterentwicklung	43
3.3 Typen intrinsischer Grundeinstellungen	44
3.3.1 Die Eigensinnigkeit von Eigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement ist für den Distanztypus von Bedeutung	44
3.3.2 Sozial-kommunikative Motive und die Infrastruktureinrichtung als soziale Begegnungsstätte	46
3.3.3 Der Gestaltungstypus will im sozialen Umfeld aktiv sein	47
3.4 Zusammenfassung der Ergebnisse der Motivationstypologie	49
3.4.1 Bei Typen strategisch-instrumenteller Grundeinstellungen ist die Brückenfunktion von bürgerschaftlicher Arbeit von Bedeutung	49
3.4.2 Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit sind nur bei Personen mit intrinsischen Grundeinstellungen möglich	49
4. Synthese der Ergebnisse der Institutionen- und der Motivationsanalyse	50
4.1 Die Entwicklung neuer Integrationsmuster ist abhängig von der institutionell-motivationalen Passung	50
4.1.1 Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit sind kein neues Phänomen	51

4.1.2 Voraussetzung für ein neues Integrationsmuster ist ein verändertes Verständnis von Arbeit	52
4.2 Institutionelle und motivationale Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Integrationsmuster	52
4.2.1 Lokale Infrastruktureinrichtungen eröffnen Wege in neue Integrationsmuster	54
4.2.2 Die Entwicklung neuer Integrationsmuster ist nur bei einigen Motivationstypen denkbar	54
5. Handlungsempfehlungen	56
5.1 Lokale Infrastruktureinrichtungen müssen ihr Angebot und ihre Kooperationsanstrengungen erweitern	56
5.2 Die arbeitsgesellschaftlichen Institutionen sollten Angebote für eine Zusammenarbeit mit lokalen Infrastruktureinrichtungen machen	57
5.3 Eine weiterführende gesellschaftliche Diskussion ist notwendig	57
6. Literaturverzeichnis	59
Selbstdarstellung der Hans-Böckler-Stiftung	63

A. Zur Einführung

1. Die von uns untersuchten Einrichtungen initiieren und fördern Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement

Unter dem Titel ‚Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement. Exemplarische Fallstudien zur Bedeutung und Wirkungsweise neuer arbeitgesellschaftlicher Institutionen‘ führten wir in dem Zeitraum von Oktober 2000 bis April 2003 ein Forschungsprojekt durch, das die in den letzten Jahren neu entstandenen Einrichtungen wie Bürgerhäuser zur Förderung der Eigenarbeit, New Work-Zentren und Freiwilligenagenturen untersuchte. Bürgerhäuser zur Förderung der Eigenarbeit sind gemeinnützige Einrichtungen, in denen Werkstätten und Maschinen für handwerkliche und künstlerische Tätigkeiten zur Verfügung gestellt werden, die von allen daran Interessierten – zumeist gegen einen geringen Betrag – genutzt werden können. Personen können in den Werkstätten selbstständig Produkte herstellen oder reparieren und sie können dabei die Anleitung eines qualifizierten Fachberaters in Anspruch nehmen. Ergänzt wird das Angebot dieser Einrichtungen häufig durch Kurse, in denen Menschen bestimmte Fertigkeiten erlernen können und für die eine Teilnahmegebühr erhoben wird (Mutz et al. 1997).

Auch bei den so genannten New Work-Zentren geht es um die Förderung von Eigenarbeit durch die Bereitstellung von Werkstätten. Diese Zentren basieren auf dem in den USA initiierten Konzept der Neuen Arbeit von Fritjof Bergmann (Bergmann 1997). Kernidee ist es, dass Orte bereitgestellt werden, in denen Produkte in eigener Regie, nach eigenen Bedürfnissen und in „eigener Arbeit“ hergestellt werden. Diese Produkte können dann zum eigenen Gebrauch verwendet werden – was den Bedarf nach Konsumgütern reduzieren soll – oder sie werden auf dem Markt angeboten und verkauft, um Einnahmen zu erzielen.

Freiwilligenagenturen wiederum sind Einrichtungen, die das bürgerschaftliche Engagement fördern. Sie beraten Menschen, die sich engagieren wollen, über mögliche Tätigkeitsfelder und vermitteln sie in unterschiedliche Bereiche des Bürgerengagements. Ziel aller Einrichtungen ist es, interessierten Personen den Zugang zu Tätigkeitsfeldern außerhalb der Erwerbsarbeit zu erleichtern (BMFSJ 2002).

1.1 Die Diskussionen über die Wirkungsweise der Einrichtungen stehen im Zusammenhang mit dem Diskurs über eine veränderte Arbeitswelt

In den letzten Jahren haben zahlreiche öffentliche und wissenschaftliche Veranstaltungen stattgefunden, in denen die Arbeits- und Wirkungsweise dieser Organisationen vorgestellt und diskutiert wurden. Oft wurde ihnen dabei unterstellt, dass sie positiv auf den Arbeitsmarkt wirken und dass es ihnen gelingen könnte, Übergänge zwischen unterschiedlichen Tätigkeitsformen zu erleichtern. Diese hohen Erwartungen stehen in direktem Zusammenhang mit den Diskussionen über die Veränderungen in der Arbeitswelt und hierbei insbesondere mit der Diagnose einer *Dezentrierung* der Erwerbsarbeit (Offe 1983). Damit ist gemeint, dass sich die Einstellung der Menschen zur Arbeit verändert hat. Auf der einen Seite können wir eine nach wie vor hohe und ungebrochene *Erwerbsorientierung* beobachten. Dies ist nicht verwunderlich, da insbesondere in schwierigen Zeiten das Interesse der Menschen darauf ausgerichtet ist, in erster Linie einen Job zu haben, der die Existenz und das Einkommen sichert. Die Menschen *wollen* also arbeiten – dies hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht verändert. Vielmehr ist der Anteil von Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung insbesondere durch eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen gestiegen (Hackett et al. 2002). Gleichzeitig kommen so genannte atypische Beschäftigungsformen häufiger vor. Darunter zählen Teilzeitarbeitsformen, geringfügige Beschäftigungen, befristete Stellen, Scheinselbständige und Tele-, Heim- und Leiharbeit.

Auf der anderen Seite gibt es jedoch einen Wertewandel (Inglehart 1997), der zu einer abnehmenden *Erwerbszentrierung* geführt hat. Damit ist gemeint, dass auch andere Lebensbereiche wichtiger geworden sind und dass nicht nur die Erwerbsarbeit im Mittelpunkt des Lebens steht. So ist beispielsweise der Wunsch, mehr Zeit in der Familie und bei den Kindern zu verbringen, gestiegen. Aber auch andere Tätigkeitsfelder sind attraktiver geworden: Die Bereitschaft zu Bürgerengagement und das Interesse, häufiger Eigenarbeiten durchzuführen, sind überraschend hoch (Bundesministerium 2001; Hacket et al. 2002). Phasen der Familien- und so genannte Sozial- und Eigenzeiten haben an Bedeutung gewonnen. Kurz: Die Lebensführung der Menschen hat sich gewandelt und eine stabile Erwerbsorientierung bei abnehmender Erwerbszentrierung ist kein Widerspruch (Mutz et al. 1998). Allerdings stellt sich die Frage, ob es den Menschen immer gelingt, die Übergänge zwischen diesen Lebens- und anderen Tätigkeitsbereichen sowie der Erwerbsarbeit zu gestalten.

In dem Forschungsprojekt richtete sich unser besonderes Interesse auf die Frage, ob sich mit den neu entstandenen Einrichtungen bereits im Keim Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit entwickelt haben, die dem veränderten Stellenwert von Arbeit in den Lebensentwürfen der Beschäftigten und Arbeitsuchenden gerecht werden. Darüber hinaus sollte geklärt werden, ob diese Institutionen einen Einfluss auf die Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in einer Region haben und zu einer Entspannung auf dem örtlichen Arbeitsmarkt beitragen können. Zudem galt es zu analysieren, ob und inwieweit diese Modelle die Möglichkeit zu neuen lokalen Bündnissen auf dem regionalen Arbeitsmarkt bieten.

Mit dem hier vorliegenden Bericht findet dieses Projekt seinen Abschluss. Bevor wir jedoch zum Ablauf der Studie und zur Darstellung der Forschungsergebnisse kommen, gilt es zunächst eine wichtige Änderung in der Begrifflichkeit vorzuschicken und näher zu erläutern.

2. Theoretische und empirische Begründung für die Verwendung des Begriffs ‚lokale Infrastruktureinrichtung‘

Zu Beginn unserer empirischen Untersuchungen verwendeten wir die Begrifflichkeit „neue arbeitgesellschaftliche Institutionen“ zur Beschreibung dieser Einrichtungen. Im Verlauf der Studie wurde uns jedoch deutlich, dass diese Bezeichnung nicht treffend ist. Stattdessen sprechen wir nun von lokalen Infrastruktureinrichtungen, um die Beschaffenheit sowie die Arbeits- und Wirkungsweise der von uns untersuchten Institutionen aufzuzeigen und angemessen zu erfassen. Für diesen Wechsel der Begrifflichkeit gibt es sowohl eine theoretische als auch eine empirische Begründung.

Die theoretische Begründung ist eng mit der aktuellen modernisierungstheoretischen Debatte innerhalb der Sozialwissenschaften verbunden. So unterscheidet etwa eine Richtung der Soziologie zwischen Erster und Zweiter Moderne (vgl. Beck et al. 1996). Weitestgehend schließen wir uns dieser Unterscheidung an (vgl. dazu Mutz/Kühnlein 2001).

Charakteristisch für die *Erste Moderne* ist ein industriell geprägtes Verständnis von Arbeit, das die Erwerbsarbeit absolut setzt und Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit weder finanziell noch sozial gleichermaßen wertschätzt. Sie gründet auf traditionelle Institutionen wie beispielsweise Kirche, Familie und Ehe, die als gleichsam organisch gewachsen wahrgenommen werden und deshalb hohe gesellschaftliche Bindekraft haben. Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der Ersten Moderne ist die Vorstellung von klar abgrenzbaren Dichotomien, die ein „Entweder – Oder“ als Lösungsstrategie nahe legen. So versteht die Industriegesellschaft der Ersten Moderne Arbeit grundsätzlich als Erwerbsarbeit und entsprechend Nicht-Arbeit als Arbeitslosigkeit. Es existieren eine dichotome Zeitstrukturierung in Arbeitszeit und Freizeit sowie feste Vorstellung der (geschlechtsspezifisch unterschiedlichen) Dreiteilung biografischer Verläufe: Ausbildung – Erwerbsarbeit (Männer) / Mutterschaft (Frauen) – Berentung. Sachverhalte jenseits dieser gegensätzlichen Unterscheidungen werden nicht wahrgenommen.

Im Zuge des sozialen Wandels beobachten wir jedoch, dass der Rückgang der Erwerbsarbeit die Vergesellschaftung des Menschen durch Erwerbsarbeit im Sinne von Integration und Partizipation immer schwieriger macht. Auch gelingt es anderen Institutionen, wie beispielsweise den Kirchen, immer weniger, die Menschen an sich zu binden. Diese Prozesse kennzeichnen den von Soziologen behaupteten Übergang zur *Zweiten Moderne*, bei dem die traditionellen Institutionen an Bindekraft verlieren (Beck et al. 1996). Es entstehen neben den bisherigen neue Institutionen, die deren Funktionen zum Teil und in abgewandelter Form übernehmen. Diese neuen Institutionen sind seltener organisch gewachsen, sondern teilweise künstlich entstanden. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von einer Pluralisierung bzw. Diversifizierung, wie wir sie etwa am Beispiel einer Pluralisierung von Erwerbsformen besonders gut beobachten können.

Hierbei steht im Zentrum die Diagnose, dass wir eine Erosion des Normalarbeitsverhältnisses beobachten können (Bonß 2000). Das Primat der abhängigen Erwerbsarbeit – Lohnarbeit – als dominante Organisationsform gesellschaftlicher Arbeit scheint gebrochen. Das heißt, dass sich *neben* den 'normalen' Beschäftigungsverhältnissen, die es vor allem in den industriellen Bereichen und teilweise im Dienstleistungssektor nach wie vor in hoher Anzahl gibt, andere Formen der Erwerbstätigkeit entwickelt haben. Dazu zählen flexible Teilzeitbeschäftigungen und prekäre Beschäftigungsvarianten, aber insbesondere auch die vielen neuen Formen der selbständigen und freiberuflichen Tätigkeiten. Außerdem wird Arbeit immer häufiger projektförmig organisiert, und es entstehen Projektkonsortien, in denen Mikrounternehmen oder einzelne Erwerbstätige als selbständige oder freiberufliche Solounternehmen (im Rahmen von Werkverträgen) auftreten. Die bisher strikte Trennung zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbstätigkeit löst sich auf, und es werden im Verlauf des Erwerbslebens unterschiedliche Tätigkeiten ausgeübt, teilweise nicht nur nacheinander, sondern auch nebeneinander. Gleichzeitig führt die bereits beschriebene abnehmende Erwerbszentrierung dazu, dass andere Tätigkeitsformen wie etwa Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement an Bedeutung gewinnen.

Die mit dem Übergang zur *Zweiten Moderne* neu entstandenen Institutionen vereinen unterschiedlichste Funktionen und sind charakterisiert durch ein „Sowohl/als auch“. Damit ist gemeint, dass Strategien erprobt und angewandt werden, die nicht mehr entlang der eindeutigen industriegesellschaftlichen Dichotomien verlaufen. So sind etwa die von uns untersuchten Einrichtungen einerseits gekennzeichnet durch ihr Bemühen, Tätigkeitsformen wie Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen und zu fördern. Sie stellen beispielsweise Werkstätten zur Verfügung und/oder vermitteln Interessierte in Engagementfelder. Andererseits übernehmen sie häufig noch weitere Funktionen. So sind sie oft Treffpunkt und Kontaktbörse, indem sie etwa ein Café betreiben, wo sich Menschen aus dem lokalen Umfeld treffen und austauschen können. Nicht selten sind sie zusätzlich Beratungsstelle, etwa wenn eine Freiwilligenagentur Menschen berät, die ein eigenes soziales Projekt initiieren wollen. In einigen Fällen sind diese neuen Institutionen gleichzeitig eine Beschäftigungsgesellschaft, in der Jugendliche ausgebildet und in der ABM-Stellen geschaffen werden. Nicht zuletzt wirken die Einrichtungen als soziales Netzwerk, denn vielfach treffen sich hier unterschiedliche Gruppen, Projekte und Vereine, die häufig schon allein durch die räumliche Nähe miteinander kooperieren. Durch diese Vielfalt der Funktionen tragen die von uns untersuchten Einrichtungen zum sozialen Zusammenhalt bei. Sie erbringen eine Integrationsleistung, in dem sie zum einen den sozialen Kontakt zwischen Menschen fördern und zum anderen Kooperationen mit anderen Einrichtungen eingehen. Sie tragen zur Bildung von sozialem Kapital der Gesellschaft bei, weil sie den Aufbau von Netzwerken, Zusammenarbeit und damit Vertrauen sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene unterstützen. So verstanden bieten die Einrichtungen eine Infrastruktur zur Förderung des lokalen sozialen Zusammenhalts.

2.1 Was sind lokale Infrastruktureinrichtungen?

Wir sprechen von lokalen Infrastruktureinrichtungen als jene neuen Institutionen, die mit dem Übergang von der Ersten zur Zweiten Moderne entstehen. Lokale Infrastruktureinrichtungen umfassen zunächst einmal eine ganze Reihe unterschiedlicher Einrichtungen und Projekte. Wir assoziieren diesen Begriff im weiteren Sinne mit Einrichtungen wie etwa Wohlfahrtsverbände, Beratungseinrichtungen, Nachbarschaftsinitiativen und freie gemeinnützige Initiativen. Daneben haben sich Einrichtungen entwickelt, die direkt in den (Erwerbs-) Arbeitsbereich hinein wirken, wie beispielsweise Arbeitsloseninitiativen. Uns haben jedoch innerhalb des Forschungsprojekts nur jene Einrichtungen interessiert, die sich durch eine unmittelbare Fokussierung auf das Thema Arbeit auszeichnen und dabei Arbeit nicht nur als Erwerbsarbeit verstehen. Vielmehr geht es um das „Ganze der Arbeit“ (Biesecker 2000), also auch um Tätigkeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit, um Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement. Wir bezeichnen daher mit dem Begriff der lokalen Infrastruktureinrichtung nicht nur jene Einrichtungen, die zur *sozialen* Infrastruktur beitragen – diese Funktion haben auch die oben aufgeführten Wohlfahrtsverbände und verschiedenen Initiativen, – sondern diejenigen, die *zusätzlich* eine Infrastruktur zur Erwerbsarbeit bieten, in dem sie die unterschiedlichen Arbeitsformen fördern.

Damit sind wir auch bei der empirischen Begründung für einen Wechsel der Begrifflichkeit: Als wir am Anfang des Projekts unser Interesse auf arbeitsgesellschaftliche Institutionen richteten, meinten wir damit Einrichtungen, die Werkstätten und Fachberatungen zur Förderung von Eigenarbeit bereitstellen, Freiwilligenagenturen und Freiwilligenzentren. Untersucht werden sollten Institutionen, die Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement fördern. Wir gingen dabei davon aus, dass in den Einrichtungen schwerpunktmäßig entweder Eigenarbeit oder bürgerschaftliches Engagement, nicht aber Erwerbsarbeit stattfindet. Diese Vorstellung mussten wir im Laufe unserer empirischen Studie aufgeben. Viele der von uns untersuchten lokalen Infrastruktureinrichtungen umfassen interessante Mischungen der unterschiedlichen Tätigkeitsformen. Sie bieten Werkstätten zur Eigenarbeit an, unterstützen das bürgerschaftliche Engagement der Nutzerinnen und Nutzer und sie sind wiederum selbst auf das Engagement der dort tätigen Menschen angewiesen. Hinzu kommt, dass Arbeit in Form von Erwerbsarbeit ebenfalls in diesen Einrichtungen stattfindet. Auch dies ist ein Beleg für den „Sowohl/als auch – Charakter“ dieser neu entstandenen lokalen Infrastruktureinrichtungen.

B. Die Studie

Als wir im Jahr 1999 den Projektvorschlag formulierten, war es noch unüblich, Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit, wie Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement, im Zusammenhang mit dem lokalen Arbeitsmarktgeschehen zu diskutieren. Wir hielten dies jedoch für notwendig, weil es zu der arbeitsgesellschaftlichen Rolle dieser nicht-erwerbsbezogenen Arbeitsformen bislang keine ausreichende empirischen Befunde gab und deshalb nur Vermutungen existierten. Heute hat sich die Situation verändert. Vor dem Hintergrund einer sich dynamisch verändernden Arbeitswelt gibt es nicht nur in den Sozialwissenschaften eine breite Diskussion um die gesellschaftliche Organisation von Arbeit. Ein konkretes Beispiel sind Studien zur Vereinbarkeit von bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit (siehe etwa Klenner et al. 2001). Es gibt darüber hinaus ein politisches Interesse, Erwerbsarbeit und andere Tätigkeitsfelder aus einer Zusammenhangslogik zu debattieren – so etwa in der Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit“ der Enquete Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Enquete Kommission 2002, S. 191-236). In dieser Arbeitsgruppe ging es zum Beispiel um die grundsätzliche Frage, in wie weit andere Tätigkeitsformen, wie Bürgerengagement, Eigenarbeit und sorgende Arbeit, das System der Erwerbsarbeit ergänzen, stützen oder gar Voraussetzung für Beschäftigung sein könnten. Kann Bürgerengagement ein produktiver Faktor im Wirtschaftsgeschehen sein und bewirken Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit soziale Kapitalbildung? Welche Rolle spielen derartige Tätigkeitsformen in der Arbeitslosigkeit? Zu dieser Debatte um die Organisation gesellschaftlicher Arbeit gehört heute auch die aktuelle gewerkschaftliche Diskussion um eine innovative Arbeitszeitpolitik. So forderte etwa der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in einer Rede am 21.11.2002 in Stuttgart, verstärkt auf die Zeitvorstellungen der Beschäftigten einzugehen und die Schaffung von Möglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement beispielsweise in Form von Sabbaticals in die Arbeitszeitpolitik zu integrieren. Auch an diesem Beispiel wird deutlich, dass die arbeitsgesellschaftliche Debatte nicht mehr so stark erwerbszentriert geführt wird, wie noch in den 1980er und 1990er Jahren. Im Folgenden werden wir diese Diskussionen nachzeichnen, die die Herleitung unserer Fragestellung verdeutlicht.

1. Die Arbeitswelt im Wandel

Es besteht kaum Zweifel daran, dass sich industrielle Arbeitsgesellschaften in einem tief greifenden Wandel befinden. Digitalisierung, Individualisierung und Globalisierung sind die einschlägigen Stichworte. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir generell von einer Krise der Arbeit oder von einem Abschied von der Arbeitsgesellschaft sprechen können (prominent in Deutschland: Beck 2000 und Zukunftskommission 1997; für die USA: Rifkin 1999; für Frankreich: Gorz 1989).

1.1 Pluralisierungsprozesse verändern die Organisation gesellschaftlicher Arbeit

Wenn wir heute in einer allgemeineren Form über die Organisation gesellschaftlicher Arbeit diskutieren, dann geht es nicht mehr um die simple Frage, ob uns die Arbeit ausgeht. Diese Frage ist in Debatten der 1990er Jahre differenziert beantwortet worden: Es geht uns nicht die Arbeit aus, allenfalls fehlt es an bezahlter Erwerbsarbeit in einigen Branchen und Ländern. Es geht folglich um Unterbeschäftigung sowie Arbeitsplätze und somit um die grundsätzliche Frage, in welchem Verhältnis bezahlte und unbezahlte Arbeit zueinander stehen – dies ist *der* zentrale Sachverhalt, wenn wir über die Organisation gesellschaftlicher Arbeit sprechen.

Ausgangspunkt ist die Diagnose einer Erosion des Normalarbeitsverhältnisses (Bonß 2000). Das heißt Erstens, dass sich *neben* den 'normalen' Beschäftigungsverhältnissen, die es vor allem in den industriellen

Bereichen und teilweise im Dienstleistungssektor nach wie vor in hoher Anzahl gibt, andere Formen bezahlter Arbeit entwickelt haben. Hinzugekommen sind so genannte atypische Beschäftigungen, wie Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Befristung, Scheinselbständigkeit sowie Tele-, Heim- und Leiharbeit; aber insbesondere auch viele neue Formen der selbständigen und freiberuflichen Tätigkeiten. In den vergangenen Jahren wurde beispielsweise eine große Zahl von Mikro- und Solounternehmen gegründet. Außerdem wird Arbeit immer häufiger projektförmig organisiert, und es entstehen Projektkonsortien, in denen Mikrounternehmen oder einzelne Erwerbstätige als selbständige oder freiberufliche Solounternehmer (im Rahmen von Werkverträgen) auftreten. Die absolute Zahl der Normalarbeitsverhältnisse ist zwar stabil geblieben, aber deren relativer Anteil hat kontinuierlich abgenommen. Die Dominanz des Normalarbeitsverhältnisses als zentrale Organisationsform (männlicher) gesellschaftlicher Arbeit scheint gebrochen und wir können von einer *Pluralisierung der Erwerbsformen* sprechen.

Zweitens haben sich innerhalb der bestehenden Normalarbeitsverhältnisse Zeitvorgaben und Arbeitszeitregelungen radikal verändert: Vertrauensarbeitszeit, Gleitzeit, Arbeitszeitkonten sowie Umverteilung der Arbeitswochenzeit durch zunehmende gelegentliche Arbeit an Samstagen bzw. Sonn- oder Feiertagen sind hinzugekommen. Wir beobachten folglich auch eine *Pluralisierung der Zeitverwendungsformen* innerhalb der regulären Beschäftigungsverhältnisse.

Auf der biografischen Ebene bedeutet das Erstens, dass Menschen im Verlaufe ihres Arbeitslebens zunehmend unterschiedliche Erwerbsformen ausüben, teilweise nicht nur nacheinander, sondern auch nebeneinander. Es gibt nicht nur eine berufsvorbereitende Phase, die in eine 'feste' Arbeitsstelle mündet; Menschen befinden sich heute vielmehr ständig in Lernprozessen und in Vorbereitung auf wechselnde Arbeitszusammenhänge. Dabei ist nicht garantiert, dass die Übergänge zwischen den Beschäftigungen immer gelingen. Oft treten nicht einkalkulierte Unterbrechungen – wie Arbeitslosigkeit – ein. Dies erschwert die gesamte Lebens- und Familienplanung und führt zu biographischen Unsicherheiten. Zweitens bewirkt eine Pluralisierung der Zeitverwendungsformen, dass die Grenzen zwischen Erwerbsarbeit, der Familie und anderen Tätigkeiten, die in eigener Zeiteinteilung ausgeübt werden, fließend geworden sind (Stichwort: Entgrenzung). Es gibt immer weniger starre Zeitvorgaben, und es ist nicht allein durch die Erwerbsarbeit vorbestimmt, was wann zu tun ist. Insgesamt führen diese Pluralisierungsprozesse dazu, dass die Lebensgestaltung viel mehr in der Hand des Einzelnen liegt – mit allen Risiken und Nebenwirkungen.

1.2 Wandel der Lebensführung durch Dezentrierung der Erwerbsarbeit

Doch nicht nur die Organisation der Arbeit, auch die Einstellung der Menschen zur Arbeit hat sich verändert. Auf der einen Seite können wir eine nach wie vor hohe und ungebrochene *Erwerbsorientierung* beobachten (Mutz et al. 1998). Damit ist gemeint, dass sich Menschen in erster Linie an der Erwerbsarbeit (und das daran gebundene soziale Sicherungssystem) orientieren, weil sie ihnen zumindest die Existenz und das Einkommen sichert – dies gilt für Männer und Frauen, weil nur die Erwerbsarbeit die Chance einer unabhängigen Lebensführung eröffnet. Diese hohe Erwerbsorientierung ist nicht verwunderlich, da insbesondere in schwierigen Zeiten der Arbeitsplatz am wichtigsten ist. Die Menschen wollen also arbeiten – dies hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht verändert, und die Behauptung des Gegenteils wird durch häufiges Wiederholen oder durch Argumentation an prominenter Stelle nicht plausibler (Zukunftskommission 1997). Auf der anderen Seite gibt es jedoch einen Wertewandel, der zu einer abnehmenden *Erwerbszentrierung* geführt hat („Dezentrierung“; Offe 1983). Damit ist gemeint, dass auch andere Lebensbereiche wichtiger geworden sind und nicht allein die Erwerbsarbeit im Mittelpunkt des Lebens steht. Andere Tätigkeitsfelder sind attraktiver geworden: Die Bereitschaft zu Bürgerengagement und das Interesse, häufiger Eigenarbeiten durchzuführen, haben zugenommen (BMFSFJ 2000; Hackett et al. 2002). Phasen der Familien- und so genannte Sozial- und Eigenzeiten haben an Bedeutung gewonnen. Kurz: Die Lebensführung

der Menschen hat sich gewandelt und wir beobachten eine stabile Erwerbsorientierung bei abnehmender Erwerbszentrierung (Mutz & MPS 1998).

2. Erwerbsarbeit und andere Arbeitsformen

Arbeitsformen *jenseits* der Erwerbsarbeit werden immer dann in die Arbeitsdebatte eingebracht, wenn die Grenzen der Erwerbsarbeit deutlich in Erscheinung treten. Wenn die Fortschritts- und Wohlstandserwartungen sowie der „Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984) durch Krisen und Unterbeschäftigung ‚blockiert‘ sind, dann entsteht die Vermutung, dass eine Aktivierung von Arbeitsfeldern außerhalb des klassischen Erwerbsarbeitssystems möglich wäre. Dies war erstmalig Ende der 1970er Jahre der Fall, dann wieder in den 1990er Jahren. Dabei ist die Diskussion nicht immer in derselben Weise verlaufen. In einem ersten Zugang zu diesem Themenfeld wurde die Möglichkeit einer „Dualwirtschaft“ (Huber 1984) vermutet. Die Idee war, dass neben dem System der Erwerbsarbeit ein eigenständiger ‚Gegenpart‘ der informellen Ökonomie bzw. informellen Arbeit existieren könnte, der unter bestimmten Bedingungen auch eine Ersatzfunktion zur formellen Ökonomie haben könnte (Substitutionsthese). Erst Mitte der 80er Jahre wurde, insbesondere unter dem Einfluss ökologisch und feministisch akzentuierter Forschungen, ein differenzierter Zusammenhang zwischen Tätigkeitsfeldern innerhalb *und* außerhalb der Erwerbsarbeit hergestellt. Es wurde deutlich gemacht, dass auch Tätigkeitsfelder in der informellen Ökonomie vom Zugang zu der formellen Ökonomie und damit zur Erwerbsarbeit abhängig sind: „Ein Schlüssel zur Ermöglichung materiell freier Entscheidungen für selbstbestimmte außererwerbliche Tätigkeit (liegt) gerade in der realen Aussicht auf den Zugang zur Erwerbstätigkeit“ (Mückenberger 1990: 203)¹. Nur wer in der Lage ist, seine Lebensführung durch Erwerbsarbeit ökonomisch abzusichern, kann sich für Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit entscheiden (Voraussetzungsthese). Der ursprüngliche Gedanke, dass der informelle Bereich in irgendeiner Form einen Ersatz zur formellen Ökonomie darstellen könnte wurde als „Mythos informelle Ökonomie“ (Jessen 1985) ‚entlarvt‘. Die Debatten in den 1990er Jahren gingen darüber hinaus: Es wurde die Parallelitätsthese entwickelt und davon ausgegangen, dass das Erwerbssystem und andere Arbeitsformen, zum Beispiel auch der so genannte Dritte Sektor (z.B.: Priller/Zimmer/Anheier 1999), parallel zu denken sind. Demnach richtete sich der Fokus darauf, sinnvolle Übergangsmöglichkeiten zwischen den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern zu untersuchen (Bonß 1998; Kühnlein 1997a; Mutz 1997a; Mutz/Kühnlein 1998a, b). Mit diesem Diskurswechsel wurde auch das weite Tätigkeitsfeld außerhalb der Erwerbsarbeit differenzierter betrachtet. Es wird zumindest unterschieden zwischen Tätigkeiten, die im Haushalt erbracht werden (Versorgungsarbeit), die gemeinschaftsbezogen sind, wie etwa das bürgerschaftliche Engagement, und Tätigkeiten, die für die einzelne Person oder den Privathaushalt von Nutzen sind, wie beispielsweise die Eigenarbeit. In der jüngsten, vorerst letzten Phase schiebt sich eine ganz anders gelagerte Frage in den Vordergrund: Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit wird vermutet, dass in den Arbeitsfeldern jenseits der Erwerbsarbeit, insbesondere im Bürgerengagement, Potenziale liegen, die einen Übergang in die Erwerbsarbeit ermöglichen könnten (Brückenfunktion). Angedacht ist beispielsweise, ob Bürgerengagement oder Eigenarbeit nicht auch dem Qualifikationserhalt dienen oder ob gar neue, besondere soziale Qualifikationen erlernt werden können, die in der Erwerbsarbeit verwendet werden könnten. Allerdings handelt es sich bei diesen Überlegungen allenfalls um plausible Hoffnungen, empirische Untersuchungen dazu haben gerade erst begonnen (siehe MISS 2002; Mutz/Söker 2003 und die hier vorliegende Studie); es ist unklar, in welchen Situationen wir derartige Übergänge vermuten können, ob es sich um einen besonderen Personenkreis handelt, ob sich derartige Brücken nur in bestimmten Bereichen gebildet haben oder welche veränderten Rahmenbedingungen derartige Bewegungen zwischen den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern begünstigen könnten.

1 „Auch in der Schattenwirtschaft braucht man ein Pfund, um damit zu wuchern: Qualifikation, Zeit, Kapital und Raum. Die Politik muss darauf gerichtet sein, die Verfügung der Haushalte über diese Mittel zu erhöhen“ (Siebel 1986: 36).

2.1 Ein erweiterter Arbeitsbegriff ermöglicht neue Perspektiven: Die Triade der Arbeit

Versorgungsarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit einerseits sowie Erwerbsarbeit andererseits stehen in einem Spannungsverhältnis. Diese besondere Art des Zusammenhangs wird deutlich, wenn eine historische Perspektive angelegt wird und ein Bezug zur Geschichte der Industrialisierung hergestellt wird. Wenn wir von der Durchsetzung der Erwerbsarbeit sprechen, dann ist gemeint, dass seit dem Beginn moderner Produktionsformen die ursprünglichen Arbeitsweisen unter dem Druck stehen, ökonomisiert zu werden: Tätigkeiten, die früher unbezahlt und allenfalls in ein Abgabe- und Tauschsystem integriert waren, werden in bezahlte marktvermittelte Arbeit transformiert. Es entsteht ein Arbeitsmarkt für Arbeitskraft, und es gibt seit dem Arbeitsplätze, auf denen Arbeit stattfindet, die nun Erwerbsarbeit heißt und von einem so genannten Arbeitgeber bezahlt wird. Diese Ökonomisierung der Arbeit findet seit Beginn der Industriemoderne beständig statt, und es erscheint uns selbstverständlich, dass für jegliche Arbeitsformen bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Dieser Transformationsprozess ist uns gleichsam zur zweiten Natur geworden, und es hat sich deshalb die Ansicht herausgebildet, dass das Volumen an Erwerbsarbeit (die bezahlten Arbeitsstunden in einer Gesellschaft) weiter zunehmen wird. Gerät dieser beständige Transformationsprozess ins Stocken, dann sind wir es gewohnt, dies als vorübergehende (konjunkturelle oder strukturelle) Krise zu deuten, in der es einen Mangel an Arbeitsplätzen gibt, der irgendwann auch wieder behoben werden kann. Nur zögerlich setzt sich eine andere Sichtweise durch: Die lang anhaltende Unterbeschäftigung in westlichen Gesellschaften kann auch so gedeutet werden, dass der beschriebene Transformationsprozess zu einem Endpunkt gelangt ist, an dem es kaum noch möglich ist, gesellschaftliche Arbeit in Erwerbsarbeit zu überführen. Wir hätten es dann gewiss nicht mit einer Krise der Arbeit an sich, aber mit einer Krise der Erwerbsarbeit zu tun, weil es nicht mehr gelingt, fortwährend neue bezahlte Arbeit, also Arbeitsplätze zu schaffen – obwohl viele wichtige Arbeiten gleichsam liegen bleiben.

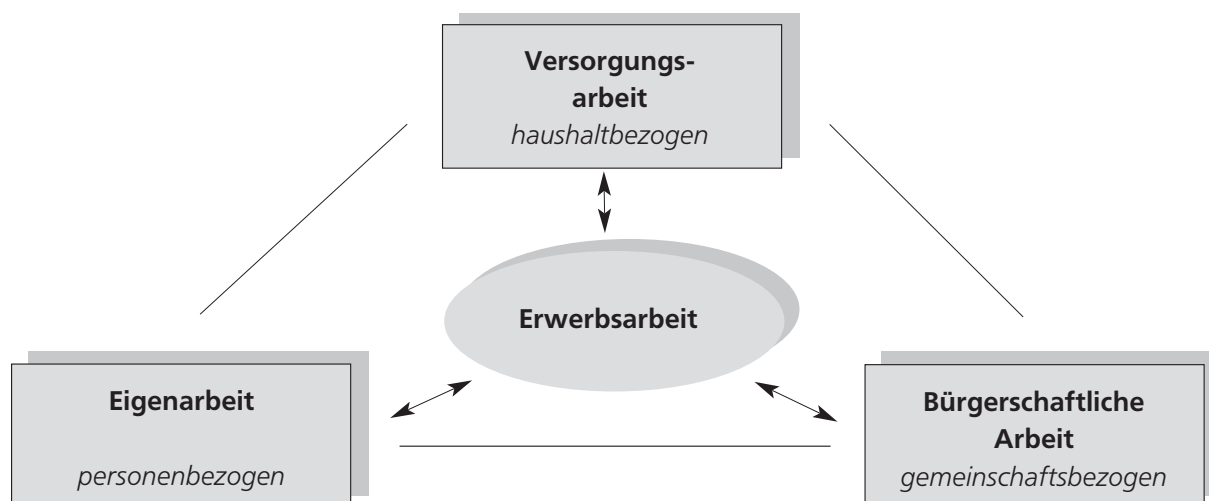
Dies kann mehrere Gründe haben. Ein Grund ist sicher, dass dieser Transformationsprozess in vielen Gesellschaften zunehmend Kosten verursacht, die ab einer bestimmten Höhe durch die Vorteile eines großen Volumens an Erwerbsarbeit nicht mehr aufgewogen werden. Hinzu kommen eine Reihe weiterer Argumente: Eigenarbeit und Engagement können auch an vielen Stellen der Gesellschaft sinnvoller sein, weil zusätzlich zu den Gütern und Dienstleistungen immaterielle Werte entstehen, wie etwa sozialer Zusammenhalt, Lebensqualität, gebrauchswertorientierte Produktionsweisen usw. – auch die Selbstbestimmtheit in der Organisation dieser Tätigkeiten gehört dazu.

Ungeachtet derartiger Überlegungen und Analysen, warum dieser Transformationsprozess in der gewohnten Weise nicht mehr stattfindet, ist es wichtig, eine weitere Ebene in die Diskussion einzubringen, um die Perspektive auf den gesamten Wandel der Arbeitsgesellschaft zu richten. Es hat sich in der langen Phase der Industrialisierung nicht nur die Ansicht durchgesetzt, Erwerbsarbeit sei fortwährend vermehrbar, diese Entwicklung hat auch dazu geführt, dass seit dem gesellschaftliche Arbeit mit bezahlter Erwerbsarbeit gleich gesetzt wird. Der Arbeitsbegriff hat sich somit verengt und alle anderen Tätigkeiten erscheinen nachgeordnet oder gar unwichtiger und erfahren deshalb eine geringere Wertschätzung. Viele öffentliche Diskussionen (etwa zur Hausarbeit, Erziehung von Kindern usw.) und wissenschaftliche Debatten (Frauenforschung), beginnend in den 1970er Jahren, haben erst wieder deutlich machen müssen, dass *alle* gesellschaftlichen Tätigkeiten produktiv sind und zur Wertschöpfung beitragen – auch wenn sie nicht auf bezahlten Arbeitsplätzen geschehen. Prominent wird diese Sicht durch die Diskurse zur Tätigkeitsgesellschaft (in Anlehnung an Hannah Arendt 1981) zum Ausdruck gebracht. Es wird vor diesem Hintergrund eingefordert, bei den Diskussionen um die Krise der Erwerbsarbeit das „Ganze der Arbeit“ (Biesecker 2000) in den Blick zu nehmen und den engen Arbeitsbegriff zu Gunsten einer erweiterten Arbeitsauffassung, etwa als „Mischarbeit“ (Brandl et al. 2002) aufzugeben.

Eine solche Herangehensweise hat mehrere Implikationen: Erstens ist es notwendig, die unterschiedlichen Arbeitsformen – Versorgungsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement einerseits, und Erwerbsarbeit andererseits – voneinander abzugrenzen (a); Zweitens ist das Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und den nicht bezahlten Arbeitsformen präziser zu bestimmen (b); Drittens ist auch das Gefüge zwischen den Tätigkeitsfeldern jenseits der Erwerbsarbeit weitestgehend ungeklärt (c). Diese drei Dimensionen sind unseres Erachtens zentral für eine arbeitsgesellschaftliche Debatte, die den Anspruch hat, alle relevanten aktuellen Veränderungen in den Blick zu nehmen, und sich gleichzeitig verpflichtet fühlt, Antworten auf die drängenden Fragen zur Unterbeschäftigung zu geben. Damit ist nicht weniger als ein umfassendes analytisches Forschungsprogramm umschrieben, das angesichts der Brisanz der gesellschaftlichen Probleme begonnen werden müsste – unsere empirische Studie kann hierzu nur einen sehr kleinen Beitrag leisten.

Ein erster Zugang soll sein, sich vor dem Hintergrund unserer früheren Forschungen ein ‚Bild‘ zu machen, in welchem Verhältnis die genannten drei Dimensionen stehen. Dazu verwenden wir in einer weiter entwickelten Form die ‚Triade der Arbeit‘, wie wir sie bereits 1997 vorgestellt hatten (Mutz 1997) und skizzieren die Richtung, in welche die Dimensionen diskutiert werden könnten².

Abb. 1: Triade der Arbeit



© miss 2003

(a) Die in der Triade der Arbeit abgebildeten Tätigkeiten werden in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedlich definiert; heuristisch legen wir folgende Definitionen zugrunde. *Erwerbsarbeit* ist eine fremdbestimmte und tauschwertorientierte Tätigkeit, die dem Gelderwerb dient und vorwiegend in abhängiger Lohnarbeit oder Selbstständigkeit durchgeführt wird. In Deutschland ist sie dominant berufsförmig organisiert. *Bürgerschaftliche Arbeit*³ umfasst nicht nur das traditionelle politische oder soziale Ehrenamt im ver-

² Sie unterscheidet sich zu der früheren Fassung darin, dass Versorgungsarbeit explizit mit einbezogen wurde. Die damalige Publikation der Triade hatte insbesondere unter den Kolleginnen heftige Diskussionen ausgelöst, weil diese wichtige Arbeitsform gleichsam nur in einer Fußnote Berücksichtigung fand. Weitere Ergänzungen sind durch Diskussionen im Münchner Sonderforschungsbereich 536, insbesondere mit Anne Hackett, vorgenommen worden. Siehe: Hackett et al. (2002)

³ Wir verwenden hier für Bürgerengagement den Arbeitsbegriff nicht nur um uns auf gleicher begrifflicher Ebene im Hinblick auf die anderen als Arbeit benannten Tätigkeiten zu bewegen. Es soll damit vielmehr zum Ausdruck gebracht werden, dass Bürgerengagement sowohl in objektiver wie auch in subjektiver Sicht eine Arbeitsform darstellt. Theoretisch konsistent wäre es sicher, insgesamt in neutraler Weise den Begriff Tätigkeiten zu verwenden, was jedoch sprachlich weniger elegant ist. Im weiteren Verlauf des Berichts werden von uns, ebenfalls aus sprachlichen Gründen, die Begriffe Bürgerengagement, bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Arbeit synonym verwendet.

bandlichen Rahmen, sondern auch selbstorganisierte Aktivitäten der Selbsthilfe sowie in Bürgerinitiativen und Projekten aller Art. Die Definition zielt auf alle freiwilligen und auf das Gemeinwesen bezogenen Aktivitäten, denen kein Erwerbszweck zugrunde liegt (Enquete Kommission 2002). *Eigenarbeit* ist ein häufig verwendeter Oberbegriff für ‚Arbeiten jenseits des Erwerbsarbeitssystems‘ (Weizsäcker/Weizsäcker 1978, Illich 1979); je nach dem theoretischen, gesellschaftspolitischen oder weltanschaulichen Rahmen werden darunter völlig unterschiedliche Tätigkeiten subsumiert (Kühnlein 1997). Wir verwendeten hier eine theoretische und zugleich empirisch gesättigte Definition und bezeichnen Eigenarbeit als ‚eigensinnige‘, selbstbestimmte und auf den Gebrauchswert zielende Tätigkeit (Kühnlein 2000).

In unseren bisherigen Untersuchungen hat sich diese Unterscheidung als tragfähig erwiesen; die Gesamtheit der Tätigkeiten Versorgungs-, Eigen- und bürgerschaftliche Arbeit in Abgrenzung zur Erwerbsarbeit begrifflich zu fassen, bereitet nach wie vor Schwierigkeiten, denn alle sprachlichen Fassungen beziehen sich eher darauf, was dieser Bereich nicht ist bzw. was ihm fehlt: Ihm fehlt die Formalisierung, weshalb von informeller Arbeit oder Ökonomie gesprochen wird; es fehlt die Ökonomisierung und Monetarisierung, weshalb von nicht bezahlter Arbeit die Rede ist; manche grenzen diese Tätigkeitsfelder zu den privatwirtschaftlich-gewinnorientierten einerseits und dem staatlichen Bereich andererseits ab und subsumieren diese Tätigkeiten unter dem Begriff Dritter Sektor oder Drittes System. Um solche Konnotationen zu vermeiden, wird häufig in neutraler Weise auch einfach von Tätigkeitsfeldern jenseits oder außerhalb der Erwerbsarbeit gesprochen. Wir haben in unseren bisherigen Studien keine optimale Lösung gefunden und verwenden deshalb wechselnd die o.g. Bezeichnungen – mit der Ausnahme, dass wir der Ansicht sind, dass es sich hier nur um eine Teilmenge des Dritten Sektors oder Systems handelt und diese Begriffe deshalb nicht angebracht sind (vgl. zum Dritten Sektor: miss 2003).

(b) Die drei Arbeitsformen Versorgungsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftliche Arbeit stehen aus den oben genannten Gründen in einem Spannungsverhältnis zur Erwerbsarbeit. Während wir bislang überwiegend nur den Transformationsprozess *in* die Erwerbsarbeit empirisch beobachten konnten (und dies Ausgangspunkt nahezu aller Theoriebildungen war), ist es eine noch offene Frage, ob in einigen Bereichen nicht gar ein Re-Transformationsprozess stattfindet. Dies würde heißen, dass bislang erwerbsförmig erbrachte Tätigkeiten teilweise in den informellen Bereich zurückgeführt werden. Zumindest kann konstatiert werden, dass unbezahlte Arbeit künftig eher im informellen Bereich bleibt. Dabei ist davon auszugehen, dass diese Tätigkeiten immer in einem Verweisungszusammenhang bleiben: Damit ist gemeint, dass Tätigkeitsfelder im informellen Bereich ihren Sinngehalt daraus beziehen, dass sie jenseits der Erwerbsarbeit liegen – und entsprechend umgekehrt; die Tätigkeiten verweisen immer auf die jeweils auch andere Möglichkeit gesellschaftlicher Organisation. Normativ argumentiert kann in den Blick genommen werden, dass sich alle Tätigkeiten in komplementärer Weise ergänzen, eben weil sie in unterschiedlicher Weise produktiv sind und in ihrer jeweils eigenen Form zur gesellschaftlichen Wertschöpfung beitragen. Sie können in einem relativen Sinne gleichwertig sein. Es handelt sich um je eigenständige und eigenlogische, ja eigensinnige Arbeitsformen, zwischen denen es zwar Durchlässigkeiten gibt, aber keine reibungsfreien Übergänge. So ist etwa die Rückkehr aus der Versorgungsarbeit in die Erwerbsarbeit erschwert, hohes Engagement in der Erwerbsarbeit verhindert oftmals Aktivitäten in der bürgerschaftlichen Arbeit usw. Hier schließen sich auch die Fragen an, die weiter oben kurz skizziert worden sind: Wenn die empirisch beobachtbaren Dezentrierungsprozesse stärker in Erscheinung treten, dann können wir untersuchen, in welcher Weise die Menschen Versorgungsarbeit, Eigenarbeit, bürgerschaftliche Arbeit und Erwerbsarbeit im Lebensalltag kombinieren. Wie lassen sich Übergänge erleichtern? Es kann beispielsweise auch untersucht werden, wie sich das veränderte Zeitregime in der Erwerbsarbeit auf andere Tätigkeitsfelder auswirkt (siehe die Arbeiten von Klenner et al. 2001).

(c) Das Verhältnis der Tätigkeiten im informellen Bereich untereinander ist weitestgehend ungeklärt. Bekannt ist beispielsweise lediglich, dass hohe Belastungen in der Versorgungsarbeit – insbesondere bei

Frauen – Engagement in der bürgerschaftlichen und in der Eigenarbeit behindern. Wir wissen andererseits, dass das Eingebundensein in Netze der bürgerschaftlichen Arbeit wiederum den Aufwand für die Versorgungsarbeit reduziert. Bürgerschaftliche und Eigenarbeit gehen oftmals Hand in Hand: Diejenigen, die in der Eigenarbeit aktiv sind, engagieren sich sehr häufig auch in der bürgerschaftlichen Arbeit.

Die Triade der Arbeit bringt die unter (b) und (c) skizzierten Zusammenhänge zum Ausdruck: Den inneren Teil, der die Erwerbsarbeit umfasst, muss man sich um so größer vorstellen, je stärker in einem Land der Transformationsprozess fortgeschritten ist; dieser Anteil kann stagnieren oder aber, wie hier vermutet, auch anteilig schrumpfen – entsprechend vergrößern sich bürgerschaftliche, Versorgungs- und Eigenarbeit (der Doppelpfeil gibt beide Möglichkeiten an). Die nicht formalisierten Tätigkeitsfelder liegen außerhalb des Feldes der Erwerbsarbeit und stehen untereinander in einem unklaren Zusammenhang (deshalb der feine einfache Strich). Man könnte diese Triade nun dergestalt präzisieren, dass man auf der Grundlage von Zeitbudgetstudien in den Feldern die Anteile der Stunden abträgt, die in den Tätigkeiten jeweils verbracht werden und die Felder ihrer Größe entsprechend anpasst. So könnte zum Beispiel auch deutlich gemacht werden, dass die jeweiligen Anteile länderspezifisch variieren. Weitergehend könnte die Triade auch haushaltsbezogen verwendet werden.

Wir wollen mit diesen Überlegungen deutlich machen, dass es sich bei den informellen Tätigkeitsfeldern um einen gesellschaftlichen Bereich handelt, der zweifellos hohe (und sogar steigende) gesellschaftliche Relevanz hat, aber aus einer arbeitssoziologischen Perspektive kaum analysiert wurde; der Erwerbsarbeitsbereich ist vergleichsweise überforscht. In Bezug auf die Wirkungsweise und Potenziale dieser ‚zweiten‘ Ökonomie gibt es überwiegend Vermutungen oder ideologische Visionen – doch kaum empirisch fundierte Aussagen, und es ist relativ viel über Einzelphänomene bekannt (z.B. soziales Ehrenamt) – aber kaum etwas über eine denkbare Zusammenhangslogik zwischen diesen Bereichen. In unseren eigenen Untersuchungen haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, einige Teilbereiche in den Blick zu nehmen. Im Mittelpunkt steht das Verhältnis von Erwerbs-, Eigen- und bürgerschaftliche Arbeit.

3. Zielsetzung und Fragestellung des Forschungsprojektes

Wir gingen in diesem Forschungsprojekt der Frage nach, ob sich jenseits der Erwerbsarbeit Integrationsformen entwickelt haben, die dem veränderten Stellenwert von Arbeit in den Lebensentwürfen der Beschäftigten und Arbeitsuchenden gerecht werden. Dabei schließen wir uns den Überlegungen im Rahmen der Parallelitätsthese an und gehen davon aus;

dass weder Eigen- noch bürgerschaftliche Arbeit fehlende Erwerbsarbeit ersetzen können. Nur *Kombinationen* von Erwerbsarbeit und Eigen- oder bürgerschaftliche Arbeit scheinen tragfähig zu sein und können Veränderungsprozesse im Hinblick auf die gesellschaftliche Organisation von Arbeit in Gang setzen.

Somit geht es – präzisierend formuliert – immer um Integrationsmuster, die unterschiedliche Integrationsformen durch Erwerbsarbeit und Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit umfassen. Im Hinblick auf die Frage nach der Brückenfunktion sollte zusätzlich untersucht werden, ob es Arbeitslosen gelingen kann, durch Aktivitäten außerhalb der Erwerbsarbeit Übergangsmöglichkeiten in eine reguläre Beschäftigung zu finden.

In den vergangenen zehn Jahren sind (vor allem in Skandinavien, den Niederlanden, den USA, Kanada und Großbritannien, aber auch in Deutschland) neue Organisationen entstanden, die Tätigkeitsfelder jenseits der Erwerbsarbeit in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen. Zu nennen sind hier vor allem New Work-Zentren, Bürgerhäuser zur Förderung der Eigenarbeit und Freiwilligenagenturen, die bürgerschaftliche Arbeit vermitteln. Deren Ziel ist es, interessierten Personen den Zugang zu Tätigkeitsfeldern außerhalb der

Erwerbsarbeit zu erleichtern; oft wird ihnen dabei unterstellt, dass es dadurch zu positiven Arbeitsmarkteffekten komme und dass es ihnen gelingen könnte, Übergänge zwischen unterschiedlichen Tätigkeitsformen zu ermöglichen. In einem ersten Zugang haben wir von ‚arbeitsgesellschaftlichen Institutionen‘ gesprochen – unsere ersten Auswertungen im Hinblick auf deren Bedeutung und Wirkungsweise legten es jedoch nahe, in einem umfassenderen Sinne von ‚Infrastruktureinrichtungen‘ zu sprechen (vgl. dazu A. Zur Einführung).

Unsere Vermutung zu Beginn der Untersuchungen war, dass von den Infrastruktureinrichtungen wahrscheinlich nur im geringen Maße direkte quantitative Beschäftigungseffekte ausgehen, dass sich durch ihre Aktivitäten aber ein neues Handlungsfeld herausgebildet hat, dass in einem weiteren qualitativen Sinne Integrationsmöglichkeiten bietet. Eine weitere Hypothese war, dass Infrastruktureinrichtungen nur dann ein solches Potenzial entfalten können, wenn sie stabil im sozialen lokalen (regionalen) Gefüge verankert sind und wenn Kooperationen mit reinen arbeitsgesellschaftlichen Institutionen, wie Gewerkschaften, Kammern, Arbeitsverwaltung und Unternehmen bestehen; auch eine enge Zusammenarbeit mit der kommunalen Beschäftigungspolitik oder anderen sozialwirtschaftlichen Betrieben (insbesondere Genossenschaften), so die Vermutung, könnte eher zu direkten Beschäftigungseffekten führen.

Deshalb haben wir in einem letzten Schritt untersucht, ob sich in den letzten Jahren – ausgehend von den Infrastruktureinrichtungen – lokale (regionale) Netzwerke, Partnerschaften oder Bündnisse gebildet haben. Insbesondere interessierte uns, in welcher Weise Gewerkschaften oder Betriebsräte darin involviert sind. Dahinter verbirgt sich die Frage, wie Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit in die bestehenden traditionellen Institutionen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik eingebettet werden können.

4. Empirisches Design

Zur Beantwortung der Forschungsfragen und Überprüfung unserer Überlegungen und Forschungsannahmen sollten exemplarische Fallstudien in ausgewählten Organisationen und in drei unterschiedlichen Regionen durchgeführt werden. Dabei wollten wir drei Einrichtungen aus dem Bereich der Eigenarbeit und sechs Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements untersuchen. Im Einzelnen ging es um die Arbeitsweise dieser Einrichtungen und deren (geschlechtsspezifische) Wirkungen auf den lokalen (regionalen) Arbeitsmarkt. Zweitens sollten Nutzerinnen und Nutzer befragt werden, um deren Motive für die Nutzung der Einrichtungen zu untersuchen. Ergänzt werden sollte die Studie durch zahlreiche Fach- und Expertengespräche mit unterschiedlichen Akteuren aus Wissenschaft, Gewerkschaft, Kommunen und Praxis.

Wie bereits erwähnt, gingen wir am Anfang unserer Untersuchung von einem unzureichenden Institutionenansatz aus. Wir erwarteten, dass sich die ausgewählten Organisationen eindeutig in Einrichtungen der Eigenarbeit oder des bürgerschaftlichen Engagements unterscheiden ließen. Bei näherer Betrachtung zeigte sich jedoch, dass eine solch eindeutige Zuordnung in vielen Fällen nicht möglich war. Wir fanden Einrichtungen vor, in denen Werkstätten zur Eigenarbeit angeboten wurden, in denen gleichzeitig bürgerschaftliche Arbeit die Basis für den Bestand der Einrichtungen bildete und in deren Räume unterschiedliche lokale Initiativen ‚ihren Platz‘ fanden. Die Überschneidungen waren sowohl auf institutioneller Ebene als auch von Seiten der Nutzerinnen und Nutzer vielfältig. So führten wir Interviews mit Menschen, die die Einrichtungen zum Teil parallel, manchmal auch zeitlich nacheinander zur bürgerschaftlichen und Eigenarbeit nutzten. Wir entschlossen uns daher dazu, die empirische Datensammlung auszuweiten und eine größere Anzahl von Einrichtungen in unsere Untersuchung einzubeziehen.

4.1 Erhebung

Insgesamt wurden von uns 14 Infrastruktureinrichtungen untersucht und 26 leitfadengestützte narrative Interviews mit Nutzerinnen und Nutzern durchgeführt. Ergänzt wurde die Studie durch 6 Interviews mit

Experten und Expertinnen aus den Bereichen Kommunalverwaltung, Gewerkschaften und aus unterschiedlichen, nicht direkt in unsere Untersuchung mit einbezogenen, Infrastruktureinrichtungen.

Die Auswahl der Einrichtungen erfolgte aufgrund langjähriger Erfahrungen mit dem Thema Eigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement und auf Basis eingehender Vorarbeiten. So wurde auf bereits früher bzw. parallel durchgeführte Studien der Projektgruppe Sozialforschung (PS e.V.) und des Münchner Instituts für Sozialforschung (MISS) zurückgegriffen. Hierbei sind insbesondere eine Untersuchung des Hauses der Eigenarbeit in München (Mutz et al. 1997), eine Studie zum Thema ‚Wirtschaftliche, organisatorische und soziale Aspekte des Dritten Sektors‘ (MISS 2003), die Untersuchung ‚Soziales Lernen im bürgerschaftlichem Engagement‘ (MISS 2002; Mutz/Söker 2003) und das im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 536 der Universität München durchgeführte Teilprojekt B4 ‚Erwerbsarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit: Auf dem Weg in eine Neue Arbeitsgesellschaft?‘ (Mutz/Kühnlein 2001), zu nennen. Des Weiteren nahmen wir Kontakt mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) auf und führten eine eingehende Internet- und Literaturrecherche durch. Ergänzt wurden die Vorarbeiten durch Gespräche mit ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis. Die Einrichtungen verteilten sich auf drei unterschiedliche Regionen:

1. *Süddeutschland* als Gebiet mit einer relativ geringen Arbeitslosigkeit. Untersucht wurden Einrichtungen in Augsburg, Kempten und zwei Einrichtungen in München.
2. *Ruhrgebiet* als altindustrieller Ballungsraum mit hoher Arbeitslosigkeit. Hier wurden Einrichtungen aus Castrop-Rauxel, Dortmund, Herne, Herten, Mönchengladbach und Witten einbezogen.
3. *Neue Länder* als strukturschwache Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit. Die analysierten Einrichtungen waren hierbei in Freiberg, Halle, Lauchhammer und Wolfen.

Bereits vor den Besuchen wurde von uns Informationsmaterial über die Einrichtungen angefordert und analysiert. Es handelte sich dabei um Selbstbeschreibungen, Jahresberichte, Presseartikel und andere Dokumentationen, die uns von den Infrastruktureinrichtungen zugesandt wurden. Ebenfalls vor der Datenerhebung vor Ort wurden nach Absprache mit den Verantwortlichen der Einrichtungen Fragebogen erstellt und versandt, die an die NutzerInnen verteilt und nach vier Wochen wieder abgegeben wurden. In diesem Fragebogen wurden neben den sozialstrukturellen Daten auch Angaben zu Motivation, Nutzung und Einschätzung der Einrichtung abgefragt⁴. Des Weiteren wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtungen im Vorfeld gebeten, NutzerInnen zu finden, die zu einem längeren Interview während unseres Besuchs bereit sind. Dabei sollten sich diese Interviewpartner möglichst hinsichtlich Geschlecht, Alter und Lebenssituation unterscheiden. So legten wir beispielsweise großen Wert darauf, gleichermaßen Interviews mit Männern und Frauen, Erwerbstätigen und Arbeitslosen, mit Ledigen, Verheirateten und mit Menschen mit und ohne Kinder zu führen.

Die eingehende Vorbereitung der Einrichtungsbesuche erwies sich als sehr sinnvoll. So konnten wir gleich zu Beginn unserer ein- bis zweitägigen Aufenthalte die Zeit nutzen, um uns einen Einblick über die Arbeitsweise der Institution zu verschaffen und um erste Gespräche mit den MitarbeiterInnen und NutzerInnen zu führen. Es wurde Beobachtungsmaterial gesammelt und in Protokollen festgehalten.

Während der Zeit in den Einrichtungen führten wir jeweils zunächst ein leitfadengestütztes narratives Interview mit den Leiterinnen und Leitern der Organisation. Diese Interviews dauerten zwischen 45 und 90 Minuten. Als Einstieg baten wir unsere Gesprächspartner um eine generelle Einschätzung der Situation von

4 Bei derartigen Fragebogenuntersuchungen ist der Rücklauf üblicherweise relativ gering. In unserem Fall war er jedoch ausreichend, sodass wir diese quantitativen Daten zur Ergänzung unserer qualitativen Studie nutzen konnten. Insgesamt wurden von uns 80 Fragebogen versendet. Zurück bekamen wir 21 Fragebogen. Das entspricht einer Rücklaufquote von circa 25 %.

Einrichtungen, die bürgerschaftliche und/oder Eigenarbeit stärken und fördern wollen. Dies führte meist zu ausgedehnten Erzählungen seitens der Interviewpartner. Im Anschluss ging es um die Organisationsstruktur der Einrichtung, um das Publikum und um das regionale Umfeld der Einrichtung. Dabei interessierte uns vor allem eine generelle Darstellung der Aktivitäten vor Ort, welche Angebote gemacht werden und wie die Arbeit der Einrichtung organisiert ist. Des Weiteren wollten wir erfahren, wie die Situation auf dem lokalen Arbeitsmarkt ist, welche Akzeptanz die Organisation erfährt und welche Kooperationen mit anderen lokalen Akteuren bestehen. Da alle von uns interviewten Leiterinnen und Leiter ein Expertenwissen über die aktuelle Diskussion zur Wirkungsweise von Eigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement hatten, baten wir sie zum Abschluss des Interviews auch um eine Einschätzung zu diesem Thema. Dabei interessierte uns vor allem, wie sie die Wirkung von bürgerschaftlicher und Eigenarbeit auf die NutzerInnen solcher Einrichtungen einschätzen. Außerdem ging es um die Frage, welche Voraussetzung ihrer Meinung nach notwendig sind, damit Infrastruktureinrichtungen erfolgreich arbeiten können und um eine Bewertung der aktuellen arbeitsgesellschaftlichen Debatten. Alle Interviews dieser Art wurden mit Tonband aufgezeichnet und später von uns transkribiert und ausgewertet.

Nach diesen Experteninterviews führten wir ebenfalls leitfadengestützte narrative Interviews mit NutzerInnen der Einrichtungen durch. Diese Gespräche dauerten zwischen 30 und 60 Minuten. Hier wählten wir eine Einstiegsfrage, die eine maximale Narration ermöglichte. Die Interviewten wurden aufgefordert zu erzählen, wie und warum es dazu gekommen ist, dass sie die jeweilige Einrichtung besuchten und nutzten. Mit den weiteren Fragen wollten wir erfahren, was sie konkret in den Einrichtungen tun, wie viel Zeit sie auf ihre Tätigkeit verwenden, welche Motivation sie haben und wie ihre konkrete Lebenssituation ist. Im letzten Teil des Interviews ging es um die Einschätzung des Engagements durch Freunde, Bekannte, Familie sowie Arbeitskollegen und Vorgesetzte und auch um die Frage, wie die Rahmenbedingungen des Engagements verbessert werden könnten. Alle Interviews waren Einzelgespräche, die mit Tonband aufgezeichnet wurden. Diese wurden zunächst abgehört und von einem Teil der Aufzeichnungen wurden Transkripte angefertigt.

Die von uns geführten sechs Interviews mit Expertinnen und Experten dauerten in der Regel über eine Stunde. In diesen Gesprächen interessierte uns vor allem die generelle Einschätzung der Thematik durch unsere Gesprächspartner. Wir befragten die Interviewten nach ihren Erfahrungen mit Infrastruktureinrichtungen im Allgemeinen und danach, welche Erfahrungen sie mit Kooperationen haben. Des Weiteren ging es um die Einschätzung von fördernden aber auch hemmenden Faktoren für die Arbeit dieser Organisationen und für die Bildung von Netzwerken mit ihnen. Auch diese Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet und zum Teil transkribiert.

4.2 Auswertung

Nach einer Systematisierung des Materials wurden die transkribierten Interviews und Dokumente entsprechend der Methode der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik analysiert. Diese qualitative Methode macht es sich zum Ziel, den ‚objektiven Sinn‘ von Äußerungen und Handlungen frei zu legen. Entsprechend unserer Antragsstellung führten wir sowohl eine Institutionenanalyse als auch eine Analyse von Motiven der Nutzung durch. Beide Analysen führten zu einer eigenen theoriegeleiteten Typenbildung, zum einen von Infrastruktureinrichtungen und zum anderen von Nutzungsmotivationen. Der theoretischen Typenbildung immanent ist, dass die einzelnen Typen empirisch nicht als trennscharfe Unterscheidungskriterien zwischen einzelnen Einrichtungen bzw. Motiven gelten können, denn Überschneidungen sind sowohl auf institutioneller als auch auf individueller Ebene vorhanden. Die Typen bilden jedoch im Falle der Nutzungsmotivationen das im Vordergrund stehende Hauptmotiv, im Falle der Infrastruktureinrichtungen die vorrangige Struktur der Einrichtung ab. Beide Typologien werden im folgenden Kapitel ausführlich dargestellt.

C. Ergebnisse

Bei der hier vorliegenden Studie geht es zentral um die Klärung folgender Fragen:

1. Haben sich mit den Infrastruktureinrichtungen bereits im Keim Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit entwickelt, die dem veränderten Stellenwert von Arbeit in den Lebensentwürfen der Beschäftigten und Arbeitsuchenden gerecht werden?
2. Haben diese Einrichtungen einen Einfluss auf die Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in einer Region und tragen sie zu einer Entspannung auf dem örtlichen Arbeitsmarkt bei?

Bevor wir diese Fragen beantworten, möchten wir bereits an dieser Stelle zwei wichtige Ergebnisse unserer Untersuchung in Kürze vorstellen. Sie werden im Anschluss eingehend erläutert. Diese Ergebnisse sind zentral für das Verständnis unserer Typenbildung und der damit verbundenen Interpretationen.

1. Nur die gemeinsame Betrachtung der Einrichtungen und der Nutzungsmotive gibt Antwort auf unsere Fragestellung

1.1 Nachhaltigkeit und Vernetzung sind entscheidende Faktoren für die Wirkung auf den lokalen Arbeitsmarkt

Ob und in welcher Weise lokale Infrastruktureinrichtungen einen Einfluss auf den lokalen Arbeitsmarkt haben, ist nach unserer Analyse zunächst einmal davon abhängig, inwieweit von ihnen überhaupt eine *nachhaltige* Wirkung auf ihr lokales Umfeld ausgeht. Mit dem Begriff der Nachhaltigkeit wollen wir verdeutlichen, dass es dabei um mehr geht, als lediglich um die langfristige Existenz der Einrichtungen. Diese ist natürlich wichtig und vor dem Hintergrund, dass einige der von uns untersuchten Einrichtungen kurz vor ihrer Schließung standen, nicht so selbstverständlich, wie es scheinen mag. Zentral für das Nachhaltigkeitskonzept, das seine Popularität vor allem der Ökologiedebatte zu verdanken hat, ist darüber hinaus die Verknüpfung ökologischer, sozialer und ökonomischer Dimensionen der Gesellschaft. Wenn es gelingt, eine Balance zwischen diesen Dimensionen herzustellen und nicht einen Teilbereich zu Lasten eines anderen zu fördern, kann von einer nachhaltigen Entwicklung gesprochen werden.

Analog dazu verstehen wir unter der Nachhaltigkeit von Infrastruktureinrichtungen eine mehrdimensionale Wirkung auf das lokale Umfeld, die sich nicht nur auf einen gesellschaftlichen Teilbereich oder wenige gesellschaftliche Akteure beschränkt. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, kann überhaupt mit einer Wirkung auf das regionale Arbeitsmarktgeschehen gerechnet werden.

Eine weitere wichtige Variable ist, dass sie in das lokale (regionale) soziale Gefüge eingebettet sein müssen. Erst der Aufbau von Kooperationsbeziehungen mit verschiedenen sozialen Akteuren ermöglicht es, Synergieeffekte zu erzielen und zu nutzen. Die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren fördert den Austausch von Informationen über die Situation in der Region und sie erleichtert die Entwicklung innovativer Konzepte, weil die eigene Arbeit reflektiert und durch Anregungen von Außen verbessert werden kann. Die Kooperation mit anderen lokalen Akteuren verhindert zudem, dass die Einrichtungen isoliert und gegebenenfalls gar an den Bedürfnissen der Region vorbei arbeiten. Insgesamt fördert die Vernetzung mit verschiedenen Akteuren in der Region die Stabilität der lokalen Infrastruktureinrichtungen. Dies zeigt sich auch, wenn es zu externen Schocks, beispielsweise in Form kommunaler Finanznot, kommt. Die meisten Einrichtungen werden als Projekte lediglich für zwei bis drei Jahre von einem gemeinnützigen oder kommunalen Träger finanziert. In ökonomischen Abschwungphasen sind insbesondere jene Infrastruktureinrichtungen existenziell gefährdet, die es versäumt haben, ausreichende Kooperationen aufzubauen. Die Folge ist, dass die Arbeit der Einrichtungen nicht angemessen wahrgenommen und honoriert wird und dass es nicht

genug relevante lokale Akteure gibt, die sich für eine langfristige Absicherung der Einrichtungen einsetzen.

Die Vernetzung mit lokalen Akteuren ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung im Hinblick auf das Arbeitsmarktgeschehen. Wir haben Einrichtungen vorgefunden, die zahlreiche Kooperationsbeziehungen eingehen, die eine große Unterstützung seitens der relevanten Akteure im lokalen Umfeld erfahren, beispielsweise durch die Wohlfahrtsverbände und der Kommune, und deren Existenz langfristig gesichert ist. Ihre Arbeitsweise hat jedoch keinen Einfluss auf den lokalen Arbeitsmarkt. Hierfür muss es den Infrastruktureinrichtungen gelingen, Kooperationen und Partnerschaften zu ‚rein‘ arbeitsgesellschaftlichen Institutionen aufzubauen: zu den Gewerkschaften und Kammern, zur Arbeitsverwaltung oder auch zu den einschlägigen Abteilungen in den Kommunen.

1.2 Neue Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit entstehen auf individueller Ebene

Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit und Verknüpfungen verschiedener Arbeitsformen von der grundsätzlichen Lebenseinstellung abhängig sind und davon, welche Bedeutung und welchen Sinn Personen den Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit geben. Es ist also nicht nur eine Frage des Institutionentypus, ob sich neue Integrationsmuster zeigen, sondern darüber hinausgehend eine, die sich auf der individuellen Ebene der Nutzerinnen und Nutzer entscheidet. Aus diesem Grunde haben wir Typen von Nutzungsmotivationen unterschieden, in denen das im Vordergrund stehende Hauptmotiv der NutzerInnen herausgearbeitet wurde.

Auf einer anderen Ebene können wir sagen, dass es in diesem Bereich kaum quantitativ messbare Beschäftigungseffekte gibt. Das Tätigsein in lokalen Infrastruktureinrichtungen reduziert nicht die Arbeitslosigkeit in der Region. Zweifelhaft ist auch die Vermutung, dass freiwilliges Engagement von Arbeitslosen den Zeitraum bis zur Wiederbeschäftigung verkürzt⁵. Es zeigen sich aber eine Reihe qualitativer Wirkungen, die die Beschäftigungsfähigkeit günstig beeinflussen. So können etwa durch bürgerschaftliches Engagement Lernprozesse in Gang gesetzt werden und bürgerschaftliche und Eigenarbeit fördern den Erhalt bzw. die Erweiterung von Kompetenzen (zu den Bedingungen von Lernprozessen im bürgerschaftlichen Engagement siehe MISS 2002 und Mutz/Söker 2003).

2. Lokale Infrastruktureinrichtungen ermöglichen und fördern unterschiedliche Arbeitsformen

Wir haben in unserer Studie eine Vielzahl unterschiedlicher Einrichtungen untersucht und es erwies sich als nicht einfach, diese Einrichtungen zu charakterisieren. Noch schwieriger ist es, diese Institutionen angemessen zu typisieren. Ihnen ist gemein, dass sie vielfältige Dienstleistungen und Angebote für ihr soziales Umfeld bereithalten. Sie wirken als soziales Netzwerk und tragen zum sozialen Zusammenhalt bei. Im Kern geht es bei all diesen Institutionen um eine Integrationsleistung, die sie erbringen, in dem sie zum einen den sozialen Kontakt zwischen Menschen fördern und zum anderen Kooperationen mit anderen Einrichtungen eingehen. Sie tragen zur Bildung von sozialem Kapital in der Gesellschaft bei, weil sie den Aufbau von Netzwerken, Zusammenarbeit und damit Vertrauen sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene unterstützen. In Anlehnung an unsere Definition von Infrastruktur, nach der wir diese als den wirt-

5 In einer quantitativen Studie des Briten Andrew Hirst (2001) konnte eine direkte Wirkung des Engagements von Arbeitslosen gegenüber der Gruppe der Nicht-Engagierten nicht nachgewiesen werden. Im Gegenteil: Die Engagierten brauchten sogar durchschnittlich länger, eine erneute Beschäftigung zu finden. Hirst führt dies aber im positiven Sinne darauf zurück, dass sie auf einen ‚passenden‘ Job warten. Zu einem anderen Ergebnis kommt Sing (2001). Sie wertete die Daten des Sozio-ökonomischen Panels dahingehend aus, ob bürgerschaftlich engagierte Arbeitslose schneller wieder in den Arbeitsmarkt integriert wurden, als nicht-engagierte Arbeitslose. Demnach wirkte sich das Engagement während der Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Frauen, verkürzend auf den Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit aus (siehe auch Mutz/Sing 2001).

schaftlichen und organisatorischen Unterbau einer hochentwickelten Wirtschaft verstehen, haben wir uns für die Bezeichnung lokale Infrastruktureinrichtungen entschieden, weil es hierbei gleichsam um den lokalen sozialen Unterbau der Gesellschaft geht. Im Allgemeinen können unter diesen Begriff unterschiedliche Einrichtungen und Projekte zusammengefasst werden. Dazu zählen etwa Wohlfahrtsverbände wie die Caritas, das Diakonische Werk oder die Arbeiterwohlfahrt, Beratungseinrichtungen wie Pro-Familia oder kommunale Beratungsstellen sowie Kindergärten und Bürgerinitiativen. Daneben haben sich Einrichtungen entwickelt, die direkt in den (Erwerbs-) Arbeitsbereich hinein wirken, wie beispielsweise Arbeitsloseninitiativen. Innerhalb des Forschungsprojekts haben uns jedoch nur jene neuen Einrichtungen interessiert, deren Angebote sich auf das lokale (regionale) Umfeld richten und die sich durch eine unmittelbare Fokussierung auf das Thema Arbeit auszeichnen. Da wir von einem erweiterten Arbeitsbegriff ausgehen, wie wir ihn in der ‚Triade der Arbeit‘ dargestellt haben, meinen wir damit Einrichtungen, die Eigenarbeit und/oder bürgerschaftliche Arbeit aber ansatzweise auch andere Formen – Erwerbsarbeit – ermöglichen und fördern. Zentral war dabei die Frage, ob durch die Institutionen neue Formen der Integrationsleistung erbracht werden. Man könnte daher auch präzisierend die Bezeichnung *arbeitsbezogene* lokale Infrastruktureinrichtungen, für die von uns untersuchten Einrichtungen verwenden. Charakteristisch für diese Einrichtungen ist, dass sie Gelegenheitsstrukturen zur Förderung von Eigenarbeit und/oder bürgerschaftlichem Engagement bereitstellen, in dem sie beispielsweise Interessierte in ein solches Engagementfeld vermitteln. Bezeichnend ist zudem, dass sie in vielen Fällen mehr sind, als nur arbeitsbezogene Einrichtungen. Sie sind häufig auch Kontaktbörse, Beratungsstelle, Beschäftigungsgesellschaft oder soziales Netzwerk. Entsprechend weisen viele der von uns untersuchten lokalen Infrastruktureinrichtungen nicht nur interessante Mischungen der unterschiedlichen Tätigkeitsformen auf, sie übernehmen auch andere, nicht direkt mit dem Thema Arbeit in Verbindung stehende Funktionen in ihrem lokalen Umfeld.

2.1 Typologie lokaler Infrastruktureinrichtungen

Bei der Antragstellung gingen wir davon aus, dass es sinnvoll ist, die Einrichtungen je nach ihrem Schwerpunkt in Einrichtungen der Eigenarbeit *oder* des bürgerschaftlichen Engagements zu unterscheiden. Die erste Auswertung der Interviews und Dokumente zeigte jedoch bereits, dass diese Differenzierung nicht ergiebig und zum Teil gar nicht möglich ist. Entsprechend dieses Teilergebnisses haben wir unsere Erhebung ausgeweitet und Einrichtungen in die Untersuchung mit einbezogen, in denen sowohl Eigenarbeit als auch Bürgerengagement sowie Arbeit in Form von Erwerbsarbeit gefördert wird.

In unserer Analyse haben wir zunächst diejenigen Bedingungen herausgearbeitet, die die Wirkungsweise der Infrastruktureinrichtungen auf ihr lokales Umfeld am stärksten beeinflussen. Das Ergebnis ist, dass dies die Variablen *Arbeitsweise* und *Vernetzung* sind. Die Variable *Arbeitsweise* hat die Ausprägungen ‚monostrukturell‘ und ‚diversifiziert‘. Unter monostrukturell ausgerichtete Einrichtungen verstehen wir solche, deren Arbeitsweise sehr stark auf *ein* Angebot fokussiert ist. Dies sind beispielsweise Freiwilligenagenturen, die ihre Aufgabe in der Hauptsache darin sehen, interessierte Personen in ein Engagement zu vermitteln. Darüber hinaus werden kaum weiteren Aufgaben wahrgenommen oder Angebote gemacht. Im Gegenteil dazu bieten diversifiziert ausgerichtete Infrastruktureinrichtungen eine Vielzahl von Möglichkeiten für ihre NutzerInnen. Dabei handelt es sich etwa um Bürgerzentren, in denen parallel Werkstätten zur Eigenarbeit angeboten und Projekte initiiert werden. Häufig wird auch die Möglichkeit zu unverbindlichen sozialen Kontakten geschaffen, beispielsweise durch ein Café, das im Haus betrieben wird.

Die Variable ‚Vernetzung‘ hat die Ausprägungen ‚eingebettet‘ (embedded) und ‚nicht-eingebettet‘ (disembedded) in das lokale (regionale) Gefüge. Nicht-eingebettet bezeichnen wir all jene Einrichtungen, die nicht – oder nur sehr schwach – mit anderen Akteuren in ihrem lokalen Umfeld vernetzt sind. Dies ist etwa dann der Fall, wenn eine Einrichtung nur mit ihrem Träger zusammenarbeitet, jedoch keine weiteren Kooperationen eingeht und auch nicht Teil lokaler Gremien ist. Eingebettete Einrichtungen wiederum zeichnen sich

dadurch aus, dass sie in unterschiedliche Netzwerke eingebunden sind und mit verschiedenen sozialen Akteuren kooperieren. So sind diese Einrichtungen etwa Teil so genannter ‚Runder Tische‘, pflegen gute Beziehungen zu kommunalen Abteilungen oder bieten im Verbund mit anderen zu bestimmten Ereignissen verschiedene Leistungen an. Auch die scheinbar banale Tatsache, dass VertreterInnen der Einrichtung zu lokalen Veranstaltungen, beispielsweise zur Einweihung der neuen städtischen Sportanlage, eingeladen werden, ist ein Hinweis auf eine gute Vernetzung.

Zusammenfassend beantworten die von uns nach diesen Variablen generierten Typen die Frage, welche objektiven Bedingungen für die Wirkungsweise der Einrichtungen gegeben sind; also welche Angebote die Infrastruktureinrichtungen bereitstellen und ob Kooperationen zu anderen sozialen Akteuren bestehen. In der folgenden Matrix sind die vier Typen und die jeweilige ‚Funktion‘ der Infrastruktureinrichtungen dargestellt. Wir haben den Typen Bezeichnungen gegeben, die deren primäre Funktion und Arbeitsweise begrifflich auf den Punkt bringen. Es sind die Typen ‚Arbeitsvermittlung‘, ‚Zunftthaus‘, ‚Wirtschaftshaus‘ und ‚Gemeindehaus‘.

Der Typus Arbeitsvermittlung zeichnet sich durch ein eingeschränktes Angebot aus. Analog zu der Vermittlungstätigkeit von Arbeitsämtern, vermitteln diese Infrastruktureinrichtungen in der Hauptsache interessierte Personen in die Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements. Auch das Angebot von Einrichtungen des Typus Zunftthaus ist auf die Bereitstellung von Möglichkeiten zur Eigenarbeit oder die Vermittlung in Bürgerengagement beschränkt. Dabei sprechen sie eine bestimmte Klientel in der Region an. Im Gegensatz zum ersten Typus sind die Zunfthäuser jedoch gut in das lokale Gefüge eingebettet. Der dritte Typus, den wir als Wirtschaftshaus bezeichnen, ist dadurch charakterisiert, dass hier unterschiedliche Arbeitsformen stattfinden und angeboten werden. Eigenarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit stehen bei diesem Typus in einem Spannungsverhältnis. Kennzeichnend ist dabei, dass diese Einrichtungen mittelfristig die Unabhängigkeit von öffentlichen Geldern und selbsttragende Wirtschaftlichkeit anstreben. Sie sind jedoch nur schwach mit anderen sozialen Akteuren vernetzt. Der Typus Gemeindehaus wiederum bietet ebenfalls ein breites Angebot unterschiedlicher Arbeitsformen. Sie sind jedoch zudem mit vielen Akteuren in der Region vernetzt.

Abb. 2: Typen von Infrastruktureinrichtungen

Monostrukturell	Diversifiziert	
Typus 1	Typus 3	Disembedded
<i>Arbeitsvermittlung</i>	<i>Wirtschaftshaus</i>	
Typus 2	Typus 4	Embedded
<i>Zunftthaus</i>	<i>Gemeindehaus</i>	

In der dargestellten Matrix bezeichnet der Typ 1 Einrichtungen, die monostrukturell und nicht-eingebettet sind. Diese Infrastruktureinrichtungen fokussieren sich auf einen Aufgabenbereich. Sie bieten beispielsweise nur die Vermittlung in ein Engagementfeld an oder stellen lediglich Werkstätten zur Eigenarbeit zur Verfügung. Des Weiteren sind sie nicht mit anderen sozialen Akteuren in ihrem lokalen Umfeld vernetzt. Typ 2 ist ebenfalls monostrukturell ausgerichtet. Jedoch unterscheidet er sich von Typ 1 dadurch, dass unterschiedliche Kooperationsbeziehungen mit anderen Akteuren (und nicht nur zum eigenen Träger) eingegangen werden. Typ 3 zeichnet sich durch eine diversifizierte Struktur aus. In diesen Einrichtungen gibt es ein vielfältiges Angebot. Eine Mischung unterschiedlicher Arbeitsformen ist für diese Einrichtungen cha-

rakteristisch. Typisch ist jedoch auch, dass keine oder kaum Kooperationsbeziehungen zu anderen Einrichtungen aufgebaut werden. Entsprechend bezeichnen wir diesen Typ als nicht-eingebettet. Im Gegensatz dazu ist Typ 4, der ebenfalls diversifiziert ausgerichtet ist, gut in das lokale Gefüge integriert. Diese Einrichtungen sind Teil verschiedener Netzwerke und Kooperationen.

Im Hinblick auf unsere Fragestellung hat die Variable Region kaum eine Bedeutung, denn in allen drei Regionen unserer Untersuchung fanden sich mit einer Ausnahme alle vier Typen. Lediglich Typus 3 fanden wir nur in einer Region vor, nämlich im Ruhrgebiet. Da es sich bei unserer Studie und dem damit verbundenen empirischen Design nicht um eine Vollerhebung von Infrastruktureinrichtungen handelt, halten wir es für unzulässig, daraus einen Zusammenhang zwischen Typus und Region abzuleiten. Auch ein vermuteter Zusammenhang zwischen Größe der Kommune oder Höhe der Arbeitslosenquote und Art der Einrichtung konnte durch unsere Studie nicht bestätigt werden.

Im weiteren Verlauf dieses Kapitels werden die unterschiedlichen Typen näher erläutert. Die dabei verwendeten Fallbeispiele und Zitate dienen der Veranschaulichung. Ausgewählt wurden solche Aussagen, die die Besonderheit des jeweiligen Typus klar erkennbar machen.

2.1.1 Typ 1 ‚Arbeitsvermittlung‘

Das Angebot dieser Infrastruktureinrichtung ist die Vermittlung in bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit

Den ersten Typus von Infrastruktureinrichtungen bezeichnen wir als *Arbeitsvermittlung*. Damit wollen wir ausdrücken, dass diese Einrichtungen analog zu einer konkreten Aufgabe von Arbeitsämtern, nämlich Menschen in Erwerbsarbeit zu vermitteln, funktionieren. Im Gegensatz zu den Arbeitsämtern geht es bei diesen Infrastruktureinrichtungen jedoch nicht um die Vermittlung in Erwerbsarbeit, sondern vielmehr um die Vermittlung in Bereiche der bürgerschaftlichen Arbeit und um die Bereitstellung von Möglichkeiten zur Eigenarbeit. Zentral ist hierbei, dass es sich – analog zu den Dichotomien der Ersten Moderne – entweder um bürgerschaftliche oder Eigenarbeit handelt.

Die meisten Infrastruktureinrichtungen dieses Typus legen ihren Schwerpunkt auf die Vermittlung von Freiwilligen in Tätigkeitsfelder des bürgerschaftlichen Engagements. Die interessierten Personen werden zwar auch beraten und erhalten Informationen über die von ihnen geplante Tätigkeit, Ziel ist jedoch eine erfolgreiche Vermittlung in ein Tätigkeitsfeld. Ist dieser Vermittlungsprozess abgeschlossen, endet auch die Zuständigkeit der Einrichtung für die Klientel. Das Angebot und die Funktion der Infrastruktureinrichtungen sind entsprechend monostrukturell. Über die Vermittlung hinaus können diese Einrichtungen nicht oder kaum genutzt werden.

Des Weiteren ist den Einrichtungen dieses Typus gemeinsam, dass sie nicht oder nur in geringem Maße in ihrem lokalen Umfeld verankert sind. Kooperationen und Partnerschaften mit anderen sozialen Akteuren, wie etwa Wohlfahrtsverbände (außer dem eigenen Träger), Initiativen oder der kommunalen Verwaltung, werden nicht aktiv gesucht und finden nur insoweit statt, wie sie für die Vermittlungstätigkeit der Einrichtungen und für die Aufrechterhaltung der Finanzierung notwendig sind.

Sowohl die monostrukturelle Ausrichtung dieses Typus als auch die nicht vorhandene Verankerung im lokalen Umfeld führen dazu, dass diese Einrichtungen nur eine eingeschränkte Wirkung auf die Region haben. So kann etwa die Monostruktur der Einrichtung dazu führen, dass die Arbeit nach nur wenigen Jahren beendet werden muss, weil die zumeist projektformige Finanzierung ausläuft und eine angemessene Alternative bzw. eine Ausweitung des Angebots nicht erarbeitet werden konnte. Zum einen hat die Fokussierung auf die reine Vermittlung zur Folge, dass der Erfolg bzw. Misserfolg dieser Einrichtungen anhand von Vermittlungszahlen bemessen wird. Diese sinken aber zwangsläufig nach ein bis zwei Jahren, wenn der Großteil der Klientel ein Betätigungsfeld in Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements gefunden

hat. Durch die erfolgreiche Arbeit entziehen sich die Einrichtungen gleichsam selbst die Legitimation ihrer Existenz. Zum anderen gehen diese Infrastruktureinrichtungen keine Kooperationen mit Institutionen ein, aus denen Synergieeffekte entstehen können, sondern arbeiten tendenziell eher mit gleichartigen Einrichtungen zusammen. Es gelingt den Einrichtungen somit nicht, den Erfolg oder die Sinnhaftigkeit ihrer Arbeit relevanten Akteuren aus der Kommune oder den Wohlfahrtsverbänden zu vermitteln. Entsprechend sehen diese nicht die Notwendigkeit, die Institutionen weiterhin zu fördern. Eine Gefährdung der Existenz ist deshalb auch nicht weiter verwunderlich.

Von Einrichtungen dieses Typus kann auch kein Einfluss auf das lokale Arbeitsmarktgeschehen erwartet werden. Dafür gibt es zwei unterscheidbare Begründungen:

1. Die Vermittlung von interessierten Personen in Engagementfelder führt nicht per se zu neuen Integrationsformen. Vielmehr kommt es auf eine Reihe von Faktoren an, ob dadurch alternative oder erwerbsarbeitsnahe Integrationsprozesse stattfinden. Entscheidend sind die Beschaffenheit und die Bedingungen im Bürgerengagement. Es können drei Indikatoren genannt werden.
 - a. Es kommt wesentlich darauf an, ob im Bürgerengagement Bedingungen vorherrschen, die eine aktive *Teilhabe* der Engagierten vorsehen.
 - b. Des Weiteren ist von Bedeutung, ob im Bürgerengagement Gelegenheiten gegeben sind, das Tätigkeitsfeld selbst und auch die Ziele des Engagements mit zu *gestalten*.
 - c. Letztlich geht es in entscheidender Weise darum, ob das Tätigkeitsfeld des bürgerschaftlichen Engagements so beschaffen ist, dass über Partizipation und Gestaltung hinaus auch Verantwortungsübernahme möglich ist. *Verantwortungsübernahme* erscheint nach unseren Untersuchungen die entscheidende Variable zu sein. Wenn Menschen in Engagementfelder tätig sind, in denen geringe Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten vorherrschen und die Verantwortung nur beispielsweise den Leitungspersonen oder -gremien vorbehalten ist, dann hat der Aufenthalt im sozialen Bereich oder in anderen Engagementbereichen eine geringe und schon gar nicht nachhaltige Wirkung im Hinblick auf Integrationsprozesse. So ist es durchaus nicht selten, dass Menschen bürgerschaftlich tätig sind, dabei jedoch „nur“ eine bestimmte Aufgaben ausführen ohne weitergehende soziale Kontakte und ohne der Möglichkeit, aktiv ihr Tätigkeitsfeld zu gestalten. Erst wenn sich im Engagementbereich zunächst das ‚Gefühl‘ und dann anschließend im Zeitverlauf die Überzeugung herausbildet, in diesem Tätigkeitsfeld durch Verantwortungsübernahme eine wichtige Rolle zu spielen und gebraucht zu werden, entstehen nachhaltige Integrationsprozesse jenseits der Erwerbsarbeit.

Die Beschaffenheit und die Bedingungen im Bürgerengagement sind für die Arbeit der Einrichtungen des Typus 1 jedoch nur selten relevant. Üblicherweise vermitteln sie in sämtliche zur Verfügung stehende Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements, ungeachtet dessen, ob die oben genannten Indikatoren dort gegeben sind. Sie bemühen sich auch nur selten um Kooperationen, um auf die Engagementfelder einzuwirken.

2. Die mangelnde Verankerung im sozialen Gefüge bedeutet auch, dass keine Kooperationen mit ‚rein‘ arbeitsgesellschaftlichen Institutionen eingegangen werden. Darunter verstehen wir die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Kammern, Unternehmen oder mit den kommunalen Arbeits- und Wirtschaftsabteilungen. Deshalb können auch keine innovativen Konzepte mit diesen Partnern entwickelt werden, die einen Einfluss auf den lokalen Arbeitsmarkt haben könnten. Einrichtungen dieses Typus bewegen sich bewusst jenseits des Erwerbsarbeitsbereichs. Dies ist durchaus legitim, aber mit der Gefahr verbunden, isoliert zu bleiben und Möglichkeiten der Einflussnahme auf die lokale Entwicklung nicht zu nutzen.

Fallbeispiel 1: „Wir machen jetzt erst mal ganz neutrale Freiwilligenagenturarbeit“.

Bei der Infrastruktureinrichtung handelt es sich um eine Freiwilligenagentur im Ruhrgebiet. Die Leiterin, Frau A., bezeichnet die Einrichtung selbst als klassische Freiwilligenagentur. Träger der Agentur ist ein gemeinnütziger Verein, der sich aus Bußgeldern, Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert. Die Aufgabe der Agentur sieht Frau A. darin, Anlaufstelle für potenzielle Freiwillige zu sein, die sich informieren wollen. Ziel ist es, diese Menschen zu beraten und in einen für sie passenden Engagementbereich zu vermitteln. Den Ablauf der Vermittlung beschreibt Frau A. wie folgt:

„Also ich hab erst mal einen Fragebogen für die Menschen, die ein Interesse bekunden, das heißt es werden einige Punkte auch abgefragt, denke mal, dass ist ja auch Inhalt der Beratung, die wir dann auch anbieten. Wenn wir dann einen Fokus legen auf einen Bereich <für den sich die potenziellen Freiwilligen interessieren>, dann habe ich eine Kartei mit Angeboten und dann können wir eben sehen, was gibt es im kulturellen Bereich oder im sozialen Bereich mit Jugendlichen, mit Kindern, mit Älteren, wo kann man was tun. Ich habe dann Tätigkeitsprofile erstellt, aus denen dann ersichtlich ist, um welche Tätigkeiten es sich handelt. Das kann ich dann auch den Interessierten mitteilen⁶.“

Sind die Interessierten erfolgreich in ein Tätigkeitsfeld des bürgerschaftlichen Engagements vermittelt, endet auch die Arbeit der Agentur. Frau A. geht davon aus, dass die meisten Menschen, die zu ihr kommen, das Angebot der Agentur lediglich einmalig in Anspruch nehmen. Zwar berichtet sie von wenigen Fällen, in denen Engagierte die Agentur nochmals aufsuchten und um eine Vermittlung baten. Sie vermutet, dass die Mehrzahl entweder in dem von ihr vermittelten Engagement bleibt oder aber durch die dort geknüpften persönlichen Kontakte in ein anderes Tätigkeitsfeld wechselt. Bezüglich der Zusammenarbeit mit anderen sozialen Akteuren sagt Frau A.:

„Die Akzeptanz der Politik lässt noch einiges zu wünschen übrig /.../, also da muss noch sehr viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Und auch so die größeren Verbände und Vereine, da habe ich noch Schwierigkeiten bzw. auch Sportvereine melden sich nicht bei mir.“

Frau A. bemerkt zwar, dass Kooperationen mit diesen Akteuren kaum stattfinden, sieht jedoch keine Möglichkeiten, wie sie das ändern könnte. Sie führt die mangelnde Zusammenarbeit darauf zurück, dass die Freiwilligenagentur von ihnen als Konkurrenz betrachtet wird. Grundsätzlich beschreibt auch Frau A. die Arbeit der Freiwilligenagentur als sehr eingeschränkt. Auch sieht sie das Problem, dass die Vermittlung auf Dauer nicht die einzige Aufgabe der Einrichtung bleiben kann. Sie plant daher für die Zukunft, eigene Projekte mit Freiwilligen zu entwickeln und durchzuführen. Zum Zeitpunkt unseres Interviews war jedoch noch nicht klar, welche Projekte dies sein sollen und welche Rolle die Agentur dabei übernehmen könnte.

Fallbeispiel 2: „Freiwilligenagenturen müssen sich weiterentwickeln, sonst gehen sie ein.“

Auch in diesem Beispiel handelt es sich um eine Freiwilligenagentur, die sich auf die Vermittlung von Freiwilligen in bürgerschaftliches Engagement konzentriert hat. Zum Zeitpunkt des Interviews stand jedoch bereits fest, dass die Einrichtung geschlossen wird. Die Leiterin der Agentur, Frau C., führt diese Entwicklung sehr selbstkritisch auf zwei Gründe zurück: Zum einen seien die Vermittlungszahlen im letzten Jahr gesunken und man habe verpasst, neue Konzepte zu entwickeln, um damit das Angebotsspektrum zu erweitern. Zum anderen sei die Einrichtung nicht gerade „das Lieblingskind des Trägers“. Vielmehr habe sich dieser dazu entschlossen, in einer anderen Stadt eine neue Freiwilligenagentur zu gründen.

⁶ Bei den eingerückten Textteilen handelt es sich um Originalzitate. Zur besseren Lesbarkeit wurde die Grammatik der Sätze der Schriftsprache angeglichen. Besonders betont ausgesprochene Worte sind kursiv gedruckt. Auslassungen aus dem Originaltext sind mit /.../ gekennzeichnet. Der Sinn der Aussage blieb selbstverständlich erhalten. Einfügungen in den Text zum besseren Sinnverständnis sind durch eckige Klammern <...> gekennzeichnet

„In dieses Projekt fließen jetzt alle Gelder und wir hier schauen in die Röhre. Auch die Stadt will jetzt lieber ein Bürgerzentrum, da ist für uns kein Platz mehr.“

Die letzte Äußerung von Frau C. ist im Hinblick auf unsere Studie besonders interessant. Es wäre schließlich durchaus möglich gewesen, dass die Freiwilligenagentur Teil des Bürgerzentrums wird und es stellt sich die Frage, warum die Agentur bei der Planung durch die Stadt nicht berücksichtigt wurde. Wir sind der Meinung, dass dieser Fall die Problematik des Typus Arbeitsvermittlung verdeutlicht. Zum einen erschwert die monostrukturelle Ausrichtung der Einrichtung die Integration in ein Bürgerzentrum. Zum anderen verhindert die mangelnde Verankerung in das soziale Gefüge den Dialog über mögliche andere Formen der Einbeziehung. Entsprechend betont auch Frau C., dass es ihrer Ansicht nach nicht ausreicht, wenn sich Freiwilligenagenturen nur auf die Vermittlungstätigkeit beschränken. Da sie in regelmäßigen Abständen dazu aufgefordert seien, ihren Trägern die Vermittlungszahlen vorzulegen, um damit den Erfolg ihrer Arbeit zu belegen, wären sie viel zu abhängig von statistischen Daten. Zudem würde die Fokussierung auf ein Angebot dazu führen, dass sie es versäumen, sich weiterzuentwickeln.

2.1.2 Typ 2 ‚Zunfthaus‘

Infrastruktureinrichtungen dieses Typus werden vorwiegend von einer bestimmten Klientel genutzt

Unter einer Zunft versteht man den Zusammenschluss von Handwerkern einer Branche. Das dazugehörige Zunfthaus dient den Mitgliedern einer Zunft als Treffpunkt, in dem alle anfallenden organisatorischen Fragen behandelt werden und in dem der soziale Kontakt gefördert wird. Dieses Zunfthaus steht nicht der Allgemeinheit offen, sondern nur einer ganz bestimmten Gruppe von Personen. Ähnlich verhält es sich mit den Infrastruktureinrichtungen, die wir dem Typus Zunfthaus zuordnen. Zwar sind diese Einrichtungen nicht in dem Sinne exklusiv, als dass hier Personen der Zugang verwehrt würde, aber das Angebot der Einrichtung ist vorwiegend auf eine bestimmte Klientel hin ausgerichtet. Diese kann etwa die erwerbstätige Mittelschicht einer großen Stadt sein oder auch ältere Erwerblose in einer strukturschwachen Region. Dieser Personenkreis wird durch Werbemaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit gezielt angesprochen und das Angebot entsprechend abgestimmt.

Ähnlich wie der Typus Arbeitsvermittlung zeichnet sich das Zunfthaus durch eine Spezialisierung auf einen Arbeitsbereich aus. Dies kann die Vermittlung von Interessierten in bürgerschaftliches Engagement sein oder auch die Bereitstellung von Möglichkeiten zur Eigenarbeit. Natürlich findet in diesen Einrichtungen auch Beratung statt. Diese bezieht sich jedoch zentral auf das Angebot der Einrichtung selbst und kann als eine Form der Fachberatung bezeichnet werden.

Parallel zum traditionellen Zunfthaus ist auch dieser Typus eingebettet (embedded) in das lokale soziale Gefüge. Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Akteuren wie etwa Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, aber auch Unternehmen und vor allem der Kommunalverwaltung werden gesucht und gepflegt. Dies führt dazu, dass eine Einrichtung dieses Typus zusätzlich als Informations-, Beratungs- und Kontaktstelle fungieren kann. Interessierte Personen werden auf die Arbeit anderer Organisationen aufmerksam gemacht und bei Bedarf wird der Kontakt zu diesen Einrichtungen hergestellt. Umgekehrt können die Einrichtungen des Typus Zunfthaus von der Kooperation mit anderen Akteuren profitieren, wenn diese ihre Klientel über die Arbeit der Infrastruktureinrichtung informieren und an diese bei Bedarf vermitteln.

Entsprechend hat die Verankerung im lokalen Umfeld auch einen positiven Einfluss auf die Nachhaltigkeit dieser Infrastruktureinrichtungen. Zum einen, weil Synergieeffekte aus der Kooperation mit anderen Verbänden und Vereinen entstehen und genutzt werden können. So bekommen die Einrichtungen Anregungen von Außen und können neue Konzepte und Ideen entwickeln. Sie sind durch die Zusammenarbeit mit

anderen Akteuren über die Entwicklung in der Region informiert und können ihr Angebot entsprechend den lokalen Bedürfnissen abstimmen. Zum anderen, weil der gute Kontakt zur Kommunalverwaltung zu einer Unterstützung von politischer Seite führt, die sich auch positiv auf die langfristige finanzielle Absicherung der Einrichtung auswirken kann.

Eine Wirkung auf das Arbeitsmarktgeschehen ist bei diesem Typus jedoch nicht erkennbar. Dies liegt vor allem daran, dass die von uns untersuchten Einrichtungen dieses Typus es versäumen, Kooperationen zu ‚rein‘ arbeitsgesellschaftlichen Institutionen aufzubauen, etwa zu den Gewerkschaften und Kammern, zur Arbeitsverwaltung oder auch zu den einschlägigen Abteilungen in den Kommunen, etwa der Arbeits- und Wirtschaftsabteilung. Eine Zusammenarbeit mit diesen Institutionen findet kaum statt, weil sich die Einrichtungen des Typus ZunftHaus vor allem vorrangig als Kontakt-, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle für bürgerschaftliches Engagement oder Eigenarbeit verstehen. Erst langsam – hervorgerufen durch die wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten über das Thema Zukunft der Arbeit – wird ein Zusammenhang dieser Bereiche mit der Erwerbsarbeit wahrgenommen und diskutiert. In Ansätzen wird von einigen Einrichtungen darüber nachgedacht, ob und inwieweit ihre Tätigkeit Einfluss auf den lokalen Arbeitsmarkt hat. Bislang bleiben diese Überlegungen jedoch diffus und haben (noch) nicht zu einer Zusammenarbeit mit rein arbeitsgesellschaftlichen Institutionen geführt. Der Mangel an Kooperationen ist jedoch nicht nur auf Versäumnisse der lokalen Infrastruktureinrichtungen zurückzuführen. Auch die arbeitsgesellschaftlich relevanten Akteure suchen nicht die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen. Arbeitsverwaltungen, Kammern, Unternehmen, aber auch die Gewerkschaften bleiben passiv und bieten kaum Kooperationsmöglichkeiten. Unklar sind die Gründe für diese Zurückhaltung. Möglicherweise fehlt bislang das Verständnis für den Zusammenhang zwischen der Erwerbsarbeit und anderen Arbeitsformen und damit auch für die Synergieeffekte, die (nicht nur) durch eine Vernetzung mit lokalen Infrastruktureinrichtungen erzielt werden kann.

Fallbeispiel 1: „Wir versuchen, einen regelmäßigen Kontakt zu halten, wir haben mittlerweile Kontakt zu 380 Organisationen“.

Ein Beispiel für den Typus 2 ist eine Freiwilligenagentur in Süddeutschland. Träger der Einrichtung ist ein Verein, der aus kommunalen Mitteln finanziert wird. Die Klientel der Agentur besteht zu einem Großteil aus gut ausgebildeten, qualifizierten Erwerbstätigen. Frau T., die Leiterin der Einrichtung, beschreibt den Personenkreis, der ihre Arbeit in Anspruch nimmt, wie folgt:

„Also es sind Leute, die in Priorität die überregionale Zeitung lesen, das ist einfach so. Ich denke, sie sind kritisch, sind aus meiner Sicht durchaus gebildet, und sehen sehr deutlich, dass sie damit <mit dem Engagement> auch was für sich tun. Sie suchen auch Kontakt zu anderen, das äußern sie auch sehr deutlich, und sehr viele Leute wollen ihr berufliches Know-how einbringen.“

Diese Zielgruppe wird sehr bewusst angesprochen. Etwa durch Anzeigen in der genannten Zeitung, aber auch durch ein professionelles Werbekonzept in Form von ansprechenden Flyern und Broschüren. Die Hauptaufgabe der Einrichtung sieht Frau T. darin, diese Menschen in die verschiedenen Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements zu vermitteln. Besonders betont Frau T. die Netzwerkarbeit und die guten Kontakte zu anderen Organisationen. Sie berichtet, dass sie gleich zu Anfang ihrer Tätigkeit in der Einrichtung zu fast allen Organisationen in der Stadt telefonisch Kontakt aufgenommen habe, um sich über deren Arbeitsweise zu informieren und Kooperationen zu initiieren. Des Weiteren besuche sie alle relevanten Veranstaltungen der Stadtverwaltung oder der Wohlfahrtsverbände, um ihre Einrichtung vorzustellen und Gespräche mit relevanten Akteuren zu führen. Entsprechend habe sie sich einen guten Überblick über die Situation in der Stadt erarbeitet und könne Personen bei Bedarf auch an andere Einrichtungen vermitteln. Im Gegensatz zu vielen anderen Infrastruktureinrichtungen ist die Arbeit dieser Freiwilligenagentur langfristig finanziell gesichert.

„Der gravierende Unterschied zu vielen anderen Freiwilligenagenturen ist sicher auch, dass die alle finanziell oder ein großer Teil finanziell in keiner Weise gesichert ist. Dass die permanent mit irgendwelchen Anträgen zu kämpfen haben, wo sie Gelder herkriegern können.“

Frau T. führt diese finanzielle Sicherheit auf die guten Kontakte zur Stadtverwaltung, vor allem zum Sozialreferat, und auf ihre erfolgreiche Lobbyarbeit zurück. Die Frage, ob die Arbeit der Agentur einen Einfluss auf den lokalen Arbeitsmarkt hat, wird von ihr verneint. Auch bestehen bislang keine Kooperationen mit Gewerkschaften, Kammern oder anderen Institutionen dieser Art. Allerdings plant sie, da sie sich sehr für das Thema Corporate Volunteering interessiert, die Vermittlungstätigkeit der Agentur in Zukunft auch für Unternehmen anzubieten.

Exkurs: Corporate Volunteering

Corporate Volunteering bezeichnet eine Form des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen. Dabei wird das Engagement der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter initiiert und gefördert. Dieses Corporate Volunteering hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten vor allem in den USA entwickelt und durchgesetzt. Häufig werden beispielsweise so genannte Projektstage (Days of Service) durchgeführt, an denen sich viele Unternehmen zugleich beteiligen. Sie finden einmal im Jahr oder häufiger statt und einzelne Teams oder die gesamte Belegschaft führen konkrete Vorhaben durch. Dies kann die Renovierung einer Schule, die Reparatur von Spielplatzgeräten oder eine kurzfristige Zuarbeit in einer Non-Profit-Einrichtung sein. Die Firmen übernehmen die Materialkosten und unterstützen zusätzlich die Organisation und Logistik. Eine stärkere soziale Verbindlichkeit hat die Initiierung kontinuierlichen Engagements. Häufig handelt es sich um einwöchige Programme, Halbjahres-Sabbaticals oder um mehrere regelmäßige Stunden pro Monat, in denen Firmenangehörige sich bürgerschaftlich engagieren können. Für diese Programme der Corporate Volunteering interessieren sich auch in Deutschland immer mehr Unternehmen. Bislang wurden sie in Deutschland – zumindest soweit bekannt – jedoch erst von einigen Großunternehmen erprobt. Dabei wird Corporate Volunteering in Deutschland überwiegend als Mittel der Personalentwicklung genutzt. Im Mittelpunkt steht die Förderung so genannter soft skills, also sozialer und kommunikativer Kompetenzen. Diese Programme – wie beispielsweise SWITCH oder Seitenwechsel – bieten den Beschäftigten von Unternehmen die Möglichkeit, für einen bestimmten Zeitraum (beispielsweise eine Woche) während ihrer Arbeitszeit in einer sozialen Einrichtung mit zu arbeiten. In den USA haben sich in diesem Umfeld in den letzten beiden Jahrzehnten neue Berufsgruppen herausgebildet – so genannte agents for civic activities –, die gleichsam als Scharnier zwischen Unternehmen und den Lern- und Engagementfeldern passgenaue Programme herausarbeiten und diese durch Vor- und Nachbereitungen begleiten (z.B. so genannte City Cares, also New York Cares, Chicago Cares usw.). Diese Agenturen sind in den USA privatwirtschaftlich organisiert und werden für ihre Tätigkeit von den Unternehmen bezahlt (vgl. dazu Backhaus-Maul 2001; Korfmacher/Mutz 2001 und Mutz et al. 2002).

Frau T. weiß, dass bereits viele Freiwilligenagenturen in Deutschland diese Dienstleistung auch für deutsche Unternehmen anbieten (vgl. dazu BMFSFJ 2002). Sie kann sich das auch für ihre Einrichtung vorstellen und plant für die Zukunft Kontakte mit interessierten Firmen aufzubauen.

Fallbeispiel 2: „Schwerpunktmäßig sind es Arbeitslose und Erwerbsunfähige, die zu uns kommen.“

Auch bei diesem Fallbeispiel handelt es sich um eine Freiwilligenagentur. Die Agentur ist in den Neuen Bundesländern ansässig und wird von Frau K. geleitet. Die Klientel der ausschließlich in dem Bereich Beratung und Vermittlung von Freiwilligen tätigen Agentur, besteht zum überwiegenden Teil aus Arbeitslosen und

Erwerbsunfähigen. Dies liegt zum einen daran, dass die Arbeitslosenquote in der Stadt über 20 % liegt. Zum anderen hat es sich Frau K. zur Aufgabe gemacht, genau diese Zielgruppe besonders zum bürger-schaftlichen Engagement zu motivieren.

„Das war auch ein Ziel von Anfang an. Dass man gerade diejenigen, die Zuhause sind, und die manchmal ein kleines bisschen unbeweglich sind, oder geworden sind, weil ihr Selbstbewusstsein inzwischen im zweiten Kellergeschoss hängt, motiviert. Dass man denen einen Weg zeigt, wie man wieder unter Leute kommen kann, was Sinnvolles machen kann.“

Während des Interviews betont Frau K. die besonders guten Kontakte zu anderen gemeinnützigen Vereinen, zur Stadtverwaltung und insbesondere zur Oberbürgermeisterin.

„Von den anderen Vereinen haben wir auch schon Leute geschickt bekommen, wenn die keine Tätigkeit für die hatten. Und worüber wir auch schon Leute geschickt bekommen haben, ist die Sozialamts-leiterin, also im Sozialamt kommen ja auch immer einige an, die was machen wollen und die schickt sie dann zu uns.“

Die Infrastruktureinrichtung profitiert jedoch auch noch in anderer Weise von der guten Einbettung in das soziale Gefüge.

„Na sie <die Partei, die die Oberbürgermeisterin stellt> laden uns zu Veranstaltungen ein. Sie haben uns schon bei Anträgen, bei Förderanträgen, unterstützt. Sowohl beim Arbeitsamt als auch bei so Pro-jektanträgen oder bei kleineren Fördersummen, die wir an verschiedenen Stellen beantragen. Durch die Einladungen zu verschiedenen Veranstaltungen lernen wir ja auch andere, neue Leute kennen und können so unsere Sache dort publik machen.“

Zudem, so berichtet sie uns, habe die Stadtverwaltung bzw. die Oberbürgermeisterin auch schon Referenzen für die Einrichtung geschrieben.

2.1.3 Typ 3 ‚Wirtschaftshaus‘

Diese Infrastruktureinrichtungen streben mittelfristig die finanzielle Unabhängigkeit von öffentlichen Geldern an

Ein Wirtschaftshaus war früher beispielsweise auf Gutshöfen jener Ort, an dem alle Arbeiten verrichtet wurden, die für die Existenz des Hofes notwendig waren. Die meisten Angestellten waren hier tätig: Es wurden Werkzeuge und Maschinen repariert, Kleidung geflickt und die landwirtschaftlichen Produkte für den Verkauf auf den Märkten vorbereitet. Abstrakter formuliert steht im Mittelpunkt eines Wirtschaftshauses das ökonomische Handeln als planvolle Tätigkeit, die die Knappheit der für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zur Verfügung stehenden Mittel verringern soll. Analog zu dieser Definition haben wir jene Infrastruktureinrichtungen dem Typus Wirtschaftshaus zugeordnet, in denen die Herstellung von Produkten und Dienstleistungen sowie die ökonomische Tragfähigkeit eine ganz besondere Rolle spielen. In diesen Einrichtungen gibt es unter einem Dach sowohl privatwirtschaftlich tätige (Klein-) Betriebe als auch soziale, kulturelle und/oder ökologische Projekte.

Betriebe und Projekte stehen dabei in einem Spannungsverhältnis. So sollen etwa die Mieten, die von den Firmen bezahlt werden, zur Finanzierung der gemeinnützigen Projekte verwendet werden. Gleichzeitig können und sollen die Kleinunternehmer die soziale Infrastruktur der Projekte nutzen, sich dort engagieren und/oder eigene Ideen umsetzen. Entsprechend bezeichnet der Typus Wirtschaftshaus neu entstandene Institutionen mit einer diversifizierten Struktur. Diese Infrastruktureinrichtungen bieten die Gelegenheit für unterschiedlichste Arbeitsformen und haben zudem verschiedene soziale Funktionen. So fungieren sie

zumeist als Kontaktbörse und Kulturforum. Häufig gibt es Theater- oder Musikprojekte und auch ein Café ist zumeist Teil des Hauses. Charakteristisch für diese Einrichtungen ist, dass hier nicht nur Eigenarbeit oder bürgerschaftliches Engagement ermöglicht und gefördert wird. Auch Arbeit in Form von Erwerbsarbeit gehört konzeptionell zu diesem Typus. Diese Vermischung von formeller und informeller Ökonomie ist nicht nur auf der institutionellen Ebene zu finden, auch die Nutzerinnen und Nutzer von Einrichtungen des Typus Wirtschaftshaus gehen zumeist mehreren Arbeitsformen neben- und nacheinander nach. Hinzu kommt, dass diese Vermischung zudem wirtschaftlich bezüglich der Existenz der Einrichtung zielführend ist: Wirtschaftshäuser haben sich die Aufgabe gestellt, sich mittelfristig finanziell selbst zu tragen. Öffentliche Gelder werden üblicherweise lediglich zur Anschubfinanzierung verwendet.

Für uns ist es ein charakteristisches Moment dieser Einrichtungen, dass sie nicht in das lokale Umfeld eingebettet sind (disembedded). Kooperationen werden nur insoweit aufgebaut, wie sie zur Realisierung der Einrichtung notwendig sind, etwa mit der Stadtverwaltung oder dem Bundesland, die zur Anschubfinanzierung beitragen. Da sie sich selbst oft als autonom verstehen, werden Partnerschaften zu anderen Institutionen kaum gesucht. Dies hat zum einen den Nachteil, dass die Existenz des Hauses allein vom marktwirtschaftlichen Erfolg der Betriebe abhängig ist. Ein Scheitern in diesem Bereich führt entweder zur Schließung der gesamten Infrastruktureinrichtung oder es muss doch auf eine langfristige Förderung durch öffentliche Mittel – zumindest für einen Teil der Einrichtung – zurückgegriffen werden. Zum anderen führt die Abgeschlossenheit dazu, dass auch durch diese Einrichtungen kaum Arbeitsmarkteffekte zu erwarten sind. Dies ist insbesondere deshalb zu bedauern, weil zum einen in Einrichtungen der Art Wirtschaftshaus erste Formen einer veränderten Organisation von Arbeit zu beobachten sind. Zum anderen bieten diese lokalen Infrastruktureinrichtungen wichtige Möglichkeiten zur Integration diesseits und jenseits der Erwerbsarbeit.

Fallbeispiel 1: „Jeder profitiert davon, dass auch die anderen im Haus sind“⁷.

Diese Infrastruktureinrichtung im Ruhrgebiet wurde erst Ende der 1990er Jahre gegründet. Das Konzept wurde von einer Gruppe entwickelt, die sich aus KünstlerInnen, HandwerkerInnen und Theaterleuten zusammensetzte. Aus dieser Gruppe heraus gründete sich ein Verein, der Träger der Einrichtung ist. Das Konzept sieht vor, Kunst, Kultur, handwerkliche Betriebe und soziales Miteinander unter einem Dach zu ermöglichen. Entsprechend sind in dem Haus sowohl kleine Betriebe ansässig, wie etwa eine Siebdruckerei, eine Computerfirma u.ä., als auch ein Theaterprojekt, Künstlerateliers, eine Kneipe und eine Nachbarschaftswerkstatt, die zum einen Schreinerarbeiten durchführt, zum anderen aber auch Eigenarbeit ermöglicht. Ansässig ist die Einrichtung auf einem Grundstück bzw. in einem Gebäude, das der Stadt gehört. Die notwendigen Mittel zum Umbau des Gebäudes wurden vom Land NRW und von der Stadt zur Verfügung gestellt. Eine weitere Anschubfinanzierung durch das Land und die Stadt sicherte die Existenz der Einrichtung für insgesamt fünf Jahre. Zum Zeitpunkt des Interviews lief diese Finanzierung gerade aus und das erste eigenfinanzierte Betriebsjahr stand an. Wie diese Eigenfinanzierung gelingen soll, erklärte uns eine Mitarbeiterin der Einrichtung:

„Vom Grund her wird sich der Verein so finanzieren, dass die Nutzer hier im Haus ja alle Miete bezahlen⁸. Das nächste Jahr ist das erste normale Betriebsjahr hier im Haus und dann wird sich noch mal rausstellen, wie wir mit der Kalkulation auch liegen. Durch die Mieteinnahmen bzw. die Kostenmiete, die die Nutzer bezahlen müssen, trägt sich dann auch der Verein. Da werden dann alle Kosten mit einbezogen, die der Verein hat, das was die Stadtwerke bekommen, der Hauseigentümer und an unabhängigen Nebenkosten. <Hinzu kommt>, auch noch wirtschaftliche Geschäftsbetriebe wie die Halle,

7 Wir haben im Verlauf unserer Studie das empirische Feld ausgeweitet und eine Einrichtung dieser Art als Beispiel für diesen Typus herangezogen.

8 Die Mitarbeiterin der Einrichtung benutzt den Begriff Nutzer im Hinblick auf die in der Einrichtung ansässigen Betriebe und Projekte. Es geht hier also nicht um die externen Besucherinnen und Besucher der Infrastruktureinrichtung, die die verschiedenen Angebote in Anspruch nehmen wollen, sondern um die eigenen Mitglieder der Institution.

dieses Herzstück hier, was ja nicht vermietet ist /.../, die betreibt der Verein selber, sprich, der vermietet die auch selber und hat dadurch auch Einnahmen.“

Dabei spielt das Prinzip der Solidarität eine wichtige Rolle. Die marktwirtschaftlichen Betriebe zahlen einen höheren Mietpreis und finanzieren so die Existenz der nicht direkt am Markt tätigen Projekte. Des Weiteren wird erwartet, dass sich alle ansässigen Nutzerinnen und Nutzer mit Zeit, Energie und Engagement für die Belange des Gesamtprojekts einsetzen. Im Gegenzug können sie die vorhandene Infrastruktur wie etwa die Werkstätten unentgeltlich zur Eigenarbeit nutzen.

„Wir haben kein Interesse daran, Menschen hier zu haben, die hier nur in ihr Atelier gehen oder ins Büro. Die morgens kommen, ihre Arbeit machen und abends wieder abschließen. Wir wollen Sachen hier drin haben, die was miteinander zu tun haben bzw. zu tun haben könnten. Wir wollen Synergieeffekte nutzen und uns gemeinsam weiterentwickeln. Dabei ist klar, dass man nicht immer gleich aktiv sein kann. Aber man kann sich hier mit den Sachen einbringen, die man selber kann oder auch mit der Kraft und Kapazität, die man zu einem bestimmten Zeitpunkt gerade hat. Und wenn es mal nicht geht, weil man einen großen Auftrag hat, dann sind ja auch die anderen wieder da, die einspringen. Ansonsten ist es gut, wenn wir hier eine Eigenarbeitswerkstatt haben, wo quasi auch die Leute hier im Haus das mitnutzen können. Zum Beispiel wenn einer unserer Künstler, die hier ein Atelier haben, einen großen Bilderrahmen machen will, dann kann er das einfach tun.“

Für externe NutzerInnen aus dem Stadtteil sind verschiedene Angebote geplant, jedoch zum Zeitpunkt unseres Interviews nur in Ansätzen verwirklicht. So soll die Einrichtung als Anlaufstelle dienen, für Menschen, die sich engagieren wollen oder die eigene Projekte initiieren möchten. Möglichkeiten zur Eigenarbeit sind ebenfalls vorhanden. Die Nachbarschaftswerkstatt, die vormittags als professionelle Schreinerei betrieben wird, steht an Nachmittagen für Eigenarbeit zur Verfügung. In dieser Zeit werden auch Kurse und Fachberatungen angeboten. In wie weit diese Möglichkeiten von der sozialen Umgebung tatsächlich genutzt werden, oder ob die Einrichtung gleichsam ein Fremdkörper im sozialen Gefüge des Stadtteils ist, bleibt abzuwarten. Die Tatsache, dass es bislang keine Kooperationen mit anderen Akteuren gibt, ist für die Akzeptanz und Verankerung im lokalen Umfeld sicherlich nicht förderlich.

2.1.4 Typ 4 ‚Gemeindehaus‘

Ein breites Angebot und eine soziale Verankerung sind Kennzeichen für den vierten Typus

Diesen vierten und letzten Typus von Infrastruktureinrichtungen bezeichnen wir als *Gemeindehaus*. Insbesondere in Kleinstädten war das Gemeindehaus früher Anlaufstelle bei Fragen der medizinischen und sozialen Versorgung. Hier gab es eine Gemeindeschwester, deren Hilfe von allen in Anspruch genommen werden konnte. Impfungen wurden an diesem Ort durchgeführt und auch bei sozialen Problemen konnten Menschen hier Beratung und Unterstützung finden. Entsprechend haben wir diesen Begriff für den letzten Typus von Infrastruktureinrichtungen gewählt, weil diese Einrichtungen offen für viele Menschen aus dem Stadtteil bzw. der Nachbarschaft sind und weil sie einen wichtigen Teil des sozialen Gefüges der Region darstellen. Diese Infrastruktureinrichtungen zeichnen sich durch eine stark diversifizierte Struktur aus. Sie sind gleichzeitig Häuser der Eigenarbeit, Orte des Bürgerengagements, Ausbildungsstätte, Projektinitiatoren und zuweilen auch Beschäftigungsgesellschaft. Zudem übernehmen sie weitere wichtige soziale Funktionen in ihrem lokalen Umfeld, indem sie Beratungen anbieten, kulturelle Veranstaltungen organisieren und als Anlaufstelle und Kontaktbörse dienen. Entsprechend dieses generalisierten Angebots wird die Institution von unterschiedlichen Personengruppen genutzt. Dabei haben diese Einrichtungen einen explizit nicht-marktwirtschaftlichen Charakter. Vielmehr ist es zumeist eine Mischfinanzierung aus Spenden, Mitglieds-

beitragen, Projektgeldern und öffentlichen Mitteln, die die finanzielle Existenz der Infrastruktureinrichtung langfristig absichert.

Infrastruktureinrichtungen des Typus Gemeindehaus sind stark in das lokale Gefüge eingebettet. Es bestehen enge Kooperationen und Partnerschaften zu allen relevanten sozialen Akteuren in der Kommune. Dazu zählen neben anderen Initiativen, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden etc. auch arbeitsgesellschaftliche Institutionen wie etwa Unternehmen und die Arbeitsverwaltung. Diese Verankerung führt dazu, dass die Akzeptanz dieser Einrichtungen in der Region sehr hoch ist. Sie bewirkt auch, dass Informationen, Anregungen und Interessen von Außen aufgegriffen und wenn möglich umgesetzt werden.

Sowohl die diversifizierte Struktur der Einrichtungen dieses Typus als auch die gute Vernetzung mit anderen sozialen Akteuren ist einerseits auf die innovativen Ideen von Personen zurückzuführen, die an der konzeptionellen Entwicklung der Infrastruktureinrichtungen beteiligt sind. Diese sind mit der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion über das Thema Zukunft der Arbeit vertraut und verfügen über ein Expertenwissen in diesem Bereich. Sie sind entweder direkt in die Leitung der Institution involviert oder stehen als BeraterInnen beispielsweise in einem Beirat zur Verfügung. Zum anderen hatten die von uns untersuchten Einrichtungen dieser Art die Möglichkeit, sich über einen längeren Zeitraum zu entwickeln. Sie bestehen bereits seit mehreren Jahren oder können auf die langjährigen Erfahrungen ‚ihrer‘ Träger zurückgreifen.

Infrastruktureinrichtungen dieses Typus zeigen erste nachhaltige Ansätze einer veränderten Organisation von Arbeit in dem Sinne, dass Arbeit hier nicht allein als Erwerbsarbeit verstanden wird. Vielmehr werden Möglichkeiten geschaffen, die Integration auch jenseits dieser Arbeitsform bieten. Dabei stehen bürgerschaftliche, Eigenarbeit und Erwerbsarbeit in einem komplementären Verhältnis. Sie werden als gleichwertig betrachtet und entsprechend wird die Vermischung von diesen unterschiedlichen Arbeitsformen ermöglicht und gefördert.

Dadurch zeigen sich auch erste qualitative Effekte auf den lokalen Arbeitsmarkt: Wenn Übergänge zwischen den Tätigkeiten der informellen und formellen Ökonomie durch die räumliche und zeitliche Nähe der verschiedenen Arbeitsformen in den Einrichtungen des Typus Gemeindehaus erleichtert werden, eröffnet dies neue Gestaltungsmöglichkeiten und -erfahrungen für die Nutzerinnen und Nutzer. Sie erleben, dass sie in vielen Arbeitsbereichen produktiv und sinnvoll tätig sein können und dass die Teilhabe an der Gesellschaft nicht allein davon abhängig ist, ob sie einer Erwerbsarbeit nachgehen oder nicht. Des Weiteren können in diesen Einrichtungen ganz gezielt Qualifikationen erlernt oder auch erhalten werden, beispielsweise durch die Nutzung von Computerräumen, Werkstätten und Internetstationen. Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtungen können sich hier Kompetenzen aneignen oder sie erweitern unabhängig davon, ob sie damit ihre beruflichen Chancen verbessern wollen, Zeiten der Arbeitslosigkeit überbrücken oder aber einfach neue Tätigkeitsfelder ausprobieren möchten.

Fallbeispiel 1: „Also im Prinzip kann man sagen, dass wir mit allen, die hier die Gesellschaft bewegen, zusammenarbeiten“.

Die im Folgenden beschriebene Infrastruktureinrichtung liegt in einem strukturschwachen Gebiet in den neuen Bundesländern. Es handelt sich um einen gemeinnützigen Verein, der sich zum Großteil aus öffentlichen Mitteln finanziert. Träger des Vereins ist eine Beschäftigungsgesellschaft. Die Einrichtung bietet eine Töpferei, eine Näh- und Computerwerkstatt und eine Internetstation an, die alle zur Eigenarbeit genutzt werden können. Es gibt kulturelle, soziale und Jugendprojekte, in denen sich Interessierte engagieren können. Ebenfalls Teil des Hauses ist eine „Beschäftigungsvermittelnde und – begleitende Beratungsstelle“, in der man sich zu Themen wie Bewerbungsschreiben, Umschulungen und Weiterbildungsmöglichkeiten beraten lassen kann. Ursprünglich wurde die Einrichtung vor dem Hintergrund des in den USA initiierten Konzepts der Neuen Arbeit von Fritjof Bergmann gegründet (vgl. Bergmann 1997). Bei diesem Konzept sol-

len Orte geschaffen werden, in denen Produkte in eigener Regie, nach eigenen Bedürfnissen und in „eigener Arbeit“ hergestellt werden können. Die Produkte werden dann entweder zum eigenen Gebrauch verwendet – was den Bedarf nach Konsumgütern reduzieren soll – oder sie auf dem Markt angeboten und verkauft, um Einnahmen zu erzielen. Nach den Aussagen der Interviewpartner hat man sich von diesem Ansatz jedoch gelöst.

„Deutschland ist ein anderer Kulturkreis. Es kommen Versicherungs- und Rechtsfragen auf einen zu. Hinzu kommt noch, dass sicherlich eine andere Mentalität in Deutschland ist, eine andere Mentalität zu Erwerbsarbeit. Aber diese Blockaden wären möglicherweise alle zu überspringen. Das Konzept funktioniert, aus meiner tiefsten inneren Überzeugung, wirtschaftlich nicht.“

Der Versuch, marktwirtschaftlich erfolgreich zu sein, wurde aufgegeben und man versteht sich nun stärker als Beratungs- und Anlaufstelle und als Ort, an dem man die unterschiedlichen Tätigkeiten ausprobieren und miteinander kombinieren kann. Die Nutzerinnen und Nutzer dieser Einrichtung sind häufig gleichzeitig oder nacheinander in den Bereichen Eigenarbeit und im Bürgerengagement tätig. In einigen Fällen gelingt auch ein Übergang in die Erwerbsarbeit. Dabei handelt es sich jedoch zumeist um zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse – häufig ABM-Maßnahmen –, die durch die Initiierung neuer Projekte entstehen.

Bemerkenswert ist die Einbettung der Infrastruktureinrichtung in das soziale lokale Umfeld. Zum Teil durch die Nähe zur Beschäftigungsgesellschaft als Trägerin der Einrichtung, zum Teil jedoch auch aufgrund eigener Anstrengungen, bestehen enge Kooperationen zu allen relevanten Akteuren der Region. Dazu zählen verschiedene Ministerien des Landes, das Arbeitsamt, die Schulen vor Ort, die Stadtverwaltung, der Bürgermeister, die Handwerkskammern aber auch Unternehmen und Gewerkschaften. Mit all diesen Partnern werden immer wieder konkrete Projekte durchgeführt. So werden etwa die Werkstätten der Einrichtung für ein Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramm für Jugendliche genutzt, das in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt initiiert wurde. Es gibt ein Internetprojekt, das gemeinsam mit verschiedenen Schulen aufgebaut wurde und es stehen MitarbeiterInnen der im Ort ansässigen Unternehmen für die fachliche Beratung von Projekten zur Verfügung.

Fallbeispiel 2: „Wir erfüllen hier ganz unterschiedliche Funktionen und mitmischen kann im Prinzip jeder“

Bei dieser Infrastruktureinrichtung handelt es sich dem Selbstverständnis nach um eine Kultur- und Begegnungsstätte im Ruhrgebiet. Das Besondere an dieser Einrichtung ist, dass sie nicht nur für das soziale Umfeld, sondern vor über 20 Jahren von einem Teil der Gemeinde gegründet wurde. Es handelt sich also um eine Bottom-up-Initiative. Die Einrichtung bietet eine Vielzahl von Angeboten.

„Hier gibt es unglaublich viel. Wir haben eine Kinderbetreuung aufgebaut. Es gibt Karatekurse, Chöre, Gewerkschaftstreffen finden hier statt. Wir haben ein Theater, einige bauen den Garten hinten um und wir machen Qualifizierungsprogramme für Jugendliche und bieten Weiterbildungskurse an.“

Vor allem das Qualifizierungsprogramm und die Weiterbildungsangebote sind auf die enge Zusammenarbeit mit anderen arbeitgesellschaftlichen Institutionen, insbesondere der Gewerkschaft und dem Arbeitsamt zurückzuführen. Da es in der näheren Umgebung kaum Freizeitmöglichkeiten gibt und auch ansonsten die Infrastruktur eher schwach ist, versteht sich die Einrichtung als Anlaufstelle für die gesamte Nachbarschaft und das Stadtviertel. Die Übergänge zwischen unterschiedlichen Arbeitsformen sind in dieser Institution fließend. Gleichzeitig und in unmittelbarer räumlicher Nähe finden Erwerbsarbeit, Bürgerengagement und Eigenarbeit in der Einrichtung statt. Zudem werden die unterschiedlichen Arbeitsformen in dieser Infrastruktureinrichtung als gleichwertig betrachtet und entsprechend gleichermaßen gefördert. Nicht selten kommt es vor, dass die Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtung zwischen Eigenarbeit, bürger-

schaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit wechseln. So werden Durchgänge zwischen den unterschiedlichen Tätigkeiten eröffnet und Mischungen zwischen diesen Arbeitsformen erleichtert.

„Wir haben Fälle, in denen jemand sich hier erst mal engagiert hat und wenn die Möglichkeit da war später angestellt wurde. Aber auch der umgekehrte Fall ist schon öfter vorgekommen. Da hat hier jemand gearbeitet und ist uns auch später, nachdem er einen andere Arbeitsstelle hatte, verbunden geblieben. Grundsätzlich wollen wir, dass sich hier alles in viele Richtungen entwickeln kann.“

Der Bottom-up-Gedanke ist in der Infrastruktureinrichtung mittlerweile konzeptioneller Bestandteil. Man legt Wert darauf, dass vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Die Eigeninitiative der Nutzerinnen und Nutzer ist im hohen Maße erwünscht und wird unterstützt. Menschen, die neue Projekte initiieren möchten, können sich beraten lassen und finden Hilfe bei der Realisierung. Dadurch schafft man Raum für die Entwicklung neuer und innovativer Ideen.

2.2 Zusammenfassung der Ergebnisse der Institutionenanalyse

2.2.1 Lokale Infrastruktureinrichtungen fördern das soziale Kapital der Region

Die von uns untersuchten lokalen Infrastruktureinrichtungen haben trotz all ihrer Unterschiedlichkeiten gemeinsam, dass sie auf den sozialen Zusammenhalt einwirken. Sie sind Anlauf-, Beratungs- und Informationsstelle für alle, die sich bürgerschaftlich engagieren und/oder die Möglichkeit zur Eigenarbeiten nutzen wollen. In den Räumen der Einrichtungen oder aufgrund ihrer Vermittlung können diese Menschen mit anderen zusammentreffen und mit ihnen zusammenarbeiten. Die Infrastruktureinrichtungen fördern jedoch nicht nur den sozialen Kontakt auf der individuellen, sondern auch auf institutioneller Ebene, wenn sie Kooperationen zu anderen Einrichtungen und Institutionen eingehen.

Dabei sind das Ausmaß und die Qualität der Kooperationsbeziehungen sehr verschieden. Manchen Einrichtungen arbeiten lediglich mit wenigen gleichartigen Institutionen zusammen (Typ 1 und 3). Andere wiederum suchen die Zusammenarbeit mit vielen unterschiedlichen Akteuren und sind Teil verschiedenster Netzwerke (Typ 2 und 4). Durch die Förderung sozialer Kontakte zwischen Menschen und den Aufbau von Kooperationsbeziehungen tragen lokale Infrastruktureinrichtungen zur Bildung des sozialen Kapitals in einer Region bei.

Der Begriff des Sozialkapitals bezieht sich dabei auf bestimmte Formen der sozialen Organisation, beispielsweise auf Netzwerke, Normen und soziales Vertrauen, die Koordination und Kooperation zum gegenseitigen Nutzen fördern. Soziales Kapital umschreibt – allgemein formuliert – die Fähigkeit einer Gesellschaft, den sozialen Zusammenhalt (von Institutionen und Menschen) zu bewirken⁹. Gemeint sind Institutionen im soziologischen, also weiteren Sinne: Sie können sehr unterschiedlicher Natur sein und Familien, Betriebe, Gewerkschaften, Behörden, Vereine, Schulen usw. umfassen sowie auch Normen, Werte, (formelle und informelle) Regeln und Verhaltensmuster, die in einer Gesellschaft verbindlich sind. Auf der individuellen Ebene geht es um die Fähigkeit der Menschen, private und berufliche Kontakte einzugehen und aufrechtzuerhalten, also mit anderen Personen zusammenzuleben und -arbeiten. Soziales Kapital existiert auf allen gesellschaftlichen Ebenen: Im Mikrobereich des unmittelbaren Zusammenlebens, auf der mittleren Beziehungsebene (Mesobereich) und auch im Bereich der gesellschaftlichen Großorganisationen und -einrichtungen. Eine sozial integrierte Gesellschaft braucht Menschen, die sich auf vielen Ebenen – beruflich und privat – zusammenschließen und auf Basis von Vertrauen miteinander umgehen.

⁹ Siehe dazu: van Deth/Maraffi/Newton/Whiteley (1999); Habisch (1999); Hall (1999); Kistler/Noll/Priller (1999); Ostrom (2000); Putnam (2000) und sehr früh das Konzept von Coleman (1988).

Das soziale Kapital verbraucht sich durch seine Verwendung nicht, sondern hat im Gegenteil Prozesscharakter: Wenn der soziale Zusammenhalt nicht aktiv gelebt wird, dann schwindet das soziale Kapital einer Gesellschaft. In diesem Sinne tragen lokale Infrastruktureinrichtungen zum Aufbau von Sozialkapital bei, weil Menschen hier Gelegenheit bekommen, zusammen zu arbeiten und gemeinsam aktiv zu sein.

Dem sozialen Kapital werden unterschiedliche Funktionen zugeschrieben, die hier nur kurz skizziert werden sollen. Die politische Dimension besteht darin, dass Vertrauen in die politischen Institutionen und bürgerschaftlicher Gemeinsinn notwendig sind, damit ein demokratisches Gemeinwesen funktionieren kann. Aus wirtschaftlicher Sicht reduziert ein funktionierendes soziales Gefüge (Transaktions-) Kosten, es entstehen Wettbewerbs- und Standortvorteile. Aus beiden Sichtweisen ist soziales Kapital eine politische und ökonomische Ressource. Darüber hinaus stiftet soziales Kapital sozialen Frieden, weil Regeln, Normen und Werte eine Kultur der Konfliktregulierung und Kompromissfindung begründen sowie Verfahrensweisen der Teilhabe am öffentlichen Leben – dies zusammengefasst ist die Funktion des sozialen Zusammenhalts. Ob sich Bürgerinnen und Bürger einmischen und ihr gesellschaftliches Umfeld mitgestalten können, ist dabei die zentrale Frage.

Lokale Infrastruktureinrichtungen stellen eben jene Möglichkeiten der Partizipation zur Verfügung. Gerade wenn Integration und Partizipation von Menschen über Erwerbsarbeit schwieriger wird, bilden lokale Infrastruktureinrichtungen eine wichtige Ressource in der Region. Sie bieten die Möglichkeiten der Teilhabe, die von Menschen mit zum Teil sehr unterschiedlicher Motivation genutzt werden können. Zudem tragen lokale Infrastruktureinrichtungen zur Stärkung des sozialen Kapitals einer Region bei, wenn mit anderen Institutionen kooperiert wird (Typ 2 und Typ 4); dadurch bilden sich neue Netzwerke, die für den Aufbau von sozialem Vertrauen von Bedeutung sind.

2.2.2 Nachhaltigkeit und Verankerung sind abhängig von der Struktur der Einrichtungen

Unter der Nachhaltigkeit von Infrastruktureinrichtungen verstehen wir eine mehrdimensionale Wirkung auf das lokale Umfeld, die sich nicht nur auf einen gesellschaftlichen Teilbereich oder wenige gesellschaftliche Akteure beschränkt. Damit die Wirkungsweisen der lokalen Infrastruktureinrichtungen auf die Region in diesem Sinne nachhaltig sein können, bedarf es einer Einbettung in das soziale Umfeld und dass sie relativ dauerhaft bestehen. Die von uns untersuchten Einrichtungen werden üblicherweise auf Projektebene, mit zeitlicher Befristung der Finanzierung, gefördert. Einige dieser Einrichtungen mussten ihre Arbeit jedoch bereits während unserer zweijährigen Studie wieder einstellen. Wir können dafür zwei zentrale Gründe identifizieren. Zum einen sind es zumeist die monostrukturell ausgerichteten Infrastruktureinrichtungen (Typ 1 und 2), denen es nicht gelungen ist, ihre Existenz langfristig zu sichern. Wir schließen daraus, dass die Fokussierung auf nur ein Angebot, sei es nun die Vermittlung von Freiwilligen in Bürgerengagement oder die Bereitstellung von Werkstätten zur Eigenarbeit, es den Einrichtungen erschwert, die Träger dieser Institutionen von der Notwendigkeit ihrer Arbeit zu überzeugen.

Die Monostruktur einer Einrichtung bedingt auch, dass eine breite und mehrdimensionale Wirkung auf das lokale Umfeld kaum erzielt werden kann. Im Gegenteil, Infrastruktureinrichtungen dieser Art haben lediglich einen Einfluss auf einen bestimmten Teilbereich des sozialen Umfelds und sprechen häufig nur eine spezielle Klientel an. Dies heißt nicht, dass solche Einrichtungen zwangsläufig scheitern. Wir haben durchaus monostrukturelle Infrastruktureinrichtungen untersucht, die bereits seit mehreren Jahren existieren und die vermutlich auch weiterhin bestehen werden. Diesen Einrichtungen ist es jedoch gelungen, ihr Angebot auf die Bedürfnisse im lokalen Umfeld abzustimmen und sie sind zumeist gut in dieses Umfeld eingebettet (Typ 2). Dennoch sehen wir auch bei diesem Typus die Gefahr und haben dafür Beispiele gefunden, dass sie in ihrer Existenz bedroht sind, wenn es ihnen nicht gelingt, ihr Angebot zu erweitern oder weitere Zielgruppen anzusprechen.

Für die nachhaltige Wirkungsweise der Einrichtungen ist es wichtig, dass sie ihre Arbeit einer breiten Öffentlichkeit vermitteln können und Kooperationen mit anderen sozialen Akteuren initiieren. Erst durch die Einbettung in das soziale Gefüge wird es möglich, die (nicht nur finanzielle) Abhängigkeit von einer speziellen Förderung zu überwinden, das Interesse für die Arbeit der Einrichtungen zu wecken und Unterstützung von Seiten verschiedener Stellen zu erfahren (Typ 2 und Typ 4). Hinzu kommt, dass die Vernetzung mit lokalen Institutionen dazu führt, die eigenen Konzepte und Perspektiven zu überdenken sowie Anregungen aufzunehmen. Innovative Ideen können so leichter erarbeitet und umgesetzt werden.

Exkurs: Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist ein Begriff, der sich seit 1987 mit der Veröffentlichung des Berichts der von den Vereinten Nationen eingesetzten Kommission für Umwelt und Entwicklung – kurz: Brundtland-Bericht – zunehmend durchgesetzt hat. Spätestens seit der auf der UNCED Konferenz in Rio 1992 verabschiedeten Agenda 21 erfreut sich diese Idee wachsender Beliebtheit und findet mehr und mehr Eingang in die nationale und internationale Politik. So wurden etwa in den letzten Jahren in zahlreichen Kommunen Agenda 21 Prozesse in Gang gesetzt und auch in den Grundsatzpapieren der großen Parteien lassen sich Bekenntnisse zur Nachhaltigkeit in der einen oder anderen Form nachlesen

Auch wenn es in den Diskussionen häufig so erscheinen mag, ist Nachhaltige Entwicklung kein rein ökologisches Prinzip. Zentral für das Konzept ist vielmehr die Verknüpfung ökologischer, sozialer und ökonomischer Dimensionen. Problematisch ist jedoch, dass mit der Leitidee noch keine konkreten Handlungsanweisungen oder -konzepte erarbeitet wurden und dass zum Teil sehr unterschiedliche Interpretationen existieren. Bei allen Differenzen kristallisieren sich jedoch folgende Eckpunkte heraus (vgl. dazu Brand 1997; Busch-Lüty 1992; Huber 1995 und Stewen 1997):

Die *ökologische Dimension* Nachhaltiger Entwicklung beinhaltet insbesondere die Reduzierung der Umweltbelastung. Es geht um die Verringerung des Rohstoffverbrauchs, da der beständige und weitreichende Abbau von Ressourcen spätestens für künftige Generationen zur Verminderung von gleichen Lebenschancen führe. Damit eng verbunden sind Forderungen nach einer Verringerung des Energieverbrauchs und nach dem Schutz der biologischen Vielfalt.

Die *ökonomische Dimension* betrifft die Zielsetzung einer langfristig stabilen Wirtschaft, die in der Lage ist, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen ohne den bisherigen enormen Ressourcen- und Energieverbrauch fortzuführen. Demnach sind ökonomische Nachhaltigkeitsziele erstens die Sicherung der Grundlagen materieller Bedürfnisse. Zweitens der Erhalt und die Stabilität des marktwirtschaftlichen Systems und drittens die Abkehr von einer linearen Wachstumsideologie, nach der wirtschaftliches Wachstum mit der verstärkten Ausbeutung natürlicher Ressourcen verbunden ist.

Für die *soziale Dimension* der Nachhaltigkeit lässt sich festhalten, dass dabei die Vermeidung von Exklusion, sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Spaltung im Vordergrund steht. Die Teilhabe an der Gesellschaft und an (politischen) Entscheidungsprozessen soll für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen möglich sein.

2.2.3 Qualitative Arbeitsmarkteffekte sind nur möglich, wenn mit arbeitsgesellschaftlichen Institutionen kooperiert wird

Quantitative Effekte durch die lokalen Infrastruktureinrichtungen auf den regionalen Arbeitsmarkt sind eher gering. Sie entstehen, wenn es Menschen gelingt, sich in Infrastruktureinrichtungen selbst

Arbeitsplätze zu schaffen. Dies ist etwa dann der Fall, wenn in einer Freiwilligenagentur eine zusätzliche Stelle eingerichtet wird.

Es gibt allerdings Anlass zur Vermutung, dass qualitative Arbeitsmarkteffekte entstehen. Sie sind am ehesten wahrscheinlich, wenn mit arbeitsgesellschaftlichen Institutionen, wie Gewerkschaften, Kammern, Arbeitsverwaltung und Unternehmen, zusammen gearbeitet wird. Auch eine enge Zusammenarbeit mit Organisationen der kommunalen Beschäftigungspolitik oder anderen sozialwirtschaftlichen Betrieben (z.B. Genossenschaften) kann zu qualitativen Beschäftigungseffekten führen. Grundsätzlich kommen für solche Kooperationen die Typen 2 und 4 in Betracht, weil sie überhaupt eine Zusammenarbeit mit anderen Akteuren suchen.

Dabei gilt es jedoch zu betonen, dass den meisten InterviewpartnerInnen aus diesen Einrichtungen eine mögliche Wirkung auf den Arbeitsmarkt nicht bewusst war oder dass sie diese oft auch nicht beabsichtigten. Zwar gibt es eine diffuse Ahnung, dass solche Effekte erzielt werden könnten, konkrete Ideen oder gar Konzepte waren in den meisten Fällen jedoch nicht vorhanden. Lediglich einige Einrichtungen des Typus 2 und 4 suchten aktiv die Partnerschaft zu arbeitsgesellschaftlichen Institutionen wie etwa Unternehmen und die Arbeitsverwaltungen. Dies hat zur Folge, dass in diesen Fällen Informationen, Anregungen und Interessen von Außen aufgegriffen und umgesetzt werden. Vor allem beim Typus Gemeindehaus sind qualitative Effekte auf den lokalen Arbeitsmarkt beobachtbar. Zum einen können in diesen Einrichtungen ganz gezielt Qualifikationen erlernt und erhalten werden; beispielsweise durch die Nutzung von Computerräumen, Werkstätten und Internetstationen. Diese Effekte sind zum anderen in Form von Übergängen zwischen den Tätigkeiten der informellen und formellen Ökonomie zu erkennen, die durch die räumliche und zeitliche Nähe der verschiedenen Arbeitsformen in den Gemeindehäusern erleichtert werden. Mischungen der Arbeitsformen werden so gefördert und Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit möglich.

Ob diese Integrationsmöglichkeiten jedoch genutzt werden, ist nicht nur auf der Ebene der Einrichtungen zu beantworten. Sie bieten Gelegenheitsstrukturen für neue Integrationsformen. Sie schaffen Rahmenbedingungen, durch die der Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement und Eigenarbeit erleichtert wird. Ob und inwieweit diese Angebote jedoch genutzt werden, ist eine Frage, die sich nur bei Betrachtung individueller Motivlagen der NutzerInnen erschließt. Denn grundsätzlich gilt, dass Orte und Personen zusammenkommen und zusammenpassen müssen, damit sich neue Integrationsmuster ergeben.

3. Typologie der Nutzungsmotive

Die Frage, ob sich neue Integrationsmuster jenseits der Erwerbsarbeit in den letzten Jahren entwickelt haben, ist nicht allein durch eine Analyse der Institutionen zu beantworten. Vielmehr muss für diese Fragestellung die Handlungsebene der Nutzerinnen und Nutzer mit einbezogen werden.

Von zusätzlich entscheidender Bedeutung ist, mit welcher Motivation die Infrastruktureinrichtungen von Personen genutzt werden. Welche Beweggründe führen dazu, dass Menschen die Angebote der Infrastruktureinrichtungen in Anspruch nehmen und welche Ziele verfolgen sie dabei, sind die Fragen, die hier von Interesse sind. Wir haben Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtungen nach ihren Motiven befragt und aus diesen Interviews eine Typologie von Nutzungsmotivationen entwickelt, die im Folgenden dargestellt wird. Dabei möchten wir betonen, dass jeder dieser Typen in allen Infrastruktureinrichtungen anzutreffen war.

In einem ersten Schritt unterscheiden wir zwischen strategisch-instrumentellen und intrinsischen Grundeinstellungen. In einem zweiten Schritt ordnen wir dann spezielle Motivationstypen diesen strategisch-instrumentellen bzw. intrinsischen Grundeinstellungen zu. Auch für diese Typologie gilt, dass die einzelnen Typen nicht als trennscharfe empirische Unterscheidungskriterien zwischen einzelnen Personen gelten können.

Die von uns interviewten Nutzerinnen und Nutzer nannten zumeist mehrere Motive für ihr Tätigsein in den Infrastruktureinrichtungen. Für die Interviewpartner war in der Regel eine Vielzahl unterschiedlicher Aspekte von Bedeutung und sie waren aus mehreren Gründen zugleich aktiv. Kühnlein/Böhle (2002) sprechen dementsprechend auch von Motivbündeln. Damit wird verdeutlicht, dass nicht von einem herausragenden Motiv, sondern von einem *Bündel* von Erwartungen, Beweggründen und Motiven auszugehen ist. In den meisten Fällen steht jedoch ein handlungsleitendes Hauptmotiv im Vordergrund, auf das hier jeweils besonderes Augenmerk gelegt wird.

3.1 Ausschlaggebend für die Motivation ist die Grundeinstellung und Arbeitshaltung der Nutzerinnen und Nutzer

Wir unterscheiden strategisch-instrumentelle von intrinsischen Grundeinstellungen. Damit im Zusammenhang steht die Differenzierung zwischen extrinsischer und intrinsischer Arbeitshaltung der NutzerInnen. So geht die Arbeitsgruppe um Mutz in dem Teilprojekt B4 des Sonderforschungsbereich 536 davon aus, dass eine weitgehend eindeutige Differenzierung der individuellen Arbeitshaltung anhand dieser Trennlinie möglich ist (Mutz/Kühnlein 2001). Wir haben in unserer Analyse der Nutzungsmotivationen jedoch Abweichungen vorgefunden. Zielführend ist die gewählte Unterscheidung dennoch, weil sie die wichtigsten Aspekte der Motivationstypen verdeutlicht.

Strategisch-instrumentelle Grundeinstellungen stehen bei Menschen im Vordergrund, die in der arbeitssoziologischen Literatur als Personen mit einer extrinsischen (Erwerbs-)Arbeitshaltung charakterisiert werden (Hacket et al. 2002). Damit gemeint ist, dass die Erwerbsarbeit entweder als notwendiges Übel interpretiert wird oder als Mittel zum Zweck der Existenzsicherung. Ihre Lebensführung ist durch eine relativ eindeutige Grenzziehung zwischen Arbeit und Freizeit bestimmt. Das heißt, es gilt die starre Trennung zwischen Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten und zwischen Erwerbsarbeit in Abgrenzung zu Freizeit und Muße. Freiwillige, unbezahlte Tätigkeiten sind deshalb von nachrangiger Bedeutung, sofern sie nicht auch extrinsischen Motiven entspringen (soziale Anerkennung, geringe Entlohnung, Kostenersparnis) oder aus nicht hinterfragter Gewohnheit ausgeübt werden (vgl. Mutz/Kühnlein 2001). Den Typen mit strategisch-instrumentellen Grundeinstellungen haben wir den *Berufs-* und den *Entwicklungstypus* zugeordnet. Für beide gilt, dass hier der Wunsch nach einer gezielten Nutzung der Infrastruktureinrichtungen im Vordergrund steht. Bürgerengagement bzw. Eigenarbeit sind hier Mittel zum Zweck, um ein anvisiertes Ziel zu erreichen. Beweggrund zur Nutzung einer Infrastruktureinrichtung ist dann etwa, Qualifikationen während einer Phase der freiwilligen oder unfreiwilligen Erwerbslosigkeit zu erhalten, neue Kompetenzen zu erlernen oder eine berufliche Umorientierung zu ermöglichen. Charakteristisch ist dabei, dass diese Motive im direkten Zusammenhang mit der Erwerbsarbeit stehen. Bei Personen, deren Motivation für bürgerschaftliche und Eigenarbeit in dieser Form beschrieben werden kann, besteht deshalb eine klare Grenzziehung zwischen der Erwerbsarbeit und anderen Arbeitsformen, wobei Erstere Priorität hat. Die Infrastruktureinrichtungen werden entsprechend als Dienstleistungsanbieter verstanden. Ist das Ziel erreicht, dann gibt es auch keinen Anlass, die Einrichtung weiter zu nutzen.

Demgegenüber stehen Nutzungsmotive, die bei Menschen mit entsprechender intrinsischer Arbeitshaltung von zentraler Bedeutung sind. Ein wichtiges Moment bei Personen mit intrinsischer Arbeitshaltung ist das Bedürfnis nach Eigenständigkeit, persönlicher Entwicklung und Selbstbestimmung. Im Mittelpunkt steht der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben. Intrinsische Grundeinstellungen stehen bei den Menschen im Vordergrund, die ihr Leben aktiv gestalten und sich ihre Entscheidungen selbst zurechnen. Ihre Arbeitshaltung ist gekennzeichnet durch das Bedürfnis nach Eigenständigkeit, persönlicher Entwicklung und Selbstbestimmung. Wie das Teilprojekt B4 des Sonderforschungsbereichs 536 der Universität München in der schon erwähnten Studie herausgearbeitet hatte, gilt diese Arbeitshaltung sowohl für die Erwerbsarbeit als auch für bürgerschaftliche und Eigenarbeit (Mutz/Kühnlein 2001). So erfüllt die Erwerbsarbeit weit mehr

Zwecke als die finanzielle Absicherung, soziale Integration oder zeitliche Strukturierung des Alltags. Sie dient darüber hinaus der Sinnstiftung. Analog dazu werden auch Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement als sinnstiftend verstanden und der persönliche Nutzen, der aus diesen Tätigkeiten im Hinblick auf die eigene Lebensgestaltung gezogen wird, betont¹⁰. Intrinsisch motivierte Personen gestalten ihr Leben möglichst nicht nach den industriell vorgegebenen Differenzlinien (Arbeitszeit – Freizeit), sondern entsprechend ihren jeweils persönlichen Motiven. Zu beobachten sind verschiedene Übergänge zwischen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftlicher Arbeit. Menschen mit intrinsischer Arbeitshaltung verfolgen diesseits und jenseits der Erwerbsarbeit die gleichen Grundziele. Darin unterscheiden sie sich zwar nicht von Menschen mit extrinsischer Arbeitshaltung. Auch diese verfolgen mit den verschiedenen Arbeitsformen bestimmte Ziele; Menschen mit einer intrinsischen Arbeitshaltung setzen sich ihre Ziele selbst und gestalten ihren Alltag weniger fremdbestimmt. Für sie ist Arbeit ein wichtiger Teil einer sinnerfüllten Lebensgestaltung und hat einen *eigenen* Wert. Die herausragende Bedeutung von Selbstbestimmung bei einer intrinsischen Arbeitshaltung kann sogar dazu führen, dass Erwerbsarbeit in ihrer Wichtigkeit relativiert wird. Die – auch im Bereich der Erwerbsarbeit festgestellte – gesamtgesellschaftlich stärkere Bedeutung intrinsischer Arbeitsmotive führt damit keineswegs zu Unverbindlichkeit und egozentrischen Entscheidungen. Intrinsische Motive sind verknüpft mit hohem und anhaltendem Einsatz diesseits und jenseits der Erwerbsarbeit. Zu diesen Motivationstypen zählen wir den *Distanztypus*, den *sozial kommunikativen Typus* und den *Gestaltungstypus*.

3.2 Typen strategisch-instrumenteller Grundeinstellungen

3.2.1 Bei der beruflichen Nutzung geht es um den Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit

Wenn das zentrale Motiv für die Nutzung einer Infrastruktureinrichtung ist, dass bürgerschaftliches Engagement oder Eigenarbeit zur Verbesserung der Situation im Berufsleben beitragen sollen, haben wir dafür entsprechend den Begriff des Berufstypus gewählt. Diese Motivation ist bei Personen besonders ausgeprägt, deren Arbeitshaltung durch eine klare Trennung zwischen Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeitsformen bestimmt ist. Die Erwerbsarbeit bzw. der Beruf bietet finanzielle Absicherung, soziale Integration und eine zeitliche Strukturierung des Alltags. Der Beruf hat Priorität und freiwillige, unbezahlte Tätigkeiten werden nur dann durchgeführt, wenn und insofern sie für den (Wieder-) Einstieg in die Erwerbsarbeit genutzt werden können. Entsprechend ist dieses Motiv oft bei Personen zu finden, die erwerbslos sind oder sich am Ende der Familienphase befinden. Sie werden in den Bereichen bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit aktiv, um in Zeiten der Erwerbslosigkeit ihre vorhandenen Qualifikationen zu erhalten oder neue hinzuzugewinnen. Sie beabsichtigen beispielsweise eine Brücke in Richtung Berufstätigkeit zu bauen, die es ihnen erlaubt oder erleichtert, in ihre eigentliche Arbeit – den Beruf – zurückzukehren. Entsprechend werden Tätigkeiten gewählt, die eine bestimmte Nähe zum vorher ausgeübten oder gewünschten Beruf aufweisen. Des Weiteren erhoffen sich die Nutzerinnen und Nutzer durch ihre bürgerschaftliche und Eigenarbeit neue Kontakte aufzubauen, die für den Übergang bzw. Rückkehr ins Berufsleben bedeutsam sein könnten. Personen mit dieser Motivation ist es wichtig, die eigenen Kompetenzen mit in ihre Tätigkeiten einbringen zu können. Sie legen besonderen Wert auf ein professionelles Umfeld in den Einrichtungen, in denen sie tätig sind. Letztlich wird die Arbeit in einer Infrastruktureinrichtung jedoch nur für eine Übergangsphase genutzt. Wenn das Ziel – die Rückkehr in die Berufstätigkeit – erreicht ist, wird das Bürgerengagement oder die Eigenarbeit nicht fortgesetzt. Sie begründen dies dann zumeist mit Zeitmangel.

¹⁰ Der dafür häufig gewählte Oberbegriff Spaß ist allerdings wegen seiner hedonistischen Konnotation nicht angemessen.

Fallbeispiel 1: „Ich möchte auch wirklich vielleicht darüber den Einstieg in den Beruf finden“.

Frau B. ist Anfang 30, verheiratet und hat zwei kleine Kinder. Nach Ende ihres Erziehungsurlaubs ist sie arbeitslos. Sie hat einen geisteswissenschaftlichen Studienabschluss und würde gerne als Journalistin arbeiten. Eine Freundin riet ihr, die Freiwilligenagentur ihrer Stadt aufzusuchen und sich dort beraten zu lassen. Frau B. hatte eine sehr klare Vorstellung davon, was sie gerne im Bereich des Bürgerengagements machen wollte. Über den Ablauf der Vermittlung sagt sie:

„Ich fand das unheimlich gut und professionell organisiert /.../, war wirklich erstaunt. Ich hab gesagt, was ich machen will, was ich mir vorstellen kann. Das war auf der einen Seite journalistisch arbeiten, vielleicht auch so Lektoratsarbeit, vielleicht auch, weil das mit meinem Studium zusammenhängt, Öffentlichkeitsarbeit, und, am liebsten in Verbindung mit Fotografie. /.../ Dann hat die M. einen Ordner geholt. Da war so ne Übersicht drin und da waren dann gleich auch Adressen und so. Das sind eben so diese DIN A4-Bögen, wo Adresse, Telefonnummer, Ansprechpartner, dann noch was genau erwartet wird <aufgelistet ist>.“

Aus dieser Liste hat sich Frau B. zwei Projekte heraus gesucht. Sie ist in diesen Projekten sehr aktiv und arbeitet bis zu 15 Std. in der Woche für eine Obdachlosenzeitung und für eine selbstorganisierte Frauenzeitschrift. An beiden Projekten gefällt ihr besonders die professionelle Einstellung der dort Tätigen. Besonders im Hinblick auf die Obdachlosenzeitung betont sie, dass es dort hauptamtliche Mitarbeiter gibt, die sie beraten und ihr Tipps geben. Ihre Tätigkeit bei den Zeitungen beschreibt Frau B. „als ganz klar journalistisches Arbeiten“. Wichtig sind ihr ein regelmäßiges Feedback von den Hauptamtlichen, Erfolgserlebnisse durch die Veröffentlichung ihrer Artikel, dass sie selbstständig arbeiten und Erfahrungen für den Berufseinstieg sammeln kann.

„Ich muss es <ein vorgegebenes Thema> umsetzen, ganz alleine, und bin dann wirklich auf mich allein gestellt. Und das, das lern ich dabei. Was noch dazu kommt, ich sammle Arbeitsproben. Ich hab ja ansonsten überhaupt nichts, was ich so vorweisen könnte.“

Den Kontakt zu den anderen Freiwilligen und Hauptamtlichen in den Projekten bezeichnet sie als „geschäftsmäßiges Miteinander“. Sollte ihr der Einstieg in die Erwerbsarbeit gelingen, so kann Frau B. sich zwar vorstellen, sich weiterhin bürgerschaftlich zu engagieren. Sie befürchtet jedoch, dass ihr dann langfristig nicht mehr genug Zeit für ein solches Engagement bliebe.

Fallbeispiel 2: „Arbeit war immer das A und O für mich.“

Frau J. ist Mitte 40 und Mutter eines erwachsenen Sohnes. Sie hat sich vor einigen Jahren von einer Freiwilligenagentur vermitteln lassen. Zu ihrer damaligen Motivation sagt sie:

„Ich wusste nicht, wann ich wieder Arbeit bekomme, und da hab ich gedacht, ich bring mich ehrenamtlich irgendwo ein.“

Frau J. betont wie wichtig es für sie war, nicht in irgendeine Stelle vermittelt zu werden. Sie wollte in einem Bereich arbeiten, in dem sie ihre beruflichen Kompetenzen als Fremdsprachensekretärin einbringen konnte. Letztlich arbeitet sie bürgerschaftlich für ein Jugendprojekt und übernimmt dort die Verwaltungsaufgaben. Nach einigen Monaten wird ihr in dem Projekt eine ABM-Stelle angeboten, die sie begeistert annimmt und in der sie seit einem Jahr tätig ist.

Zwar betont Frau J., dass dieses Stellenangebot ein Zufall war und dass ihre ursprüngliche Motivation nicht gewesen sei, auf diesem Wege eine Erwerbsarbeit zu finden. Durch die jetzt gemachte Erfahrung kann sie

sich aber gut vorstellen, bürgerschaftliches Engagement als Überbrückung eventueller Arbeitslosigkeit zu nutzen.

„Das war ein Glücksfall <das Stellenangebot>. Das war mein Weg, um die ganze Arbeitslosigkeit zu verkraften und ich würde das immer wieder machen.“

3.2.2 Ein Beweggrund für Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement ist der Wunsch nach individueller Weiterentwicklung

Personen, die neue Perspektiven für sich zu entdecken und auszuprobieren wollen, verstehen bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit als Entwicklungschance. Vorrangiges Motiv für die Nutzung einer Infrastruktureinrichtung ist es, etwas dazu zu lernen, neue Erfahrungen zu machen und neue Eindrücke zu bekommen. Entsprechend bezeichnen wir diesen Motivationstypus als Entwicklungstypus. Charakteristisch ist dabei, dass bürgerschaftliche und Eigenarbeit für die Qualifizierung bzw. den Erwerb von Fertigkeiten genutzt werden sollen. Dabei geht es jedoch nicht wie beim Berufstypus um die Überbrückung von Phasen der Erwerbslosigkeit und um die Anschlussfähigkeit des Engagements bzw. der Eigenarbeit an den erlernten Beruf. Zentral ist vielmehr der Wunsch nach einer Neu- oder Umorientierung. Der entscheidende Unterschied zum Berufstypus ist also der Wunsch nach einer *Veränderung* im Erwerbsleben. Die Arbeit in den Einrichtungen ist manchmal mit dem Ziel verbunden, dass diese in eine *andere* Erwerbstätigkeit als der bisherigen mündet. Wir finden diesen Motivationstypus sowohl bei Erwerbstätigen, Erwerbslosen sowie seltener RenterInnen. Letztere verbinden mit ihrer Tätigkeit natürlich nicht den Wunsch, eine neue Erwerbsarbeit für sich zu finden; sie wollen vielmehr Fertigkeiten erlernen und ausprobieren.

Charakteristisch bei diesem Typus ist, dass die aktuelle oder vorangegangene berufliche Situation bei vielen Personen durch eine starke Unzufriedenheit gekennzeichnet ist. Bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit werden dann als Chance begriffen, Neues zu lernen und Anregungen zu bekommen. Diese neuen Erfahrungen mit und in einem anderen Tätigkeitsfeld können auch zu der Entscheidung führen, einen neuen Beruf zu ergreifen und beispielsweise ein Handwerk zu erlernen oder professionell im sozialen Bereich zu arbeiten. Entsprechend sind für die Personen, bei denen dieser Motivationstypus im Vordergrund steht, im Bereich der Eigenarbeit die professionelle Ausstattung von Werkstätten und die fundierte Qualifikation der Fachberater von herausragender Bedeutung. Für den Bereich des Bürgerengagements gilt, dass diese Personen in Tätigkeiten aktiv werden, die eine Nähe zu professioneller und Erwerbs-Arbeit aufweisen. Bei den Kontakten zu anderen Nutzerinnen und Nutzern steht das Lernen im Vordergrund: Die Möglichkeit, von den anderen und mit den anderen gemeinsam zu lernen, wird besonders betont.

Fallbeispiel 1: „Ich wollte nicht mehr den normalen Weg gehen, weil ich gemerkt habe, im Beruf wird man irgendwann zum Fachidioten“.

Frau K. ist Mitte 40, geschieden und ohne Kinder. Zum Zeitpunkt des Interviews ist sie arbeitslos. Frau K. hat 23 Jahre in der Chemieindustrie gearbeitet. Als sie arbeitslos wurde, hat sie zunächst in Erwägung gezogen, sich beim Roten Kreuz zu engagieren. Da man ihr dort jedoch nur eine Verwaltungsaufgabe anbieten konnte und sie eine solche Tätigkeit bereits einige Jahre als Engagierte in einer Gewerkschaft ausübte, hatte sie daran kein Interesse. Sie betont, dass sie etwas Neues gesucht habe, ein Engagement, dass nichts mit ihrem früheren Beruf gemeinsam hätte und in dem sie noch etwas lernen könnte. Dabei ist es ihr wichtig, dass sie viele verschiedene Projekte kennen lernen kann. Mit dieser Motivation hat sie die lokale Freiwilligenagentur aufgesucht, die sie auch in regelmäßigen Abständen in unterschiedliche Engagementfelder vermittelt hat.

„Und dann bin ich da überall hin. Ich hab immer so Anschubhilfe <für die Projekte> geleistet. Ich wollte gucken, was gefällt dir so. Ich wollte also nicht in irgendeine Arbeit ein, zwei, drei Jahre, dass ich wieder zur Fachidiotin werde, sondern sobald ich da was draus gelernt hatte für mich, bin ich wieder in ein anderes Projekt gegangen.“

Erst durch diese Erfahrungen im Bürgerengagement, so betont sie, hätte sie eine wichtige Entscheidung in Bezug auf ihre Erwerbstätigkeit treffen können. Sie möchte keiner Vollzeitbeschäftigung mehr nachgehen. Stattdessen plant sie, nach einer Teilzeitarbeit zu suchen, damit ihr noch genügend Zeit für sich selbst oder wie es Frau K. ausdrückt, „für's Lernen“, bleibt. Sie möchte noch viele neue Erfahrungen machen und glaubt, dass ihr dies in den Feldern des Bürgerengagements möglich ist.

Fallbeispiel 2: „Ich hatte schon immer den Wunsch, das mal auszuprobieren“

Frau U. ist 65 Jahre alt, Rentnerin und war in der DDR Kindergärtnerin. Sie besucht seit 3 Jahren mindestens einmal pro Woche die Töpferwerkstatt einer Infrastruktureinrichtung. Frau U. möchte in der Einrichtung vor allem ausprobieren, „ob es mit der Töpferei klappt, ob ich das überhaupt kann“. Dabei betont sie, dass sie schon immer den Wunsch gehabt habe, etwas Handwerkliches zu machen. Dass sie diesen Wunsch in ihrem Berufsleben jedoch nicht verwirklichen konnte.

„Na ja, früher <zu Zeiten der DDR> da konnte man ja nicht einfach so wechseln. Ich bin immer schon in so Laienzirkel gegangen, so von den Betrieben. Da konnte man Kunsthandwerk machen. Ich hätte mir auch gut vorstellen können, dass so richtig <als Erwerbsarbeit> zu machen, aber das ging ja nicht.“

Den Kontakt zu den anderen Frauen im Kurs beschreibt sie zwar als sehr angenehm, aber am meisten profitiert sie von der Anleitung durch die zwei Werkstattleiterinnen.

„Die bringen einem richtig was bei. Was die einem alles zeigen können, das ist schon toll. Man muss den Beruf ja richtig erlernen und das merkt man auch. Also da gibt es keine Probleme. Da besteht eine gegenseitige Achtung.“

Da zum Zeitpunkt des Interviews nicht sicher ist, wie die Finanzierung der Einrichtung mittelfristig gesichert werden kann, befürchtet Frau U., dass die Töpferwerkstatt bald geschlossen wird. Dies würde sie zwar sehr bedauern, jedoch betont sie, dass sie in diesem Fall Zuhause weiter töpfern würde, da sie endlich etwas gefunden habe, das sie wirklich erfüllt.

3.3 Typen intrinsischer Grundeinstellungen

3.3.1 Die Eigensinnigkeit von Eigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement ist für den Distanztypus von Bedeutung

Wenn für die Nutzung von lokalen Infrastruktureinrichtungen das Motiv der Abgrenzung zur Erwerbsarbeit im Vordergrund steht, bezeichnen wir diesen Typus als *Distanztypus*. Dabei bezieht sich der Begriff der Distanz auf einen Abstand zur Erwerbsarbeit. Für Menschen, deren Motivation für die Nutzung einer Infrastruktureinrichtung in dieser Weise beschrieben werden kann, ist es charakteristisch, dass sie in den Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements und der Eigenarbeit (soziale) Erfahrungen machen wollen, die sie in der Erwerbsarbeit nicht finden. Entsprechend sind diese Personen häufig mit der beruflichen Situation unzufrieden oder haben zumindest einen Abstand dazu. Sie betonen insbesondere die Freiwilligkeit von bürgerschaftlichem Engagement und Eigenarbeit.

Die Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit werden zum eigentlichen Beruf bzw. zur Unterstützung des Aufspürens der eigentlichen „Berufung“. Bürgerengagement und Eigenarbeit werden als eigensinnige Welt verstanden, die von der Welt der Erwerbsarbeit deutlich getrennt und beispielsweise als Ausgleich zum Beruf gesehen wird. Die im Engagement gewonnenen Erfahrungen finden daher keine unmittelbaren Anknüpfungspunkte im Beruf. Unsere Vermutung ist, dass sich entweder schon bald ein Berufswechsel vollziehen wird, da Kompetenzen und Motivationen brach liegen. Eine andere Möglichkeit ist, dass das Engagement als „eigentlicher Beruf“ ohne Bezug zur Erwerbsarbeit parallel weiter besteht, da sich keine Möglichkeiten der Verknüpfung mit einer neuen Erwerbstätigkeit finden. Erwerbsarbeit hat dann lediglich die Funktion, die Existenz zu sichern und wird, wenn möglich, zu Gunsten der Tätigkeiten im informellen Sektor reduziert.

Bei diesem Motivationstypus zeigt sich, dass die Trennung zwischen strategisch-instrumentellen und intrinsischen Grundeinstellungen bzw. die Unterscheidung von extrinsischer und intrinsischer Arbeitshaltung nicht so eindeutig ist, wie von der Arbeitsgruppe um Mutz behauptet. Einige Personen, deren Beweggründe für Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement diesem Typus entsprechen, erleben ihre Erwerbstätigkeit als fremdbestimmte Arbeit und als notwendiges Übel. Im Gegensatz zu Personen mit einer eindeutig extrinsischen Arbeitshaltung werden jedoch die Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit nicht als Instrument verstanden, um die Situation im Erwerbsleben zu verbessern. Vielmehr wird der Eigenwert dieser Tätigkeiten betont, ohne dass ein Bezug zum Beruf hergestellt wird.

Fallbeispiel 1: „Diese Liebe, die dir da entgegen kommt, da lohnt es sich wieder da hinzugehen“.

Herr L. ist Ende 30, ledig, ohne Kinder und engagiert sich sehr aktiv für den Aufbau eines Kinder- und Jugendbauernhofes. Von Beruf ist er „nebenbei“ Schwimmlehrer, übt diese Tätigkeit jedoch nur an drei bis vier Tagen in der Woche aus. Sein Engagement ist ihm sehr wichtig und er betont dabei besonders, dass er dort sehr viel mehr Anerkennung bekäme, als in seiner Erwerbstätigkeit.

„Das Wichtigste ist, dass du nicht unter Zwang stehst, du musst jetzt das machen und dies schaffen. Ich geh da nicht hin, weil ich muss, sondern weil es mir Spaß macht, weil ich da einen Sinn sehe.“

Diesen Sinn sieht er vor allem darin, dass er durch seine Arbeit auf dem Bauernhof, der zur Zeit des Interviews gerade renoviert wird, jeden Tag sehen kann, „dass da was entsteht“. Des Weiteren ist für ihn die Sinnhaftigkeit seines Engagements dadurch gegeben, dass er für Kinder und Jugendliche, „die ja sonst nirgendwo hin können“, mithilft, eine Anlaufstelle zu schaffen. Das Engagement ist ihm so wichtig, dass er dafür das Angebot seines Arbeitgebers ablehnte, an mehreren Tagen in der Woche als Schwimmlehrer tätig zu sein. Er sagt dazu:

„Einnahmen hin, Einnahmen her, Geld ist nicht alles. Ist schön und es beruhigt, aber solange ich noch Essen und Trinken habe. Ich muss dafür <sein Engagement> noch keinen Sparvertrag auflösen.“

Während des Interviews wird deutlich, dass Herr L. nicht gerne über seine Erwerbstätigkeit spricht. Während er bei der Beschreibung seines Engagements kaum zu bremsen ist, bleibt er bei Nachfragen zu seinem Beruf wortkarg. Die Erwerbsarbeit scheint ihm ein notwendiges Übel, das nicht weiter der Rede wert ist. Entsprechend geht er auch nicht davon aus, dass er durch die bürgerschaftliche Arbeit etwas lernt, dass ihm in seinem Berufsleben nützlich sein könnte.

„Ich denke mir, das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Die <Kollegen> haben ja keine Vorstellung, was ich da mache. Die wissen alle, der turnt da jetzt auf'm Bauernhof rum. Die denken da ich lauf'ner Kuh hinterher oder weiß der Teufel was.“

Seine Haltung zu seinem Beruf ist durch eine enorme Distanz geprägt. Auch soziale Kontakte pflegt er verstärkt zu anderen Engagierten, nicht aber zu seinen Berufskollegen. Entsprechend sind Integration und Partizipation bei Herrn L. vor allem mit dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements verbunden. Zwischen

diesem Bereich und der Erwerbsarbeit macht er eine klare Trennung, die Erwerbsarbeit dient ihm lediglich zur Existenzsicherung.

Fallbeispiel 2: „Als ich angefangen habe, mit den Händen etwas zu tun und etwas zu entwerfen, das hat mit gut getan.“

Frau W. ist Ende 30. Sie lebt als alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern im Vorschulalter. Sie hat einen Verwaltungsberuf gelernt, war aber mit ihrer Tätigkeit im Büro wegen deren Eintönigkeit und dem zu geringen Entscheidungsspielraum sehr unzufrieden. Angeregt durch eigene Ideen und nach einem Werkstattkurs in einer Einrichtung, die Eigenarbeit fördert, wurde sie ermutigt, die neuen Fertigkeiten zur Herstellung von Kunsthandwerk auch beruflich zu nutzen. Sie reduzierte ihre Bürotätigkeit und lebt inzwischen ganz als Selbständige vom Verkauf ihrer Waren.

Das Entscheidende für Frau W. ist nicht die Differenz zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit – sie hat ja beides in eins gebracht. Wichtig ist ihr zum einen der größere und selbstbestimmte Handlungsspielraum als Selbständige, der ihr die Bewältigung ihrer aktuellen Lebenssituation erleichtert. Zum anderen ist für sie die Differenz zwischen Büroarbeit und handwerklicher Arbeit von Bedeutung: Letztere verschafft ihr nicht nur eine größere Zufriedenheit, sondern hat auch positive gesundheitliche Folgen. Ihre Kopfschmerzen, die sie in den letzten Jahren ihrer Bürotätigkeit hatte, sind mit der handwerklichen Betätigung verschwunden. Diese Veränderung hatte, wie sie erzählt, einen großen und entscheidenden Einfluss auf ihre weitere Lebensgestaltung:

„Mir ging es mit der Zeit viel besser. Und die Krankheit ist fast von selbst weggegangen. Und dann habe ich mich auch getraut, mich selbständig zu machen und auch Kinder zu haben.“

Das Wissen zu ihrer neuen Tätigkeit und auch die (aus ihrer Sicht durchaus entscheidende) Ermutigung und das erforderliche Selbstvertrauen hat sie vom Fachberater einer der Werkstätten bekommen. Wegen der beiden kleinen Kinder, die sie zu Hause betreut, stellt sie mittlerweile ihre Gegenstände möglichst weitgehend dort her.

3.3.2 Sozial-kommunikative Motive und die Infrastruktureinrichtung als soziale Begegnungsorte

Andere Menschen treffen, neue Kontakte knüpfen und sich austauschen, sind bei einigen InterviewpartnerInnen die zentralen Beweggründe für die Nutzung von lokalen Infrastruktureinrichtungen. Wenn diese Motive überwiegen, wird die Einrichtung vor allem als soziale Begegnungsorte gesehen. Entscheidend ist dabei, dass das Angebot der Einrichtungen für sehr unterschiedliche kommunikative Bedürfnisse offen ist: Es sollte die stille Teilhabe an einer Gemeinschaft ebenso wie das intensive persönliche Gespräch, aber auch die gemeinschaftliche Arbeit ohne Worte ermöglichen. Es ist der Kontakt zu anderen Menschen, der im Mittelpunkt des Interesses steht und entsprechend werden Tätigkeiten gewählt, die diesen Kontakt ermöglichen. Vielen NutzerInnen ist es wichtig, sich in der Eigenarbeit oder dem bürgerschaftlichen Engagement, mit Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts unabhängig von Status, Herkunft oder der aktuellen Lebenssituation treffen zu können. Häufig sind die Personen dieses Typus Alleinlebende oder RentnerInnen. Sind die Personen erwerbstätig, wird die Eigenarbeit oder das Engagement zumeist als Ergänzung zu einem Beruf erlebt, in dem sie kaum soziale Kontakte aufbauen können. Dies kann etwa dann der Fall sein, wenn es sich bei der Erwerbsarbeit um eine Tätigkeit handelt, bei der es keinen Kundenkontakt gibt und auch Kontaktmöglichkeiten zu den Kollegen und Kolleginnen nur eingeschränkt vorhanden sind.

Fallbeispiel 1: „Ich hab mir gedacht, ich muss selbst was tun, wenn ich nicht allein sein will.“

Frau G. ist 63 Jahre, Rentnerin und verheiratet. Sie hat sich über eine Freiwilligenagentur in zwei unterschiedliche Projekte vermitteln lassen. Daneben nimmt Frau G. an einem Seniorenstudium teil. An beiden Projekten schätzt sie besonders, dass sie dort Kontakte zu unterschiedlichen Menschen bekommen kann.

„Ich finde das schön, wenn ich mit vielen Leuten zusammenkomme, vor allem dass ich noch mit den Jugendlichen im Dritte-Welt-Projekt zusammenarbeite, ist schon toll.“

Die eigentliche Arbeit in den Projekten, die in beiden Fällen eine Verwaltungstätigkeit ist, hat für sie eine geringere Bedeutung. Vielmehr betont sie, dass sie diese Arbeiten „fast nebenbei“ erledigt, schließlich habe sie ihr ganzes Leben als Verwaltungsangestellte gearbeitet. Sie beschreibt, dass sie zwar in einem Projekt im Büro arbeite, dessen Türen aber immer offen stünden. Dies erleichtere die Gespräche mit anderen, weil ständig jemand herein käme und den Kontakt zu ihr suche. Des Weiteren würde sie häufig von Raum zu Raum schlendern, um mit den anderen zu reden und sich auszutauschen. Besonders schätzt sie die Tätigkeit in dem zweiten Projekt. Hier organisiert sie, neben ihren Verwaltungsaufgaben, den Verkauf von Produkten in einem Eine-Welt-Laden. Sie betont, dass die direkten Kontakte mit jungen Menschen, die sich ebenfalls in diesem Projekt engagieren und die Gespräche, die sich mit den KundInnen ergeben, für sie besonders wichtig seien. Für Frau G. ist ihr Engagement eine zentrale Möglichkeit, „um neue Leute zu treffen und andere Meinungen zu hören. Nur zu Hause sitzen, das reicht mir nicht. Da kriegt man ja keine Anregungen mehr“.

Fallbeispiel 2: „Für mich ist das ein Weg aus der Isolation“

Frau O. ist Anfang 30, ledig und aufgrund einer psychischen Erkrankung erwerbsunfähig. Seit zwei Jahren engagiert sie sich in verschiedenen sozialen Projekten und lässt sich immer wieder von einer Freiwilligenagentur in neue Einrichtungen vermitteln. Für Frau O. ist ihr Engagement „Hilfe zur Selbsthilfe“.

„Als ich 1998 erkrankte und nicht mehr Arbeiten konnte, da bin ich ja nicht mehr vor die Tür gegangen und da hat meine Mutter gesagt, Mensch Du musst mal raus, du musst unter Menschen. Das war wirklich ganz schlimm. Ich hatte gar keine sozialen Kontakte mehr, habe nur noch so mit fünf Menschen Kontakt gehabt. Dann bin ich eben, weil meine Mutter mir das erzählt hat, zur Freiwilligenagentur gegangen. Ich habe die einfach gefragt, ob es nicht was zu tun gibt. Was war mit relativ egal. Hauptsache nicht mehr nur Zuhause sitzen.“

Zu Anfang ihres Engagements hatte Frau O. lediglich zwei Stunden pro Woche in einem sozialen Projekt gearbeitet. Dabei legte sie viel Wert darauf, dass die Arbeit nicht zu belastend war und sie sich langsam eingewöhnen konnte. Zum Zeitpunkt des Interviews ist Frau O. bis zu zehn Stunden pro Woche in einer anderen Einrichtung tätig und betont, dass sie jetzt endlich wieder „ein fast normales Leben“ führt. Dabei habe es ihr sehr geholfen zu merken, dass sie auch „was schaffen“ könne. Der Wunsch, mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen und zu bleiben, ist jedoch weiterhin das Hauptmotiv für ihr Engagement. Sie will dadurch vermeiden, wieder isoliert zu sein und genießt es, „mit den Kollegen und denen, die mal so dahin kommen, zu quatschen und was mitzukriegen von der Welt“.

3.3.3 Der Gestaltungstypus will im sozialen Umfeld aktiv sein

Das Bedürfnis, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten, eigene kreative Potenziale zu entdecken und/oder zu erweitern sowie das soziale Umfeld mit zu gestalten, sind die zentralen Motive einiger der von uns interviewten NutzerInnen. Voraussetzung dazu ist die eigene Aktivität ("selbst etwas tun") sowie die Loslösung von einer festen Zielbestimmung und von zwingenden Nützlichkeitskriterien. Wenn sie im Bereich der Eigenarbeit tätig sind, geht es nur sekundär um die Herstellung von Gebrauchsgegenständen.

Die Nützlichkeit des geschaffenen Gegenstandes kann im Einzelfall dessen Wertigkeit erhöhen, ist aber nicht von zentraler Bedeutung. Das Ergebnis der Arbeit ist der konkrete Gegenstand und gleichzeitig das innere Wachstum. Bei der Motivation für bürgerschaftliches Engagement überwiegt ein langfristig orientiertes „Gestalten-Wollen“ in einem Bereich, der den Engagierten besonders wichtig ist. Dabei geht es auf der einen Seite darum, sich für die Verbesserung oder Veränderung in einem bestimmten sozialen Bereich einzusetzen und so Einfluss auf das soziale Umfeld zu nehmen. Auf der anderen Seite wird die innere Befriedigung durch das Engagement betont. Häufig wird dies mit der Formulierung, das Engagement würde Spaß machen, ausgedrückt.

Bei den befragten Personen, die sich in ihrem Beruf wohlfühlten, stand das Engagement in einem komplementären Zusammenhang zur beruflichen Tätigkeit. Der wichtigste Unterschied ist die Freiwilligkeit, die eine Weiterentwicklung der Gestaltungsmöglichkeiten und der eigenen Fähigkeiten ohne Druck ermöglicht. Charakteristisch für diese Personen ist oftmals ein langfristiges Engagement mit Übernahme von Verantwortung z.B. durch Ausübung eines Ehrenamtes (Vorstand etc.). Ebenfalls charakteristisch ist die hohe Zeitbelastung im Engagementbereich, die nicht selten dazu führt, dass das „Privatleben“ eingeschränkt wird. Zumeist haben diese Personen die frühe Familienphase entweder hinter sich, leben allein oder haben beruflich ebenfalls stark eingebundene Partner.

Fallbeispiel 1: „Wenn ich was freiwillig mach, dann bin ich, wie ich bin, und mach, wie ich will“

Frau N. ist Ende 30, verheiratet und hat drei schulpflichtige Kinder. Sie engagiert sich sehr aktiv im Mütterzentrum einer süddeutschen Kleinstadt. Ihr Ehemann, der selbstständig ist, engagiert sich ebenfalls in verschiedenen gemeinnützigen Einrichtungen. Frau N. ist halbtags als Sozialpädagogin in einer Behindertenwerkstatt tätig und macht zum Zeitpunkt des Interviews noch eine Zusatzausbildung. Den zeitlichen Aufwand, den sie für ihre Arbeit im Mütterzentrum verwendet, gibt sie mit 10 Stunden im Monat an. Allerdings schränkt sie ein:

„Also, dass ich wirklich was tu sind vielleicht 10 Stunden im Monat. Und dass ich da bin und mich mit irgendwem treffe, das ist öfter.“

Auf die Frage, was sie denn im Mütterzentrum mache, sagt sie:

„Ich hab da ein Jahr Vorstand gemacht. Mache ich jetzt aber nicht mehr, weil ich es zeitlich nicht mehr geschafft habe. Jetzt mach ich da alle möglichen Kurse mit, sitz in der Gruppe, die das Programm macht /.../ und organisier da Kurse und halt teilweise Kurse.“

Ihr Engagement hält Frau N. für etwas Selbstverständliches. Sie sei schon immer aktiv gewesen und jetzt sei es halt das Mütterzentrum, weil sie selbst Kinder habe. Für Frau N. ist es jedoch wichtig, dass sie in ihrem Engagement selber etwas machen und dadurch etwas lernen kann.

„<Im Engagement> da kannst halt einfach machen und ausprobieren. Ich glaub ja nicht daran, dass Leute was machen, nur um den Anderen was Gutes zu tun. Also man zieht auch immer irgendwas raus, sonst tät man's ja nicht machen.“

In diesem Sinne empfindet Frau N. ihre bürgerschaftliche Arbeit auch als Ausgleich und Ergänzung zu ihrem Beruf. Sie könne dort zum einen sehr viel lernen und zum anderen sehr viel spontaner sein, da man ihr nicht vorschreiben würde, wie sie ihre Arbeit zu verrichten habe.

„Wenn mich einer für Arbeit bezahlt, dann erwartet er von mir ne bestimmte Form von Arbeit, ne bestimmte Einstellung, ne bestimmte Art und was weiß ich. Wenn ich das freiwillig mach, ist das nicht so.“

Dennoch definiert Frau N. ihre Tätigkeit im Mütterzentrum deutlich als Arbeit. Denn für sie ist Arbeit, „alles, was nicht nur mir was bringt, sondern anderen auch noch“.

3.4 Zusammenfassung der Ergebnisse der Motivationstypologie

3.4.1 Bei Typen *strategisch-instrumenteller Grundeinstellungen* ist die *Brückenfunktion von bürgerschaftlicher Arbeit von Bedeutung*

Personen mit strategisch-instrumentellen Motiven nutzen Infrastruktureinrichtungen, um individuelle Übergänge in die Erwerbsarbeit zu ermöglichen und/oder zu erleichtern. Dies gilt insbesondere für den Berufstypus. Dabei ist die Erwerbsarbeit bzw. der Beruf der zentrale Bezugspunkt des Tätigseins. In ähnlicher Weise trifft dies auch auf den Entwicklungstypus zu. Auch hier steht die Erwerbsarbeit im Mittelpunkt der Lebensgestaltung und andere Arbeitsformen werden lediglich dann aufgenommen, wenn sie der Um- bzw. Neuorientierung im Erwerbsarbeitsleben dienen können. Tätigkeiten in den Bereichen Eigenarbeit und vor allem im bürgerschaftlichen Engagement werden zielgerichtet als Brücke in den (neuen) Beruf eingesetzt. Entsprechend entwickeln sich bei Personen, bei denen diese Motive überwiegen, auch keine Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit. Vielmehr zeichnen sich diese Personen durch eine starke Erwerbsorientierung und eine starke Erwerbszentrierung aus. Arbeit in Form von Erwerbsarbeit hat Priorität in den Lebensentwürfen dieser Menschen. Tätigkeiten jenseits dieser Arbeitsform werden nicht als Ergänzung verstanden, sondern lediglich als Möglichkeit, Phasen der Arbeitslosigkeit und der Unzufriedenheit zu überbrücken.

Dabei ist zu betonen, dass wir hierbei durchaus Potenziale für quantitative Arbeitsmarkteffekte entdecken können, wenn es den Menschen gelingt, durch Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Wir sind jedoch skeptisch, ob diese Effekte zu einer Entlastung auf dem regionalen Arbeitsmarkt führen. Hinsichtlich qualitativer Arbeitsmarkteffekte können wir konstatieren, dass diese durchaus wahrscheinlich sind. Dafür bedarf es jedoch neben der vorhandenen Motivation, gezielt Fähigkeiten und Qualifikationen zu erlernen und zu erhalten, lokaler Infrastruktureinrichtungen, die diese Möglichkeit bieten; beispielsweise indem sie Computerräume, Werkstätten und entsprechende lernintensive Felder des Bürgerengagements bereitstellen.

3.4.2 Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit sind nur bei Personen mit *intrinsischen Grundeinstellungen* möglich

Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit können sich nur dann entwickeln, wenn Menschen eine geringere Erwerbszentrierung, aber durchaus hohe Erwerbsorientierung haben und Tätigkeiten wie Bürgerengagement und Eigenarbeit in den Lebensentwürfen nicht nur eine größere Bedeutung, sondern darüber hinaus einen eigenen Sinn haben. Dies ist definitionsgemäß jedoch nur bei Personen mit einer intrinsischen Arbeitshaltung zu beobachten. Die Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit werden von ihnen nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung verstanden. Dabei kann das Motiv für bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit vorrangig entweder die Ergänzung zu einem unbefriedigenden Beruf (Distanztyp), die Möglichkeit zum Aufbau von sozialen Kontakten (sozial-kommunikativer Typ) oder die Chance, das soziale Umfeld aktiv zu gestalten (Gestaltungstyp), sein. Grundsätzlich gilt, dass die unterschiedlichen Arbeitsformen mit Einschränkung (Distanztypus) von den Personen als gleichwertig, jedoch nicht als gleichartig verstanden werden. Sie werden in dem Sinne von gleicher Wertigkeit wahrgenommen, als dass es sich um

Aktivitätsfelder handelt, in denen eigene Vorstellungen in eigener Regie selbstbestimmt verwirklicht werden können. Sie sind jedoch nicht gleichartig, weil sie sich durch einen unterschiedlichen – subjektiv empfundenen – Verpflichtungsgrad auszeichnen. So betonten die von uns interviewten Personen mit einer intrinsischen Arbeitshaltung den freiwilligen Charakter von bürgerschaftlicher Arbeit und Eigenarbeit. Ausschlaggebend bei der Frage nach neuen Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit ist jedoch die erlebte Gleichwertigkeit der Arbeitsformen. Diese ermöglicht erst, dass Eigenarbeit und Bürgerengagement dauerhaft zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft genutzt werden.

4. Synthese der Ergebnisse der Institutionen- und der Motivationsanalyse

4.1 Die Entwicklung neuer Integrationsmuster ist abhängig von der institutionell-motivationalen Passung

Ausschlaggebend für die Beantwortung der Frage, ob sich durch die lokalen Infrastruktureinrichtungen neue Integrationsformen entwickeln, ist die von uns so bezeichnete institutionell-motivationale Passung. Wir entlehnen diesen Begriff den Überlegungen zur biografischen Passung (Jakob 1993 und 2001; Olk 1990). Demnach müssen in einer bestimmten Lebensphase Motiv, Anlass und Gelegenheit zum Engagement in einer günstigen Weise zusammentreffen, damit Menschen bürgerschaftlich aktiv werden. Hier in unserem Kontext übertragen bedeutet dies, dass Personen dann eine lokale Infrastruktureinrichtung nutzen, wenn sie sich in einer Lebensphase befinden, in der ihre Wünsche und Motive mit den Angeboten der Einrichtung übereinstimmen. Dies kann sich in einer anderen Lebensphase und einer anderen Lebenssituation wieder ändern.

Die theoretische Interpretation der Zugangsweise der biografischen Passung zeigt, dass hier insbesondere die individuellen Bedingungen für die Aufnahme eines Engagements betont werden. Die Voraussetzungen dafür, dass sich Menschen engagieren, werden im Kern auf individuelle (biografische) Lebensereignisse zurückgeführt – es handelt sich so gesehen um einen Ansatz, der in der Tradition individualisierungstheoretischer Überlegungen steht. Weniger beachtet werden aus dieser Sicht die strukturellen Bedingungen für das Tätigwerden in den Bereichen des Bürgerengagements und der Eigenarbeit, also die strukturelle Einbettung von Individualisierungsprozessen, die von Beck und Beck-Gernsheim (1994) immer wieder betont worden ist. Diese strukturellen Gegebenheiten werden in unserer Analyse einer institutionell-motivationalen Passung als Voraussetzung der Entwicklung neuer Integrationsformen systematisch integriert. Diese Passung besagt, dass sich neue Integrationsmuster nur dann ausbilden können, wenn bestimmte Strukturen (Einrichtungen) und Personen (Motive) zusammenkommen.

Die von uns untersuchten lokalen Infrastruktureinrichtungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie für ihr lokales Umfeld ein Integrationsangebot bereitstellen, indem sie Zugänge für bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit ermöglichen und erleichtern. Dies gelingt ihnen, wie unsere Studie zeigt, in unterschiedlicher Qualität. Damit die Integrationsangebote der Einrichtungen jedoch auch zur Entwicklung neuer Integrationsmuster führen, bedarf es Menschen, die diese Gelegenheitsstrukturen nicht nur kurzfristig nutzen, sondern langfristig in ihre Lebensgestaltung integrieren.

Bevor wir jedoch die Frage beantworten, ob und unter welchen Voraussetzung sich bei den von uns entwickelten Institutionen- und Motivationstypen neue Integrationsmuster zeigen, gilt es zunächst zu klären, wie wir diese konzeptionell erfassen können.

4.1.1 Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit sind kein neues Phänomen

In der Triade der Arbeit haben wir die unterschiedlichen Arbeitsformen bereits dargestellt. Da in unserer Studie die Bereiche Erwerbsarbeit, bürgerschaftliche Arbeit und Eigenarbeit im Mittelpunkt stehen, vernachlässigen wir in der folgenden Betrachtung die Versorgungsarbeit. Die Triade verdeutlicht, dass sich aus den Integrationsformen jenseits der Erwerbsarbeit allein noch keine neuen Muster der Integration ergeben; diese hat es immer schon gegeben. So können Menschen etwa im Bereich der Erwerbsarbeit integriert sein und gleichzeitig im Bürgerengagement. Sie können in der Erwerbsarbeit integriert sein, jedoch nicht in der bürgerschaftlichen oder der Eigenarbeit. Analog dazu ist es möglich, dass Menschen nicht in die Erwerbsarbeit eingegliedert, jedoch im Bereich des Bürgerengagements aktiv sind. Eine weitere Variante ist, dass ihnen die Integration weder in dem einen noch in dem anderen Bereich gelingt.

Idealtypisch lassen sich die möglichen Kombinationen von Integrationsformen anhand des folgenden Schemas darstellen:

Abb. 3: Integrationsformen diesseits und jenseits der Erwerbsarbeit

	Erwerbsarbeit	Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit (bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit)
Integration	Ja	Ja
	Ja	Nein
	Nein	Ja
	Nein	Nein

Die in der Tabelle eingefügte doppelte Linie zwischen den Spalten ‚Erwerbsarbeit‘ und ‚Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit‘ soll verdeutlichen, dass hier industriell geprägte Integrationsformen dargestellt sind, die auf einer relativ starren Trennung der unterschiedlichen Arbeitsformen basieren. Es ist nicht neu, wenn Menschen etwa in die Erwerbsarbeit integriert sind und sich gleichzeitig bürgerschaftlich engagieren. Wir können auch nicht von neuen Integrationsformen sprechen, wenn Menschen beispielsweise nicht an dem Erwerbsarbeitsbereich teilhaben, jedoch im Bürgerengagement tätig sind. Vielmehr handelt es sich um Integrationsformen der Ersten Moderne: Im Bereich gesellschaftlicher Arbeit bedeutet dies, dass weder die Dichotomie von Arbeit (Erwerbsarbeit) und Nicht-Arbeit (Bürgerengagement und Eigenarbeit), noch die Hierarchie der Arbeit, bei der Erwerbsarbeit sozial und ökonomisch höher bewertet wird, überwunden worden ist (vgl. A, Kap. 2.).

Dichotomie und Hierarchie der Arbeitsformen haben einerseits dazu geführt, dass arbeitgesellschaftliche Institutionen, wie beispielsweise die Arbeitsverwaltung aber auch die Gewerkschaften, ihren Fokus (fast) ausschließlich auf die Erwerbsarbeit legen; andererseits basieren Integrationsformen der Ersten Moderne darauf, dass Menschen eine hohe Erwerbsorientierung bei gleichzeitig hoher Erwerbszentrierung haben und sie ihre individuelle Lebensführung vor allem auf die Integration in der Erwerbsarbeit ausrichten. Eine entgegengesetzte Wirkrichtung ist durch den Wertewandel in Gang gesetzt worden, der zu einer abnehmenden Erwerbszentrierung geführt hat, wohingegen die Erwerbsorientierung stabil geblieben ist (vgl. A, Kap. 1.1). Die Lebensführung der Menschen zielt nicht mehr nur auf die Integration in die Erwerbsarbeit.

Die anderen Arbeitsbereiche gewinnen an Bedeutung und werden ein zunehmend wichtiger Teil der individuellen Lebensgestaltung. Nicht wenige Menschen wollen neben- und nacheinander in den unterschiedlichen Bereichen aktiv sein und betrachten die verschiedenen Arbeitsformen nicht mehr als strikt voneinandergetrennte Sphären. Probleme der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und Überlegungen zur Herstellung einer Work-life-balance gehören etwa in diesen Zusammenhang. Übergänge zwischen und Mischungen von unterschiedlichen Arbeitsformen können jedoch nur dann hergestellt werden, wenn sich im Zeitablauf parallel zum Wertewandel Institutionen herausbilden, die dies ermöglichen oder auch nur erleichtern.

4.1.2 Voraussetzung für ein neues Integrationsmuster ist ein verändertes Verständnis von Arbeit

Unserer Auffassung nach kann konzeptionell erst dann von neuen Integrationsmustern gesprochen werden, wenn sich Mischungen und Übergänge zwischen den unterschiedlichen Arbeitsformen herausbilden. Das heißt, erst wenn Menschen sowohl beispielsweise in der Erwerbsarbeit als *auch* in der bürgerschaftlichen Arbeit oder der Eigenarbeit integriert sind und sich *neue* Übergänge entwickeln, können sich auch neue Integrationsmuster entwickeln. Aus einer theoretischen Perspektive könnten wir von Integrationsmustern der Zweiten Moderne sprechen, denn sie setzen ein verändertes Verständnis von Arbeit voraus, das Arbeit als Ganzes versteht und nicht nur als Erwerbsarbeit, wie es charakteristisch für die industriegesellschaftliche Erste Moderne ist.

Einige Beispiele für neue Integrationsmuster haben wir in unserer Studie gefunden, ohne jedoch eine herausragende Systematik angeben zu können, wie sich unterschiedliche Integrationsformen zu neuen Mustern verdichten – eher haben wir eine neue Vielfalt von Möglichkeiten entdecken können. In unserem empirischen Sample gab es Personen, die unterschiedlichen Arbeitsformen den gleichen Wert beimessen. Dies war insbesondere dann der Fall, wenn die Motivation zur Nutzung einer lokalen Infrastruktureinrichtung durch den Wunsch bestimmt ist, das eigene Leben und das soziale Umfeld aktiv zu gestalten (Gestaltungstypus). Eine Interviewpartnerin beispielsweise, die sowohl beruflich als auch bürgerschaftlich sehr engagiert ist, betonte, dass es ihr nicht so wichtig sei, in welchem Bereich sie arbeite. Vielmehr würde sie immer dann aktiv werden, wenn sie das Gefühl hätte, etwas bewirken zu können. Für sie sei es zudem von besonderer Bedeutung, dass sie in beiden Arbeitsbereichen etwas lernen und sich persönlich weiterentwickeln könne.

Zum anderen haben wir lokale Infrastruktureinrichtungen vorgefunden, in denen sowohl Bürgerengagement, Eigenarbeit als auch Erwerbsarbeit stattfinden und die Übergänge zwischen diesen Bereichen ermöglichen. Dies ist vor allem bei Einrichtungen des Typus Gemeindehaus der Fall, in denen – unter einem Dach – in verschiedenen Bereichen gearbeitet wird und die den Wechsel zwischen diesen Tätigkeiten fördern, beispielsweise indem sie versuchen, neue Stellen zu schaffen oder allen MitarbeiterInnen und NutzerInnen anbieten, in unterschiedlichen Projekten und somit Arbeitsformen mitzuwirken.

Allein diese beiden Beispiele zeigen, wie voraussetzungsfull derartige Entwicklungen sind, und dass mehrere Einflussfaktoren zusammentreffen müssen, um die Herausbildung neuer Integrationsmuster zu begünstigen.

4.2 Institutionelle und motivationale Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Integrationsmuster

Vor dem Hintergrund der in diesem Kapitel eingangs formulierten These der institutionell-motivationalen Passung könnte man nun durchspielen, unter welchen Voraussetzungen sich bei den einzelnen Motivationsstypen in den einzelnen Institutionstypen ein neues Integrationsmuster entwickeln kann. Dies ist bei den

möglichen Kombinationen von vier Institutions- und fünf Motivationstypen jedoch weder praktisch handhabbar noch in überschaubarer Weise darstellbar. Unsere Auswertungen haben gezeigt, dass es sinnvoller ist, die Kriterien abzuschwächen und danach zu fragen, unter welchen generellen institutionellen bzw. motivationalen Bedingungen die Entwicklung neuer Integrationsmuster *wahrscheinlich* sind.

4.2.1 Lokale Infrastruktureinrichtungen eröffnen Wege in neue Integrationsmuster

Aus einer institutionellen Perspektive eröffnen lokale Infrastruktureinrichtungen neue Wege in die Bereiche Bürgerengagement und Eigenarbeit. Sie bieten Gelegenheitsstrukturen, die den Zugang zu diesen Tätigkeitsbereichen erleichtern. In einigen Fällen fördern sie auch Übergänge zwischen der Erwerbsarbeit und den Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit. Dies gilt allerdings nur, wenn die Möglichkeit der Mischung der verschiedenen Arbeitsformen bereits konzeptionell in diesen Einrichtungen angelegt ist (Typus Wirtschaftshaus und Typus Gemeindehaus).

Damit setzen lokale Infrastruktureinrichtungen Integrationsprozesse in Gang, die sich sehr unterschiedlich darstellen können. Vor dem Hintergrund unserer schematischen Darstellung industriegesellschaftlicher Integrationsformen können wir drei unterschiedliche Ausgangspunkte für neue Integrationsprozesse erkennen.

In der ersten Variante sind Menschen zwar in den Bereich der Erwerbsarbeit integriert, jedoch nicht in bürgerschaftliche Arbeit oder Eigenarbeit. Lokale Infrastruktur-einrichtungen können durch ihr Angebot Menschen auch an Bereiche jenseits der Erwerbsarbeit heranführen. Dies ist etwa dann der Fall, wenn die Klientel einer Freiwilligenagentur insbesondere aus berufstätigen Personen besteht, die in Bürgerengagement vermittelt werden.

Im Zweiten Fall ist der Ausgangspunkt umgekehrt. Menschen sind in Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit integriert, nicht aber in der Erwerbsarbeit – sie sind beispielsweise arbeitslos. In dieser Variante können (einige) lokale Infrastruktureinrichtungen dazu beitragen, dass Übergänge in die Erwerbsarbeit erleichtert werden. Dies ist vor allem dann möglich, wenn in der Infrastruktureinrichtung derartige erwerbsarbeitsbezogene Gelegenheitsstrukturen vorhanden sind: Beratung, Angebot von Weiterbildungsmöglichkeiten oder Vermittlung von ABM-Maßnahmen.

Die dritte und letzte Variante geht davon aus, dass Menschen weder in dem einen noch in dem anderen Bereich integriert sind. Hier bieten Infrastruktureinrichtungen die Möglichkeit, Menschen in einem ersten Schritt durch niedrigschwellige Angebote in die Bereiche Bürgerengagement oder Eigenarbeit einzugliedern. So gibt es Freiwilligenagenturen, die vor allem Arbeitslose ansprechen und in bürgerschaftliches Engagement vermitteln. Ist dies gelungen, können die Einrichtungen wie in der zweiten Variante bei der Integration in Erwerbsarbeit mitwirken.

Grundsätzlich gilt jedoch, dass die aufgezeigten Beispiele nicht per se zu neuen Mustern der Integration führen. So ist es möglich, dass zwar eine Integration in unterschiedliche Arbeitsformen gelingt, diese von den Menschen jedoch weiterhin als getrennte Sphären betrachtet werden. In diesem Fall hätten wir es weiterhin mit industriellen Integrationsformen zu tun.

Trotz dieser Einschränkung, dass die hier untersuchten neuen lokalen Infrastruktureinrichtungen auch zurück in ‚alte‘ Integrationsformen führen können, haben sie jedoch den Charakter von Gelegenheitsstrukturen: sie ermöglichen und begünstigen die Herausbildung neuer Integrationsmuster.

Bei Einrichtungen des Typus Arbeitsvermittlung sehen wir eine eher geringe Wahrscheinlichkeit, dass diese lokalen Infrastruktureinrichtungen die Entwicklung neuer Integrationsmuster ermöglicht. Sie beschränken ihre Arbeit auf ein spezielles Angebot, zumeist die Vermittlung in den Bereich des Bürgerengagements, wodurch relativ wenig Menschen angesprochen werden. Zudem verläuft dieses Angebot entlang der starren Grenze zwischen Erwerbsarbeit und Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit. Einrichtungen dieses Typus

bewegen sich bewusst jenseits des Erwerbsarbeitsbereichs. Entsprechend gibt es kaum Möglichkeiten zur Gestaltung von Übergängen und Mischungen zwischen den unterschiedlichen Arbeitsbereichen. Wir gehen davon aus, dass dieser Mangel im Hinblick auf die Entwicklung neuer Integrationsmuster nicht überwunden werden kann, da es an Kooperationen mit anderen sozialen und insbesondere rein arbeitsgesellschaftlichen Akteuren fehlt.

Ähnliches gilt für den Typus ZunftHaus. Auch lokale Infrastruktureinrichtungen dieses Typus bieten nur ein Angebot. In der Regel richtet sich dieses Angebot an eine spezielle Klientel. Dadurch werden Integrationsprozesse in Gang gesetzt, durch die Menschen in bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit eingegliedert werden. Beispielsweise vermitteln Freiwilligenagenturen Arbeitslose in den Bereich des Bürgerengagements. Wir halten es aber für eher unwahrscheinlich, dass sich durch diese Einrichtungen neue Integrationsmuster entwickeln. Wir führen dies darauf zurück, dass Einrichtungen dieses Typus zwar gut in das soziale Gefüge verankert sind, jedoch nicht mit arbeitsgesellschaftlichen Institutionen zusammenarbeiten. Übergänge und Mischungen zwischen Erwerbsarbeit und Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit sind daher kaum möglich.

Eine größere Wahrscheinlichkeit für die Entwicklung neuer Integrationsmuster sehen wir in lokalen Infrastruktureinrichtungen, die wir dem Typ Wirtschaftshaus zugeordnet haben. Hier bestehen vielfältige Gelegenheitsstrukturen, die eine Mischung von unterschiedlichen Arbeitsformen und Übergänge zwischen diesen Bereichen erleichtern. Erwerbsarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit werden in diesen Einrichtungen sowohl räumlich als auch konzeptionell miteinander in Verbindung gebracht. Ob sie jedoch ihrem eigenen Anspruch gerecht werden können, durch die Kombination von privatwirtschaftlich tätigen (Klein-) Betrieben mit sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten unter einem Dach die Mischung unterschiedlicher Arbeitsformen zu fördern, muss sich erst noch erweisen. Da es diesen Typus von Einrichtungen erst seit kurzer Zeit gibt, kann dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden. Wir sehen jedoch in dem Sachverhalt, dass keine Kooperationsbeziehungen mit anderen sozialen Akteuren aufgebaut werden, die Gefahr, dass diese Einrichtungen mittelfristig in ihrer Existenz bedroht sind.

Unserer Ansicht nach ist es bei Einrichtungen des Typus Gemeindehaus am wahrscheinlichsten, dass sich neue Integrationsmuster herausbilden. Hier gibt es vielfältige Gelegenheitsstrukturen für neue Integrationsprozesse, weil sie gleichzeitig Häuser der Eigenarbeit, Orte des Bürgerengagements, Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsstätte sind. Sie eröffnen dadurch Übergangsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Arbeitsformen. Gleichzeitig sind Infrastruktureinrichtungen des Typus Gemeindehaus gut in das lokale Gefüge eingebettet. Es bestehen Kooperationen und Partnerschaften zu relevanten sozialen Akteuren in der Kommune, wie etwa Initiativen, Vereinen und Wohlfahrtsverbänden, aber auch zu arbeitsgesellschaftlichen Institutionen, beispielsweise zu Unternehmen und der Arbeitsverwaltung. Dadurch können Synergieeffekte in der Form genutzt werden, dass Informationen, Anregungen und Interessen von Außen aufgegriffen und umgesetzt werden.

Somit ist es auf der Basis unserer Studie gelungen, die Bedingungen für die Herausbildung neuer Integrationsmuster anzugeben; dabei bleibt offen, ob Menschen diese Möglichkeit auch nutzen – dies ist der genuine Charakter von Gelegenheitsstrukturen. Um hierzu weitere Aussagen zu ermöglichen, ist es in dem nächsten Schritt notwendig, die Motivationstypen näher zu betrachten.

4.2.2 Die Entwicklung neuer Integrationsmuster ist nur bei einigen Motivationstypen denkbar

Charakteristisch für neue Integrationsmuster ist, dass Menschen parallel sowohl in Erwerbsarbeit als auch in Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit integriert sind, dass diese als relativ gleichwertig verstanden werden und dass sich Übergänge zwischen den Arbeitsformen entwickelt haben. Es geht nicht um Integrati-

onsformen jenseits der Erwerbsarbeit, sondern vielmehr um die Überwindung der Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und anderen Arbeitsformen. Dies bedeutet, dass wir weitestgehend ausschließen können, dass sich derartige neue Muster bei einer strategisch-instrumentellen Grundeinstellung und der damit verbundenen Arbeitshaltung herausbilden können. Die Motivation zur Nutzung lokaler Infrastruktureinrichtungen ist bei diesen Personen bestimmt von dem Wunsch, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit zielgerichtet im Hinblick auf die Erwerbsarbeit einzusetzen. Zu den Typen mit strategisch-instrumentellen Grundeinstellungen gehörten der *Berufstypus* und der *Entwicklungstypus*. Für beide hatten wir eine hohe Erwerbsorientierung bei gleichzeitig starker Erwerbszentrierung herausgearbeitet. Es besteht eine klare Grenzziehung zwischen der Erwerbsarbeit und anderen Arbeitsformen, wobei erstere Priorität hat. Wir sind skeptisch, ob sich durch die Nutzung von lokalen Infrastruktureinrichtungen an dieser Grundeinstellung etwas ändert. Dies gilt unabhängig vom Typus der Einrichtung und den dort vorhandenen Möglichkeiten.

Zu einer anderen Einschätzung gelangen wir bei Betrachtung der Motivationstypen mit intrinsischer Grundeinstellung. Eine intrinsische Arbeitshaltung geht meist einher mit einem starken Bedürfnis nach Eigenständigkeit, persönlicher Entwicklung und Selbstbestimmung, dabei ist Arbeit Teil einer sinnerfüllten Lebensgestaltung und hat ihren eigenen Wert. Dies gilt für die Erwerbsarbeit, das Bürgerengagement und für die Eigenarbeit. Intrinsisch motivierte Personen gestalten ihr Leben möglichst nicht mehr nach den industriell vorgegebenen Differenzlinien (Arbeitszeit – Freizeit), sondern nach ihren jeweils persönlichen Motiven. Das entscheidende theoretische Stichwort ist hierbei Individualisierung. Individualisierungsprozesse befördern eine intrinsische Arbeitshaltung und damit derartige Entwicklungen. Bei diesen Motivationstypen, zu denen der Distanztypus, der sozial kommunikative Typus und der Gestaltungstypus gehören, werden (mit Einschränkung) die unterschiedlichen Arbeitsformen als relativ gleichwertig verstanden und dem entsprechend können sich eher neue Integrationsmuster entwickeln.

Dabei gilt, dass wir beim Distanztypus, etwa im Vergleich zu dem Gestaltungstypus, seltener die Herausbildung neuer Integrationsmuster beobachten konnten. Das handlungsleitende Motiv der Nutzung von lokalen Infrastruktureinrichtungen ist für Personen dieses Typus die Abgrenzung zur Erwerbsarbeit. Sie sind mit ihrer beruflichen Situation häufig unzufrieden und wollen in den Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements und der Eigenarbeit (soziale) Erfahrungen machen, die sie in der Erwerbsarbeit nicht finden. Besonders deutlich drückte diese Haltung etwa ein Interviewpartner aus, der sagte: „Im Job da funktioniere ich halt. Aber hier <im Bereich der Eigenarbeit> kann ich endlich machen, was *ich* will. Da entscheide ich selbst und probiere aus und keiner quatscht mir rein.“ Diese Distanz zur Erwerbsarbeit verringert die Möglichkeit zur Entwicklung neuer Integrationsmuster. Mischungen und Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit können kaum stattfinden, wenn Bürgerengagement und Eigenarbeit als *eigensinnige* Welten verstanden werden, die von der Welt der Erwerbsarbeit deutlich getrennt sind.

Bei dem sozial-kommunikativen Motivationstypus entfalten sich eher neue Integrationsmuster. Handlungsleitendes Motiv für die Nutzung lokaler Infrastruktureinrichtungen ist bei diesen Personen der Wunsch, neue Kontakte zu knüpfen. Dabei wird das Tätigsein in den Einrichtungen als Ergänzung zum Erwerbsleben verstanden. So beschrieb etwa eine Interviewpartnerin den Unterschied zwischen ihrer Berufstätigkeit und ihrem Engagement wie folgt: „Mein Beruf ist eine Bürotätigkeit. Ich sitze da allein rum und kaum einer kommt da mal rein. Aber in meinem Projekt da ist immer was los. Man unterhält sich einfach mit allen. Nicht nur über das Projekt, auch über Persönliches, die Familie, Probleme und so.“ Wir vermuten, dass sich neue Integrationsmuster dann entwickeln, wenn Personen auf Infrastruktureinrichtungen mit vielfältigen Gelegenheitsstrukturen treffen. Ein breites Angebot, so unsere Annahme, kann dazu führen, dass sich aus den sozialen Kontakten auch Mischungen der Arbeitsformen und neue Übergänge ergeben.

Betrachten wir zum Abschluss den Gestaltungstypus: Das Bedürfnis, das eigene Leben selbst zu bestimmen, eigene kreative Potenziale zu entdecken und/oder zu erweitern sowie das soziale Umfeld mit zu

gestalten, fördert die Entwicklung neuer Integrationsmuster. „Ich will was machen, was bewegen. Das ist mir am wichtigsten“, sagte uns beispielsweise eine Nutzerin einer lokalen Infrastruktureinrichtung. Dazu benötigen sie jedoch die entsprechenden Gelegenheitsstrukturen, die sie insbesondere in lokalen Infrastruktureinrichtungen finden können, die wir dem Typus Gemeindehaus zugeordnet haben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Frage, ob sich neue Integrationsmuster entwickeln, nur bei gleichzeitiger Betrachtung der institutionellen und motivationalen Bedingungen beantwortet werden kann. Orte und Personen müssen zueinander in einem Passungsverhältnis stehen. Dabei beschreibt die institutionelle-motivationale Passung jedoch nicht einen linearen oder kausalen Zusammenhang. Vielmehr geht es um den Blick auf Möglichkeitsräume, die sich durch diese Passungen ergeben. Dabei ist deutlich geworden, dass es nach unserer empirischen Analyse eine optimale Passung gibt, wenn nämlich der Gestaltungstypus auf Einrichtungen des Typus Gemeindehaus trifft – dies wäre die günstigste Basis für die Herausbildung neuer Integrationsmuster.

5. Handlungsempfehlungen

Wir können aufgrund unserer Ergebnisse wichtige Handlungsempfehlungen ableiten. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei den lokalen Infrastruktureinrichtungen und den arbeitsgesellschaftlichen Akteuren, insbesondere den Gewerkschaften. Die im folgenden ausgesprochenen Empfehlungen sind jedoch durchaus voraussetzungsvoll, denn sie gehen davon aus, dass eine weiterführende Auseinandersetzung mit der Frage nach der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit notwendig und von den unterschiedlichen sozialen Akteuren gewünscht ist. Dazu zählt auch, dass über neue Integrationsmuster und Integrationsprozesse diskutiert wird und diese gefördert werden. Nur vor diesem Hintergrund machen unsere Handlungsempfehlungen Sinn. Anderenfalls bleiben vorhandene Potenziale für Veränderungen im Bereich gesellschaftlicher Arbeit ungenutzt.

5.1 Lokale Infrastruktureinrichtungen müssen ihr Angebot und ihre Kooperationsanstrengungen erweitern

Unsere Studie hat ergeben, dass lokale Infrastruktureinrichtungen in zwei Richtungen Potenziale entfalten können: Unter günstigen Voraussetzungen, die freilich nicht immer gegeben sind und die auch von äußeren Rahmenbedingungen, wie etwa eine stabile öffentliche Finanzierung, abhängig sind, können wir qualitative Effekte auf den regionalen Arbeitsmarkt beobachten; darüber hinaus bieten sie Gelegenheitsstrukturen für die Herausbildung neuer Integrationsmuster. Wir haben gezeigt, dass dies jedoch je nach Typus der Einrichtungen und nach Motivationstypus im unterschiedlichen Ausmaß gilt. Mit Blick auf diese Potenziale halten wir es für problematisch, wenn Einrichtungen monostrukturell ausgerichtet und gleichzeitig nicht in das soziale Gefüge eingebettet sind. Umgekehrt gilt, dass vielfältige Gelegenheitsstrukturen und Kooperationsbeziehungen die Wahrscheinlichkeit vergrößern, dass lokale Infrastruktureinrichtungen zu qualitativen Arbeitsmarkteffekten führen und neue Integrationsprozesse in Gang gesetzt werden.

Aufgrund dieses Ergebnisses empfehlen wir insbesondere den monostrukturellen lokalen Infrastruktureinrichtungen, ihr Angebot zu erweitern und über neue Konzepte nachzudenken. Diese Einrichtungen haben bereits ein wertvolles Wissen über die Situation in den Regionen. Zudem besitzen sie Kompetenzen bezüglich der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Eigenarbeit. Bislang mangelt es jedoch noch an einer Auseinandersetzung über mögliche Arbeitsmarkt- und Integrationseffekte. Es gilt, die Diskussion über die Wirkungen lokaler Infrastruktureinrichtungen auf alle Bereiche der Arbeit zu vertiefen – Gewerkschaften sollten hier aus ihrer arbeitsbezogenen Grundkompetenz heraus den Diskurs beeinflussen und besondere Prägung geben.

In diesem Zusammenhang empfehlen wir auch, dass sich lokale Infrastruktureinrichtungen um eine gute Verankerung im sozialen Gefüge bemühen. Insbesondere möchten wir die Zusammenarbeit mit den arbeitsgesellschaftlichen Institutionen, wie etwa Gewerkschaften, Unternehmen und Arbeitsverwaltungen, anregen. Diese Kooperationsbeziehungen sind, das hat unsere Studie deutlich gezeigt, notwendige Voraussetzung dafür, dass sich die genannten Effekte auf den Arbeitsmarkt einstellen und sich neuen Integrationsmuster entfalten können.

5.2 Die arbeitsgesellschaftlichen Institutionen sollten Angebote für eine Zusammenarbeit mit lokalen Infrastruktureinrichtungen machen

Der Mangel an Kooperationsbeziehungen mit arbeitsgesellschaftlichen Institutionen, den unsere Studie bei den lokalen Infrastruktureinrichtungen (mit Ausnahme von Einrichtungen des Typus Gemeindehaus) aufgezeigt hat, ist nicht allein auf Versäumnisse der Einrichtungen oder mangelnde Sensibilität für räumliche Vorgänge zurück zu führen. Vielmehr haben auch arbeitsgesellschaftliche Institutionen bisher nicht die Initiative ergriffen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnet. Insbesondere die Gewerkschaften, aber auch Unternehmen und Arbeitsverwaltungen, haben sich bislang zurückgehalten. Dies mag daran liegen, dass über die Potenziale der Einrichtungen bislang wenig bekannt war. Ein weiterer möglicher Grund kann vor allem für die Gewerkschaften darin liegen, dass eine Beschäftigung mit der Thematik Arbeit *dies- und jenseits* der Erwerbsarbeit immer noch mit Skepsis betrachtet und zumindest von einigen GewerkschaftsvertreterInnen als nicht notwendig erachtet wird.

Mit Blick auf unsere Ergebnisse empfehlen wir, diese distanzierte Haltung zu überprüfen und die Zusammenarbeit mit den lokalen Infrastruktureinrichtungen aktiv zu suchen. Nur dann kann es gelingen, diesen neu entstandenen Raum für die Entfaltung neuer Integrationsmuster der Arbeit mit zu gestalten. Je deutlicher die Bedeutung der Arbeit als Ganzes in den Blick gerät, umso wichtiger ist es, dass gerade Gewerkschaften sich damit auseinandersetzen. Dies gilt umso mehr, als dass eine Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeit in all seinen Formen auch hinsichtlich der Debatte um geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen notwendig wäre. Während das Normalarbeitsverhältnis als zentrale Organisationsform industriegesellschaftlicher Arbeit im wesentlichen nur für Männer galt, eröffnet eine verändertes Verständnis von Arbeit Möglichkeiten neuer Integrationsmuster, die von Frauen und Männer gleichermaßen genutzt werden können.

Gewerkschaften sind ein entscheidender Akteur im Hinblick auf die gesellschaftliche Organisation der Arbeit und können in diesem Prozess dazu beitragen, innovative Konzepte zu entwickeln. Dazu gehört auch, Synergieeffekte, die aus der Zusammenarbeit mit lokalen Infrastruktureinrichtungen entstehen können, zu nutzen. Es sollte im Interesse der Gewerkschaften liegen, jene Akteure zu unterstützen, die neue Wege der Organisation gesellschaftlicher Arbeit und der Integration eröffnen können. Andernfalls besteht die Gefahr, dass nicht nur die lokalen Infrastruktureinrichtungen ihre Potenziale nicht ausschöpfen können und an Bedeutung verlieren, sondern dass auch die Motive und Bedürfnisse der Menschen nach neuen Möglichkeiten der Arbeits- und Lebensgestaltung unbeachtet bleiben.

5.3 Eine weiterführende gesellschaftliche Diskussion ist notwendig

Unsere Studie hat gezeigt, dass es eine optimale Passung für die Herausbildung neuer Integrationsmuster gibt, nämlich jene, wenn der Gestaltungstypus auf Einrichtungen des Typus Gemeindehaus trifft. Für die Entwicklung von lokalen Infrastruktureinrichtungen in Richtung des Typus Gemeindehaus haben wir bereits wichtige Handlungsempfehlungen gegeben. Es bleibt aber die Frage, wie man die Entwicklung von Gestaltungstypen fördern kann. Welche (zusätzlichen) Voraussetzung und Gelegenheitsstrukturen sind notwen-

dig, damit sich Gestaltungstypen entfalten und sich damit neue Integrationsmuster entwickeln können? Wir halten eine weiterführende gesellschaftliche Diskussion im Hinblick auf diese Fragestellung für dringend notwendig.

Eine Debatte muss auch darüber geführt werden, wie Übergänge zwischen den Arbeitsformen abgesichert werden können. Dies ist eine Frage, die insbesondere auch für die Gewerkschaften von großer Bedeutung sein müsste. Solange die Sicherung des Lebens vorrangig direkt oder indirekt an die Erwerbsarbeit gekoppelt ist, sind Übergänge zwischen unterschiedlichen Arbeitsformen mit einem individuellen Risiko verbunden. Entsprechend bedarf es einer Diskussion über Möglichkeiten der Absicherung dieser Übergänge, damit Gestaltungsräume auch von den Menschen genutzt werden können. Es geht also nicht nur um Überlegungen zur gesellschaftlichen Organisation von Arbeit, sondern auch um die Organisation von Sicherungsformen.

Literaturverzeichnis

- Arendt, H. (1981): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München.
- Backhaus-Maul, Holger (2001): Erwerbsarbeit und unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement in ausgewählten Regionen der USA. Gutachten im Auftrag der Enquete Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, KDr. 14/067.
- Beck, U. (Hg.) (2000): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt a. M.
- Beck, U./ Beck-Gernsheim, E. (1994): Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. In: Beck, U./ Beck-Gernsheim, E. (Hg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt a. M., S. 10-42.
- Beck, U./ Giddens, A./ Lash, S. (1996) (Hg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a. M.
- Bergmann, F. (1997): Die Neue Arbeit: Skizze mit Vorschlag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 48, 9-10, S. 524-534
- Biesecker, A. (2000): Kooperative Vielfalt und das "Ganze der Arbeit". Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. In: WZBpapers. Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie, P00-504. Berlin.
- BMFSFJ (2000) [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend]: Freiwilliges Engagement in Deutschland: Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt. Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement (3 Bände). Stuttgart.
- BMFSFJ (2002) [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend]: Freiwilligenagenturen in Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa). Stuttgart.
- Bonß, W. (1998): Arbeitsmarktbezogene Zukunftsszenarien. (Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen). In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hg.): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklungen, Ursachen und Maßnahmen. Anlageband 3. Zukunft der Arbeit sowie Entkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherheit, S. 50-106.
- Bonß, W. (2000): Was wird aus der Erwerbsgesellschaft? In: Beck, U. (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt a. M., S. 327-415.
- Brand, K.-W. (1997): Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild "Nachhaltige Entwicklung". Zur Einführung. In: Brand, K.-W. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen, S. 7-34.
- Brandl, S./ Hildebrandt, E. (2002): Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte. Opladen.
- Busch-Lüty, Chr. (1992): Nachhaltigkeit als Leitbild des Wirtschaftens. In: Politische Ökologie. Ökologische nachhaltige Entwicklung in Regionen. Sonderheft 4, S. 6-12.
- Coleman, J. S. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology, 94 (supplm), S. 95-120.
- Deth van, J./ Maraffi, M./ Newton, K./ Whiteley, P. (Ed.) (1999): Social Capital and European Democracy. London and New York.
- Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Berlin.
- Gorz, A. (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Berlin.
- Habisch, A. (1999): Sozialkapital, Soziales Kapital. In: Korff, W. (Hg.): Handbuch der Wirtschaftsethik, Bd. IV, S. 472-508.

- Hacket, A./ Janowicz, C./ Klement, C./ Kühnlein, I./ Mutz, G. (2002): Erwerbsarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit: Pluralisierung – Entgrenzung – Gestaltung. Endbericht der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung (MPS) an den Sonderforschungsbereich 536 'Reflexive Modernisierung' der DFG. München.
- Hall, P.A. (1999): Social Capital in Britain. In: British Journal of Political Science, 29 (3), S. 417-462.
- Huber, J. (1984): Die zwei Gesichter der Arbeit. Ungenutzte Möglichkeiten der Dualwirtschaft. Frankfurt a. M.
- Huber, J. (1995): Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Berlin.
- Illich, I. (1979): Das Recht auf schöpferische Arbeitslosigkeit. In: Huber, J. (Hg.): Anders arbeiten – anders wirtschaften. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muss ein Job sein. Frankfurt a. M., S. 78-90.
- Jakob, G. (1993): Zwischen Dienst und Selbstbezug. Opladen.
- Jakob, G. (2001): Wenn Engagement zur 'Arbeit' wird ... – Zur aktuellen Diskussion um freiwilliges Engagement im Wandel der Arbeitsgesellschaft. In: Heinze, R./ Olk, Th. (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland. Opladen, S. 167-188.
- Jessen, J. (1985): Mythos informelle Ökonomie. In: Leviathan, 13/1985, S. 398-419.
- Kistler, E./ Noll, H.-H./ Priller, E. (Hg.) (1999): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin.
- Klenner, Chr./ Pfahl, S./ Seifert, H. (2001): Ehrenamt und Erwerbsarbeit – Zeitbalance oder Zeitkonkurrenz? Projektbericht herausgegeben vom Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW. Düsseldorf.
- Korfmacher, S./ Mutz, G. (2001): Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement und zivile Arbeitsgesellschaft. In: WSI Mitteilungen, 54, Heft 3, S. 172-178.
- Kühnlein, I. (1997), Weniger Erwerbsarbeit – mehr Eigenarbeit? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 48-49, S. 41-46.
- Kühnlein, I. (2000): Öffentliche Eigenarbeit in der Neuen Arbeitsgesellschaft. In: Berliner Debatte INITIAL, 11. Jahrgang, Nr. 4, S. 53-62.
- Lutz, B. (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt a. M.
- miss (2002): Lernen in Tätigkeitsfeldern des bürgerschaftlichen Engagements – Transferprozesse in die Erwerbsarbeit. Exemplarische Fallstudie in ausgewählten Regionen Deutschlands. Endbericht der ersten Projektphase des Forschungsprojekt 'Soziales Lernen im bürgerschaftlichen Engagement. München und Berlin.
- miss (2003): Wirtschaftliche, organisatorische und soziale Aspekte des Dritten Sektors. Bestandsaufnahme, Zustandsbeschreibung und Empfehlung relevanter Handlungs- und Forschungsfelder. Abschlussbericht BMBF-Förderkennzeichen: 01HL0027. München und Berlin.
- Mückenberger, U. (1990): Allein wer Zugang zum Beruf hat, ist frei, sich für Eigenarbeit zu entscheiden. In: R. G. Heinze/ Offe, C. (Hg.): Formen der Eigenarbeit. Opladen, S. 197-211.
- Mutz, G. (1997): Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48-49, S. 31-40.
- Mutz, G. /Korfmacher, S. /Arnold, K. (2002): Corporate Citizenship in Deutschland. In: Geschäftsstelle Internationales Jahr der Freiwilligen (Hg.): Internationales Jahr der Freiwilligen 2001. Freiwilliges Engagement. Selbsthilfe. Ehrenamt. Band 3. Frankfurt a. M.
- Mutz, G./ Kühnlein, I. (1998a): Die Tätigkeitsgesellschaft. In: UNIVERSITAS, 53, 8, S. 751-758.
- Mutz, G./ Kühnlein, I. (1998b): Individualisierung und bürgerschaftliches Engagement in der Tätigkeitsgesellschaft. In: Kistler, E. /Noll H. H./ Priller, E. (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin.

- Mutz, G./ Kühnlein I. (2001): Erwerbsarbeit, Bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit: Auf dem Weg in eine Neue Arbeitsgesellschaft. In: Beck, U./ Bonß, W. (Hg.): Die Modernisierung der Moderne: Dokumentation des Münchner Sonderforschungsbereichs 536 'Reflexive Modernisierung'. Frankfurt a. M.
- Mutz, G./ Kühnlein, I./ Burda-Viering, M./ Holzer, B. (1997): Eigenarbeit hat einen Ort. Öffentliche Eigenarbeit im HEI. München
- Mutz, G./ Kühnlein, I./ Holzer, B. (1998): Struktur der Erwerbsorientierungen und Beschäftigungserwartungen west- und ostdeutscher Erwerbspersonen. (Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen). In: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Anlagenband 1. Zukunft der Arbeit sowie Entkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung. Bonn.
- Mutz, G./ Söker, R. (2003): Lernprozesse im bürgerschaftlichen Engagement. Neue Potenziale für die berufliche Weiterbildung? In: Brödel, R. (Hg.): Trends der Weiterbildungsforschung. (im erscheinen).
- Offe, C. (1983): Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie? In: Matthes, J. (Hg.). Krise der Arbeitsgesellschaft? Frankfurt a. M. und New York.
- Olk, Th. (1990): Förderung und Unterstützung freiwilliger sozialer Tätigkeiten - eine neue Aufgabe für den Sozialstaat. In: Heinze, R. G./ Offe, C. (Hg.): Formen der Eigenarbeit. Opladen, S. 244-265.
- Ostrom, E. (2000): Social Capital: A Fad or a Fundamental Concept. In: Dasgupta, P./ Serageldin, I. (Ed.): Social Capital: A multifaceted Perspective. Washington D. C., S. 172-214.
- Priller, E./ Zimmer, A./ Anheier, H. K. (1999): Der Dritte Sektor in Deutschland. Entwicklungen, Potenziale, Erwartungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 9, S. 12-21.
- Putnam, R. D. (2000): Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community. New York.
- Rifkin, J. (1999): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt a. M.
- Siebel, W. (1986): Der Mythos Schattenwirtschaft. Die Zeit Nr. 18 vom 25.04.86, S. 33-36.
- Stewen, M. (1997): Die Basis für integrierende Strategien schaffen. Die Notwendigkeit eines Forschungsprogramms zur Arbeit in einer dematerialisierten Ökonomie. In: Politische Ökologie. Ausgespielt? Umwelt und Arbeit im Standort-Poker. 15. Jahrgang, Heft 50, S. 60-62.
- Weizsäcker, E. v./Weizsäcker, Ch. v. (1978): Manifest für ein Recht auf Eigenarbeit. In: Technologie und Politik, Nr. 10.

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen, Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Strukturpolitik, Mitbestimmung, Erwerbsarbeit, Kooperativer Staat und Sozialpolitik. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Magazin „Mitbestimmung“ und den „WSI-Mitteilungen“ informiert die Stiftung monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der homepage www.boeckler.de bietet sie einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefax: 0211/7778 - 225
www.boeckler.de

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

